


3. November 2003

# Aus Politik und Zeitgeschichte



B 45/2003



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.

*Redaktion:*
Dr. Katharina Belwe
Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer
Telefon: (0 18 88) 5 15-0

*Internet:*
www.das-parlament.de
E-Mail: apuz@bpb.de

*Druck:*
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

*Vertrieb und Leserservice:*
Die Vertriebsabteilung
der Wochenzeitung Das **Parlament**,
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

● Nachforderungen der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte

● Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung Das **Parlament**
einschließlich Beilage zum Preis
von Euro 9,57 vierteljährlich,
Jahresvorzugspreis Euro 34,90
einschließlich Mehrwertsteuer;
Kündigung drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;

● Bestellungen von Sammel-
mappen für die Beilage
zum Preis von Euro 3,58
zuzüglich Verpackungskosten,
Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

# Editorial

■ Die beiden „Mitteljahrzehnte" der deutschen Teilung standen bisher kaum im Zentrum wissenschaftlichen Interesses. Während die Entstehung der alten Bundesrepublik sowie die Gründung und das Ende der DDR bis in Details hinein als gut erforscht gelten dürfen, sind die „langen sechziger Jahre", wie *Detlef Siegfried* die Jahre von 1958 bis 1973 in der Bundesrepublik nennt, vor allem aufgrund mangelnder Zugänglichkeit einschlägiger Quellen bisher vernachlässigt worden.

■ Die wechselseitige Beeinflussung der beiden deutschen Staaten in jenen Jahren bietet ein reiches Untersuchungsfeld. Bundesrepublik und DDR standen sich geradezu als Modelle ihrer jeweiligen Blöcke gegenüber. Der von Zeithistorikern häufig geforderten Analyse der „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte" wären hier aufschlussreiche Kapitel hinzuzufügen: über die politische und kulturelle Chiffre „1968" mit ihren unterschiedlichen Bedeutungen und Langzeitwirkungen in den beiden Teilstaaten oder über amerikanische bzw. britische Einflüsse auf die Populär- und Jugendkultur.

■ Die „langen sechziger Jahre" waren eine Zeit des Neuanfangs, des Ausbruchs aus den vermeintlichen Gewissheiten der ersten Nachkriegszeit. Der Aufbruch in der Bundesrepublik, wie er sich politisch im Machtverlust der Union mit dem Amtsantritt der sozialliberalen Bundesregierung im Herbst 1969 äußerte und durch Willy Brandts Wahltriumph 1972 bestätigt wurde, fand seine Entsprechung im Machtantritt Erich Honeckers in der DDR 1971. Vielleicht waren die ersten Honecker-Jahre, geprägt von dem Versuch einer neuen Sozial- und Konsumpolitik und vom Durchbruch auf internationalem Parkett durch die weltweite diplomatische Anerkennung, die stabilsten des SED-Staates. Für nicht wenige Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren die Weltfestspiele der Jugend 1973 in Ost-Berlin tatsächlich ein „politischer Karneval" (Hans-Eckardt Wenzel), der die tristen Ulbricht-Jahre kurzzeitig vergessen ließ. Auch auf kulturellem Gebiet lassen sich Parallelen finden: Bundeskanzler Ludwig Erhard bezeichnete 1965 kritische Schriftsteller als „Pinscher", und in der DDR beendete das „Kahlschlagplenum" des SED-Zentralkomitees im selben Jahr das kurze kulturpolitische Tauwetter nach dem Mauerbau.

■ Das Beschweigen der Verbrechen, die von Deutschen im Weltherrschaftswahn der Jahre 1933 bis 1945 begangen wurden, trug in der Bundesrepublik zur Studentenrevolte bei, die zu einem gewaltigen Modernisierungsschub führte. In der DDR weckte die gewaltsame Beendigung des Prager Frühlings im August 1968 durch Truppen des Warschauer Paktes ungute Erinnerungen an den Einmarsch der Wehrmacht in die Reste des tschechoslowakischen Staates nur 30 Jahre zuvor, selbst wenn dieses Mal deutsche Soldaten die Grenze nicht überschritten. Für viele DDR-Bürgerinnen und -Bürger waren die blutigen Ereignisse in Prag das Ende aller Illusionen über die Reformierbarkeit des SED-Sozialismus.

■ Die Beiträge dieses Heftes konzentrieren sich auf die Alltags- bzw. Jugendkultur. Der Siegeszug westlicher Rockmusik, der in den sechziger Jahren mit den Beatles und den Rolling Stones begonnen hatte, machte vor dem Eisernen Vorhang nicht Halt. Als David Bowie Pfingsten 1987 vor dem Reichstagsgebäude ein Konzert gab, versammelten sich auch im Ostteil Berlins unzählige Fans, und es kam zu schweren Zusammenstößen mit der Volkspolizei. Als im Juli 1988 Bruce Springsteen auf Einladung der FDJ in der Ost-Berliner Radrennbahn Weißensee gastierte, sangen Tausende Blauhemden aus voller Kehle mit: „Born in the USA!" Hellsichtigen FDJ- und SED-Funktionären muss spätestens zu diesem Zeitpunkt aufgegangen sein, dass die Systemauseinandersetzung mit dem Westen nicht mehr zu gewinnen war.

*Hans-Georg Golz* ■

Christian Semler

# 1968 im Westen – was ging uns die DDR an?

Für die Geburtsjahrgänge 1938 bis 1948 linksorientierter westdeutscher Studentinnen und Studenten, die heute gemeinhin als „68er" oder als „Neue Linke" gelten und deren Kern der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) ausmachte, hatte das Land zwischen Elbe und Oder nur verschwommene Konturen. Die DDR war „Terra incognita", ein Terrain, um das man, wenn nicht unvermeidliche Verwandtenbesuche anstanden, einen möglichst großen Bogen machte. Das galt insbesondere für das Gros der Studenten, die nach dem Bau der Mauer 1961 ihr Studium in Berlin aufgenommen hatten. Sie waren Inhaber bundesrepublikanischer Pässe, es wäre ihnen also im Gegensatz zu den West-Berlinern jederzeit möglich gewesen, ohne Formalitäten den Ostteil der Stadt zu besuchen.

Aber diese Chance wurde kaum ergriffen. Die sechziger Jahre, besonders deren zweite Hälfte, bezeichnen den Beginn einer spezifischen neulinken Subkultur in West-Berlin, die sich von den Verhältnissen in Westdeutschland ebenso abnabelte, wie sie ignorierte, was sich auf der anderen Seite der Mauer abspielte. Es gibt Beispiele von linken Intellektuellen, die ein Menschenalter in West-Berlin verbrachten, ohne jemals einen Fuß in den Osten gesetzt zu haben. Obwohl diese Haltung in schroffem Gegensatz zur veröffentlichten Mehrheitsmeinung stand, war es mit den tatsächlichen Kenntnissen und dem Interesse der Bevölkerungsmehrheit am Schicksal der Ost-Berliner bzw. der Ostdeutschen ebenfalls nicht weit her. Vor dem Mauerbau hatte es enge familiäre wie berufliche Kontakte in den Ostteil hinein gegeben. Aber schon damals galt es für einen West-Berliner als anstößig, am kulturellen und sozialen Leben Ost-Berlins teilzunehmen. Wer sich allzu oft dort aufhielt, geriet leicht in Verdacht, zum Familienumkreis von „Herrn Schimpf und Frau Schande" zu gehören, mithin jener Gewissenlosen, die sich unter Ausnutzung des Währungsgefälles billig mit Ostwaren versorgten.

Nach dem Mauerbau und der vorübergehenden völligen Abschottung wurde die Passierscheinregelung für die West-Berliner zwar zu einem vollen Erfolg, aber die Besuche führten nur selten dazu, dass sich über private Kontakte hinaus ein dauerhaftes Interesse am Schicksal der „Brüder und Schwestern" artikulierte, geschweige denn, dass sich informelle Gruppen oder Initiativen aus beiden Teilen der Stadt gebildet hätten. Der in West-Berlin während der APO-Zeit massenhaft den Linken erteilte Ratschlag „Geh doch nach drüben" erwies sich als doppelsinnig: Auch nur besuchsweise nach „drüben" gehen wollte kaum jemand, weder die Linken noch ihre Widersacher.

In West-Berlin dominierte eine Gefühlsmelange aus Stolz, der kommunistischen Blockade 1948 widerstanden zu haben, und nagender Unzufriedenheit, dass dieser Helden- und Opferstatus, der nach dem Mauerbau reaktiviert wurde, von „den Westdeutschen" nicht die gebührende Anerkennung erfuhr. Die West-Berliner waren auf ihren Leidensstatus geradezu fixiert. Diese Fixierung wurde in dem Maße unlösbar, wie West-Berlin nach dem auf die Einmauerung folgenden Aderlass zum Kostgänger der Westdeutschen herabsank. Umso zäher klammerte man sich an den Helden- und Opfermythos, und umso aggressiver verfuhr man mit denen, die den Teufelsanbetern gleich dem Sozialismus huldigten.

Woher aber rührte das Desinteresse gerade der Neuen Linken in West-Berlin an einem Land, dessen führende Partei sich nicht nur sozialistisch nannte, sondern auch beanspruchte, die Emanzipation aller auf ihre Fahne geschrieben zu haben? Zu nennen wäre hier an erster Stelle die absolute kulturelle Fremdheit gegenüber der Lebenspraxis im später so genannten Realsozialismus. Man halte sich vor Augen, dass die Rebellion der Neuen Linken ihre Schubkraft aus Erfahrungen mit dem Paternalismus und den autoritären Erziehungsidealen der Nachkriegszeit bezog. Was aber den westlichen Linken bei Kontakten mit den Einheitssozialisten gegenübertrat, war nichts als rot gewandete, traditionelle deutsche Kleinbürgerlichkeit. Neben dem autoritären Politikstil im Namen des „demokratischen Zentralismus" sprang den Besucher in Kleidung, Mobiliar, Umgangsformen und Freizeitbeschäftigungen der allzu vertraute Spießer an. Im Milieu der westlichen Linken, später der ganzen 68er-Generation, war beispielsweise das „Du" zur allein gebräuchlichen Anredeform geworden. Im Osten siezten sich die Genossen. Entgegen der Doktrin der „sozialistischen Lebens-

führung“ und den von Walter Ulbricht proklamierten „Geboten der sozialistischen Moral“ trennten die östlichen Genossen (die Bevölkerung sowieso) säuberlich zwischen der politischen und der privaten Sphäre. War aber nicht gerade die Politisierung ehelicher bzw. elterlicher Unterdrückungsverhältnisse die Schlussfolgerung, welche die Westlinken aus einschlägigen Erfahrungen in Schule und Familie gezogen hatten?

Gerade wegen der offiziellen Wiedervereinigungsrhetorik neigten viele der Neuen Linken der Zwei-Staaten-These zu. Trotz einer antikapitalistischen Grundhaltung und der Befürchtung, die Bundesrepublik werde in ein autoritäres Notstandsregime abgleiten, waren sie Fleisch vom Fleisch dieser Republik, fühlten sich als Motor im Prozess der gesellschaftlichen Zivilisierung. Ihrer Wertorientierung wie ihren Lebensgewohnheiten nach wurzelten sie fest im Westen. Man täusche sich nicht: Die schroffen Angriffe auf den „US-Imperialismus“ vor allem im Gefolge des Vietnamkrieges bis hin zur Parole „USA-SA-SS“ waren nicht etwa das Produkt einer antiamerikanischen Grundhaltung. Die Linken fühlten sich vielmehr im Einklang mit der kulturellen Avantgarde in den USA. Aber das sah die Bevölkerung West-Berlins natürlich ganz anders.

Im Gegensatz hierzu war die Haltung der ostdeutschen linken Milieus einschließlich der Einheitspartei von einem Antiamerikanismus geprägt, der seine Herkunft aus dem deutschen Konservatismus, aus der Abwertung amerikanischer „Zivilisation“ gegenüber europäischer „Kultur“ nicht verleugnen konnte. Avantgardistische gesellschaftliche Strömungen und Szenen in den USA waren der SED nur Ausdruck eines geistigen Zersetzungsprozesses. Die Westlinken hielten es mit Woodstock, die SED, beileibe nicht nur die Führung, hielt sich an die Barden des „anderen“, des besseren Amerika, die ihre Zugehörigkeit zu diesem Kreis der Auserwählten mit bedingungsloser Loyalität zum „sozialistischen Lager“ entgelten mussten. Es war gerade diese westliche Orientierung, welche die Neuen Linken so leicht Abschied nehmen ließ nicht nur von jedem Gedanken an eine Wiedervereinigung, sondern auch von jedem Interesse am Wohl und Wehe der Menschen im sowjetischen Hegemonialbereich.

Hier handelt es sich nicht nur um ein Phänomen kulturellen Wandels, sondern auch um handfeste Interessen, waren die Westler einschließlich der Neuen Linken doch eindeutig die Profiteure der Nachkriegsentwicklung, ganz so, als ob allein die Ostdeutschen die Folgen des NS-Regimes zu tragen hatten. Die Kritik der West-Linken an der Konsumverfallenheit der Ostdeutschen, ihr Ekel vor deren Anbetung jeglichen Westprodukts hatten deshalb etwas Selbstgefälliges, ja Obszönes. Denn die Konsumkritik der Neuen Linken, die selbstgewählte Ärmlichkeit im Erscheinungsbild brachte Distinktions- und damit Lustgewinn. Sie operierte im Kontrast zur jederzeit erreichbaren Warenvielfalt und setzte diese voraus.

Es gab allerdings eine Bresche, welche die SED in die neulinke Mauer der Ablehnung ihres Regimes schlagen konnte: der „Antifaschismus“ der DDR. War in der SBZ und in der frühen DDR nicht konsequent mit der NS-Vergangenheit gebrochen, war – im Gegensatz zum Westen – der Beamtenapparat nicht von Nazis „gesäubert“ worden, wurde nicht konsequent gegen Militarismus und Rassismus vorgegangen? Mochte die DDR auch potthässlich, obrigkeits- und staatsfixiert, unterdrückerisch und noch dazu ökonomisch notorisch uneffektiv sein – sie war wenigstens antifaschistisch. Deshalb galt sie oft unterm Strich als „das bessere Deutschland“ – eine Qualifizierung, die kaum praktische Konsequenzen nach sich zog, wenn man von der Bereitschaft linker Publizisten absieht, sich im Kampf gegen alte und neue Nazis allzu bedenkenlos trüber Quellen „von drüben“ zu bedienen. Insbesondere Forderungen nach Aufhebung des KPD-Verbots von 1956 sowie nach Anerkennung der DDR waren nicht etwa Ausdruck von Sympathie mit dem östlichen Herrschaftssystem, sondern Produkte eines demokratischen Kalküls, das sich vom Abbau des Feindbildes „Kommunismus“ mehr linke Bewegungsfreiheit im Westen versprach.

Die „sozialen Errungenschaften“ der DDR, also das Bildungs- und Gesundheitssystem, die Vollbeschäftigung, die Mitwirkungs- und Schutzrechte der „Werktätigen“ im Betrieb, entfalteten dagegen nur im engen Umkreis junger, linker Gewerkschafter eine gewisse Attraktivität. Das Gleiche traf auf die vor allem in München und Köln beheimateten Gruppen linker Studenten zu, die nicht umsonst beim SDS „Traditionalisten“ hießen, weil sie programmatisch und oft auch organisatorisch am Gängelband der illegalen KPD, das hieß praktisch, der SED hingen.

Sicher war die Herkunft der meisten Neulinken aus dem Bildungsbürgertum und ihr Hang zum Grundsätzlichen eine Erklärung dafür, dass es über Anspruch und Wirklichkeit des gesellschaftlichen Systems in der DDR kaum eine ernsthafte Auseinandersetzung gab. Die Kommandowirtschaft als Modell widersprach zu sehr den Grund-

lagen neulinken Selbstverständnisses vom Sozialismus, das in erstaunlicher Einheitlichkeit auf drei ehernen Grundpfeilern ruhte: direkte Demokratie, Selbstverwaltung in Betrieb und Gesellschaft, unbedingte, praktische Solidarität mit den gegen den Imperialismus kämpfenden Völkern und Staaten der Dritten Welt.

Aus diesen Voraussetzungen erklärt sich die ambivalente Haltung vieler junger Linker zum Rechtsstaat, zu Gewaltenteilung und Parlamentarismus, die häufig *nur* als Herrschaftsinstrumente der Bourgeoisie angesehen wurden. Daher hatte die systematische Verletzung bzw. Perversion dieser Prinzipien in der DDR bei der radikalen neuen Linken nicht den Stellenwert, den sie in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit einnahm. Auch die Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie, die berechtigte Kritik an der Formel Rot gleich Braun, trug in ihrer Abstraktheit nicht dazu bei, sich Kenntnis über die realen Lebensumstände der DDR-Bevölkerung zu beschaffen. Symptomatisch für diese Selbstverortung vieler Neuer Linker war ihre Haltung zum 17. Juni 1953. Hervorgehoben wurden der Aspekt der Arbeiterrevolte, die Tendenzen zur Selbstorganisation und Selbsttätigkeit, die in ihr wirksam gewesen waren. Vernachlässigt wurden aber die Elemente, die den Arbeiter- zum Volksaufstand weiteten. Wo auf politische Forderungen eingegangen wurde, etwa der nach der deutschen Einheit, galt die Aufmerksamkeit jenen Stimmen, die auch für Westdeutschland eine Reform an Haupt und Gliedern gefordert hatten.

Diese linke Symptomatik wird nur verständlich, wenn man sich das Verhältnis der zwei Millionen DDR-Flüchtlinge bzw. Ausreiser zu den 16 Millionen Daheimgebliebenen vor Augen führt. In jedem Land Ostmitteleuropas, das nach dem Krieg unter sowjetische Hegemonie geraten war, entwickelten sich in der Emigration politische und kulturelle Kristallisationskerne, die in einer oft komplizierten, aber stets fruchtbaren Beziehung zu den demokratischen Oppositionskräften des Heimatlandes standen. Für eine solche Beziehung fehlte in der Bundesrepublik die Grundlage. Obwohl die neuen Verhältnisse den Flüchtlingen oft fremd waren, bewegten sie sich doch niemals in der Fremde. Westdeutschland samt West-Berlin hatten einen großen Magen.

Und selbst im Verhältnis zu zurückgebliebenen Familienangehörigen trat oft genug pflichtgemäße Wohltätigkeit an die Stelle der Anteilnahme. Das begann sich erst nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns zu ändern, als vor allem in West-Berlin Rudimente einer exilierten linken DDR-Kultur entstanden. Aber noch in den achtziger Jahren klagten die „Hiergebliebenen“ darüber, dass nach der Abschiebung Rudolf Bahros die Beziehungen zu demokratischen Gruppen in der DDR versandeten. Natürlich gab es Ausnahmen von diesem Prozess des Verschluckt- und Verdautwerdens, wofür in erster Linie die Evangelische Kirche in Deutschland steht. Speziell in den sechziger Jahren funktionierte noch das gemeinsame Dach. Wichtiger als die Institutionen wurden informelle Gruppen wie der „Unterwegs-Kreis“ in Berlin, wo neben der Bibelexegese über das Schicksal der beiden deutschen Staaten debattiert wurde und wo gegenüber beiden politischen Systemen eine heilsame Distanz herrschte.

Zum Schluss sei eine Gruppe der Neuen Linken in West-Berlin erwähnt, die dem linken Mainstream im Verhältnis zur DDR diametral entgegenstand. Diese Gruppe, aus deren Reihen beispielhaft Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Peter Rambausek zu nennen sind, war noch im Schüleralter aus der DDR geflüchtet und hatte sich später dem Berliner SDS angeschlossen. Ihre Erfahrungen mit dem Staatssozialismus führten sie nicht zur Abwendung von jedwedem sozialistischen Projekt. Vielmehr durchkämmten sie auf der Suche nach dem authentischen Sozialismus die Werke der linken Verfemten wie die Geschichte der fehlgeschlagenen Emanzipationsbewegungen, um schließlich bei einer antiautoritären Version des Rätekommunismus zu landen.

Charakteristisch für diese Strömung war, dass sie die Existenz zweier deutscher Staaten nicht für den Endpunkt der Geschichte hielt, vielmehr in der deutschen Spaltung einen wesentlichen Grund für den Immobilismus der Arbeiterklasse sah, weshalb im Prozess der sozialen Revolution die Einheit der Arbeiterklasse und, ihr folgend, die deutsche Einheit wiederhergestellt werden müsse. Freilich konnte aus diesen Prämissen keine kohärente Politik folgen. Utopische Visionen über ein rotes Räte-West-Berlin überkreuzten sich mit untauglichen Versuchen, die Einheitssozialisten von links aufzurollen, womit es freilich nach der Besetzung der Tschechoslowakei ein Ende hatte. Nach der Zersplitterung der Neuen Linken und der Selbstauflösung des SDS 1970 können wir vor allem bei Rudi Dutschke eine erstaunliche Kontinuität der Beschäftigung mit der nationalen Frage in ihrer Verschränkung mit der sozialen Emanzipation konstatieren. Ob die Ergebnisse der Realgeschichte seit 1990 allerdings seine Zustimmung gefunden hätten, steht auf einem anderen Blatt.

Lutz Kirchenwitz

# 1968 im Osten – was ging uns die Bundesrepublik an?

Wann „68“ war, wer „die 68er“ im Osten waren und welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten es zwischen Ost und West gab, darüber ist viel publiziert und diskutiert worden. Oft werden die Unterschiede hervorgehoben, und es wird erklärt, dass es in der DDR keine explizite 68er-Generation und kaum Interesse für die Aktionen der westdeutschen Linken gegeben habe. Ich möchte auf einen Bereich verweisen, in dem es sehr wohl Gemeinsamkeiten, parallele Entwicklungen sowie Wechselwirkungen und in der DDR ein beständiges Interesse an der Entwicklung in der Bundesrepublik gegeben hat. Es geht um die Szene des politischen Liedes. Sie hatte in den der sechziger und siebziger Jahren in beiden deutschen Staaten eine Blütezeit, wurde in den Neunzigern für tot erklärt und ist mit der jüngsten Friedensbewegung wieder ins Gespräch gekommen.

Ich gehöre zu den Kindern der so genannten Hitlerjungen- oder Aufbaugeneration der DDR, von denen Dietrich Mühlberg meinte: „Sie waren um die Mitte der 60er Jahre das, was im Westen etwas später die 68er wurden. Allerdings mit einem gravierenden Unterschied: Ihre Eltern waren mehrheitlich keine Nazis, ihr Problem bestand nicht darin, die beschwiegene NS-Vergangenheit protestierend ans Licht zu holen und die fortlebenden hierarchischen Strukturen anzugreifen. Sie dagegen mussten damit fertig werden, dass ihre Eltern, ihre Lehrer und deren Partei ‚immer Recht‘ hatten. Das gab nicht den Zündstoff für eine kulturelle Revolution ab, wie sie die Studierenden einiger großer Städte im Westen dann Ende der 60er durchspielten. Keine Kulturrevolution also (. . .), aber die Entwicklung eines neuen kulturellen Milieus, das in den Gesellschaftsvorstellungen der etablierten Älteren nicht vorgesehen war.“[1]

Dieser Teil der jungen Generation in der DDR betrachtete den Sozialismus meist als Selbstverständlichkeit, wollte ihn mitgestalten und begab sich dazu auf den „Marsch durch die Institutionen“. Man fühlte sich der internationalen linken Protestkultur verbunden, versuchte, die „FDJ flott“ (so hieß es in einem Titel des Liedermachers Bernd Rump)-zumachen, mehr Offenheit und Farbe ins Kulturleben der DDR zu bringen, und hoffte, unter dem Einfluss von „Tauwetter“ und „Prager Frühling“, auf eine „Parteielite im Wandel“[2] (so die Bezeichnung im Westen).

„1968“ als Chiffre für Modernisierungs- und Demokratisierungsprozesse in Ost und West steht für emanzipatorischen Aufbruch und für Solidarität mit den antiimperialistischen Unabhängigkeitsbewegungen. „1968“ bezeichnet auch einen weltweiten kulturellen Aufbruch: In der Popmusik artikulierte sich ein neues Lebensgefühl. Und es entwickelte sich eine musikalische Protestkultur, die Elemente des traditionellen Volksliedes und der zeitgenössischen populären Musik vereinte und als „Folk Revival“ bezeichnet wurde. Dazu gehörten das „Nueva Canción“ in Chile (Violeta Parra), die griechische „volkstümliche Kunstmusik“ (Mikis Theodorakis) und der „Nuovo Canzoniere Italiano“ (Fausto Amodei).

Die musikalische Protestkultur ging von den USA aus, von den Bürgerrechtskämpfen der Afroamerikaner, der Studentenbewegung und den Protesten gegen den Vietnamkrieg. Folksänger und Liedermacher wie Bob Dylan, Joan Baez, Phil Ochs und Tom Paxton wurden international bekannt. Joan Baez besuchte mehrmals die Bundesrepublik und kam am 1. Mai 1966 zu einer Fernsehaufzeichnung nach Ost-Berlin. Pete Seeger trat im Januar 1967 in Ost- und in West-Berlin auf. Die neue musikalische Bewegung inspirierte viele. Wolf Biermann schickte im Juli 1966, ein halbes Jahr nach seinem Auftritts- und Publikationsverbot, einen Vietnam-Song an Walter Ulbricht und schrieb, dieser Song habe „alle Aussicht, ein zentrales Lied der internationalen Anti-Vietnamkriegs-Bewegung zu werden“[3]. Schlager entstanden, die den Stil der Folk- und Protestsongs

1 Dietrich Mühlberg, Zur Eröffnung der Ausstellung „Wenn meine Lieder nicht mehr stimmen“ – Lieder, Filme, Plakate und Dokumente aus der DDR (61–89), in: Festival Musik und Politik 2002, Berlin 2002, S. 5.

2 Peter Christian Ludz, Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Köln 1968.

3 Wolf Biermann, Brief an Walter Ulbricht vom 4. 7. 1966, in: Teurer Genosse, hrsg. von Jochen Staadt, Berlin 2000, S. 226.

imitierten, so zum Beispiel in der Bundesrepublik Drafi Deutschers „Welche Farbe hat die Welt“. Der 15-jährige Pfarrerssohn Gerhard Schöne schrieb auf diese Melodie im sächsischen Coswig den Text „Sag mir, was ist deine Welt“ und wurde damit in Kirchenkreisen sehr bekannt. Zur gleichen Zeit komponierte der 18-jährige Ost-Berliner Oberschüler Hartmut König in Anlehnung an den amerikanischen Song „Which Side Are You On“ das Lied „Sag mir, wo du stehst“, das zum bekanntesten Titel des damaligen „Hootenanny“- und späteren „Oktoberclubs“ wurde. 1968 erschien im Ost-Berliner Eulenspiegel-Verlag das Buch „Protestsongs“ mit Texten von Bob Dylan, Phil Ochs, Franz-Josef Degenhardt, Dieter Süverkrüp, Hartmut König und anderen. Beigelegt war eine Schallplatte, auf der Manfred Krug neben einem eigenen Vietnam-Song Lieder aus Chile, Frankreich und den USA sang.

Was ging uns also die Bundesrepublik an? Was erfuhren wir überhaupt von dort? Hinfahren konnten nur wenige Künstler und Fachleute. Aber ein gewisser Austausch funktionierte dennoch. Schallplatten, Bücher, Zeitschriften und Zeitungen kamen in begrenztem Umfang von „drüben“ und gingen in der Szene von Hand zu Hand. Was in den ost- und westdeutschen Medien zum Thema Folksong/Chanson erschien, wurde aufmerksam verfolgt.

Von offizieller Seite hatte es in der DDR in den fünfziger Jahren eine scharfe ideologische Ablehnung der angloamerikanisch geprägten Massenkultur gegeben. Nach dem Mauerbau zog zunächst eine gewisse Offenheit und Gelassenheit im Umgang mit musikalischen Einflüssen aus dem Westen ein. Mit den Folk- und Protestsongs kamen nun sogar „linke“ Lieder von „drüben“. Jan Koplowitz bezeichnete die westlichen Folksongs als „Lieder von Bundesgenossen“ und schlug vor, die Sänger einzuladen und ihre Lieder von DDR-Interpreten singen zu lassen, „um endlich einmal bei einer fortschrittlichen Sache die ersten zu sein, statt später doch negativen Importen hinterherzuhinken“[4]. Einige Funktionäre glaubten, sie hätten mit den neuen Songs eine Alternative zur westlichen Rock- und Popmusik gefunden.

Am Anfang des neuen politischen Liedes in der Bundesrepublik standen Anfang der sechziger Jahre die nach englischem Vorbild durchgeführten Ostermärsche gegen Atombewaffnung. Im DDR-Rundfunk (Deutschlandsender) wurde ausführlich über die Ostermärsche und ihre Musik berichtet. Ostermarschlieder wurden von Mitgliedern des Berliner Hootenanny[5]-Klubs Mitte der sechziger Jahre auch bei der Ost-Berliner Maidemonstration gespielt. Der Skifflesound der westlichen Ostermarschlieder wurde prägend für die Singebewegung der DDR in den sechziger Jahren.

Von 1964 bis 1969 fanden auf Burg Waldeck im Hunsrück die ersten westdeutschen Folk- und Liedermacherfestivals statt. Viele Liedermacher und Folksänger begannen hier ihre Karriere oder wurden einer größeren Öffentlichkeit bekannt, darunter Franz-Josef Degenhardt, Reinhard Mey, Hannes Wader und Dieter Süverkrüp. Aus der DDR kamen Perry Friedman, Hermann Hähnel und Lin Jaldati und  auf die Burg Waldeck. Das Waldeck-Festival inspirierte auch das Ost-Berliner Festival des politischen Liedes. Als eine Art Bindeglied zwischen ost- und westdeutscher Musikszene fungierte der kanadische Folksänger Friedman, der seit 1959 in Ost-Berlin lebte und dort die ersten „Hootenannies“ veranstaltete. Er war 1966 Mitbegründer des Ost-Berliner Hootenanny-Klubs (ab 1967 „Oktoberklub“), des ersten in der DDR. Die Atmosphäre war zwanglos: Amateure und Profis traten gemeinsam auf, neben Friedman Dorit Gäbler, Hartmut König, Reiner Schöne, die Beatgruppe Team 4 und viele andere. Bettina Wegner sagt über diese Zeit: „Das Prinzip war, dass jeder auf die Bühne kommen konnte – eine tolle Zeit! Die meisten haben was von Bob Dylan gespielt, aber manche auch von sich selber. Ich war 1966 18 Jahre alt, und ich wollte einfach singen, und mir hat es Spaß gemacht, aber politisch war für mich damals nur Vietnam ein Thema. 68 wurde das anders.“[6] Die Hootenanny-Bewegung war weder oppositionell noch inoffiziell. Aber es war keineswegs eine verordnete Kampagne, sondern eine Sache, die relativ spontan entstanden war, kollektiv betrieben wurde und ein für DDR-Verhältnisse ungewöhnliches Maß an Lockerheit aufwies. Während die FDJ-Bezirksleitung Berlin und der Jugendsender DT 64 den Klub förderten, blieb der FDJ-Zentralrat misstrauisch und erklärte: „Diese Musizierart hat Parallelen im kapitalistischen Ausland. (. . .) Es ist darauf Einfluß zu nehmen, daß diese jungen Sänger unsere politischen Kampfziele zum Inhalt ihrer Lieder und Programmgestaltung machen und das politische Niveau des pazifistischen Protestsongs überwinden.“[7]

4 Jan Koplowitz, Warum singt Marlene Folksongs?, in: blick. Wochenendbeilage der Freiheit vom 18. 12. 1965.

5 „Hootenanny“ ist ein unübersetzbarer amerikanischer Nonsensbegriff; er bezeichnete zwanglose Folk-Abende.

6 Bettina Wegner in der Sendung Zeitzeichen, WDR 2, 15. 2. 1991.

7 Beschluss über die Entwicklung des Singens in der Freien Deutschen Jugend, in: Junge Generation, (1966) 11, S. 59.

Anfang 1967 wurde (eine Art Spätfolge des 11. Plenums des Zentralkomitees der SED von 1965) eine härtere ideologische Gangart angeschlagen. Die Singebewegung (von Hootenanny sollte nicht mehr gesprochen werden) wurde von der FDJ vereinnahmt und ihr spontaner, geselliger Charakter beschnitten. Doch sie entwickelte sich zu einer Laienmusizierbewegung von beachtlichem Ausmaß. Das politische Lied wurde musikalisch vielfältiger; es entstand ein kultureller Schmelztiegel, aus dem eine ganze Kunstszene hervorging. Zwar wurde versucht, alle Aktivitäten in die FDJ einzubinden, aber diese Einvernahme wurde immer wieder unterlaufen. Die Singebewegung generell als „Inszenierung einer künstlichen, sozialistischen Jugendkultur“[8] abzutun greift sicherlich zu kurz.

Im Osten wie im Westen gab es unter den Liedermachern diejenigen, die zur Fundamentalopposition neigten, und andere, die den „Marsch durch die Institutionen“ antraten. Wolf Biermann wurde zum Inbegriff des Oppositionellen, nachdem er nur noch in seiner Ost-Berliner Wohnung produzieren und im Westen veröffentlichen konnte. Er sagte später: „Das Verbot erwies sich als mein Glück“, habe es ihn doch davor beschützt, seine „schwachen Kräfte in immer neuen Kompromissen zu verschleißen.“[9] Viele DDR-Künstler beschritten den schwierigen Weg der Kompromisse. So sagte Gerhard Schöne, er „habe es damals für richtig gehalten, lieber in kleinen Schritten zu verändern, als einmal die große Lippe zu riskieren und dann nicht wieder“[10].

Von 1970 bis 1990 fand in Ost-Berlin das Festival des politischen Liedes statt. Der Oktoberklub hatte sich 1968 vorgenommen, seine Jubiläumsveranstaltungen im Februar jeden Jahres zu einem „sozialistischen Folksong-Festival“[11] zu machen. War der Beginn noch eine eher regionale Veranstaltung, so wurde das Festival in späteren Jahren zu einer der größten Musikveranstaltungen der DDR. Es profitierte von der kulturpolitischen Öffnung und Liberalisierung der DDR in den siebziger Jahren und trug selbst dazu bei. Initiator war der Oktoberklub, offizieller Träger anfangs die FDJ-Bezirksleitung Berlin. 1975 wurde der FDJ-Zentralrat Hauptveranstalter, ausschlaggebend für Stil und Organisation war jedoch weiterhin eine große Zahl ehrenamtlicher Mitarbeiter. Eine nicht unwesentliche Seite des Festivals war, dass es hier ab 1971 kontinuierlich zu deutsch-deutschen Kontakten kam, allerdings lange Zeit „in DKP-formatierter Form“[12], wie es Diether Dehm formuliert. Von Süverkrüp, Degenhardt und Wader über Floh de Cologne, Liederjan und Zupfgeigenhansel bis zu Ute Lemper, Heinz-Rudolf Kunze und Konstantin Wecker reicht die Namensliste der westdeutschen KünstlerInnen, die in Ost-Berlin auftraten.

In der DDR fiel die musikalische Protestkultur aus dem Westen bei politisch und kulturell interessierten Jugendlichen auf fruchtbaren Boden. Es gab große Sympathien für die Linke im Westen und ihren antikapitalistischen, emanzipatorischen Protest. Gewiss hatte diese Begeisterung auch schwärmerische Züge, und die krisenhafte Entwicklung des Staatssozialismus untergrub zunehmend ihre Glaubwürdigkeit.

Die Singebewegung und das Festival des politischen Liedes jedoch als Erscheinungen einer „Ersatzprotestkultur“ zu bezeichnen, die sich „mit offizieller Duldung (. . .) der Posen und Accessoires westlicher Protestbewegungen“[13] bedient habe, wie Stefan Wolle das tut, wird dem Gegenstand nicht gerecht. Vielmehr trifft es zu, dass es den Dogmatikern nie gelang, „das Festival zum ausschließlichen Instrument ihrer Politik zu machen“. Es war ein „Fenster zur Welt“, das „auch von Kulturfunktionären genutzt wurde, um frische Luft ins Land zu lassen“[14]. Die Solidarität mit der Dritten Welt und die Sympathie für die westlichen Protestbewegungen waren keineswegs verordnet, sondern echt. Das Festival war, wie Hans-Eckardt Wenzel meint, ein „politischer Karneval“, der „den Alltag der DDR kurz außer Kraft“[15] setzte.

8 Dorothee Wierling, Geboren im Jahr 1. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie, Berlin 2002, S. 331.
9 Wolf Biermann, Wie man Verse macht und Lieder. Eine Poetik in acht Gängen, Köln 1997, S. 236.
10 Gerhard Schöne, Ein singender Erzähler. Interview mit Heinz-Peter Katlewski, in: folk-michel, (1992) 5, S. 25.
11 Protokoll der Klubratssitzung des Oktoberklubs vom 7. 11. 1968. Im Besitz des Verfassers.
12 Diether Dehm, in: Festival des politischen Liedes 2000. Vorträge und Protokolle, Berlin 2000, S. 12.
13 Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Bonn 1998, S. 240. Vgl. auch ders., Die versäumte Revolte: Die DDR und das Jahr 1968“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22–23/2001, S. 37–46.
14 Andreas Herbst u. a., So funktionierte die DDR, Reinbek 1994, S. 277.
15 Hans-Eckardt Wenzel, Booklet-Text zur CD „Festival des politischen Liedes. Die Achtziger“, PLÄNE 88839.

Kaspar Maase

# Körper, Konsum, Genuss – Jugendkultur und mentaler Wandel in den beiden deutschen Gesellschaften

Dieser Aufsatz betrachtet Jugendkulturen in Ost und West als Motoren mentalen Wandels in den sechziger und siebziger Jahren. Die Bedingungen in beiden deutschen Gesellschaften waren unterschiedlich bis zum Gegensatz, doch Übereinstimmungen in der Entwicklungsrichtung scheinen unverkennbar. Eine große Linie deutscher Kulturgeschichte im 20. Jahrhundert bildet der Aufstieg der kommerziellen Populärkünste. Sie dominieren heute nicht nur den Alltag; ihre Werte haben die um 1900 noch allein gültigen Maßstäbe der so genannten Hochkultur an den Rand gedrängt. Der Durchbruch fand nach dem Zweiten Weltkrieg statt: Der Nachwuchs aus den Bildungsschichten – die bis dahin missionarisch und arrogant die vorgebliche Überlegenheit der von ihnen verkörperten Hochkultur vertraten – machte sich populäre Vergnügungen (Schlager, „wilde" Tänze, Kino) zu Eigen. Oberschüler, Studenten und junge Akademiker begannen, sich öffentlich zu den von ihren Eltern und Erziehern bekämpften Werten der Massenkultur zu bekennen: mitreißende Körperlichkeit und spontaner Genuss, Überwältigung der Sinne und Gefühlsqualität. Wir finden es heute selbstverständlich, dass die führenden Feuilletons ernsthaft und kompetent Rockkonzerte und Hollywood-Blockbuster, Fernsehshows und Bestseller besprechen. So etwas war 1960 in beiden deutschen Staaten undenkbar. Auf dem Weg dahin mussten tiefe kulturelle Gräben zugeschüttet werden, die soziale Milieus voneinander trennten; habituelle Distanzen wurden verringert und symbolische Hierarchien abgeflacht. Dabei spielte Jugendkultur eine wesentliche Rolle.

Dietrich Mühlberg hat als methodisches Prinzip für deutsch-deutsche Geschichtsschreibung vorgeschlagen, nach den Antworten zu fragen, die beide Gesellschaften für vergleichbare Herausforderungen entwickelten. Dahinter steht die Vorstellung von systemübergreifenden Modernisierungsaufgaben, die kapitalistische wie sozialistische Industriegesellschaften bewältigen mussten.[1] Über diesen Ansatz ist sicher zu diskutieren; für die Betrachtung der Jugendkulturen scheint er mir jedenfalls produktiv. Heranwachsende wollen sich, einzeln wie in Gruppen, symbolisch-expressiv positionieren gegenüber der sie umgebenden Gesellschaft; in Ost und West entwickelten sie Verhaltensformen, Präsentationsstile und Richtungen der Populärkultur, um sich von der „Normalkultur" abzusetzen und abzugrenzen.[2]

## Gammler und Halbstarke

Zwei Schlaglichter: Am 31. Oktober 1965 versammelten sich auf dem Leuschnerplatz in der Leipziger Innenstadt etwa zweieinhalbtausend Menschen zu einer illegalen Kundgebung. Anlass war, dass der Rat des Bezirks über 50 Amateurbeatgruppen die Lizenz entzogen und damit faktisch Auftrittsverbot erteilt hatte. Die Fans zeigten sich unschlüssig, es gab weder Transparente noch Sprechchöre. Schließlich wurden sie von der Volkspolizei eingekesselt, gejagt und zusammengeknüppelt, 267 von ihnen wurden verhaftet. Mindestens 100 wurden anschließend zu mehrwöchigem Arbeitseinsatz verurteilt und ins Braunkohlerevier verfrachtet. Den meisten schnitt man gewaltsam die Haare. Vorangegangen war eine DDR-weite Pressekampagne gegen „Gammler und ähnliche Elemente", charakterisiert durch „lange, unordentliche, teilweise vor Schmutz starrende Haare". Beatgruppen, so war zu lesen, gebärdeten sich „bei ihren ‚Darbietungen' wie Affen, stoßen unartikulierte Laute aus, hocken auf dem Boden oder wälzen sich auf ihm herum, verrenken die Gliedmaßen auf unsittliche Art"[3].

1 Vgl. Dietrich Mühlberg, Von der Arbeitsgesellschaft in die Konsum-, Freizeit- und Erlebnisgesellschaft, in: Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günter Wichert (Hrsg.), Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung, Berlin 1999, S. 176–205.

2 Vgl. Stichwort „Jugendkultur", in: Hans-Otto Hügel (Hrsg.), Handbuch Populäre Kultur, Stuttgart 2003, S. 40–45.

3 Zit. nach Dorothee Wierling, Der Staat, die Jugend und der Westen, in: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hrsg.), Akten.

1967 brachte der seit einiger Zeit nicht mehr besonders erfolgreiche westdeutsche Schlagersänger Freddy Quinn einen neuen Titel heraus: „Wir“. Er griff ein Thema auf, das viele Bundesbürger seit Jahren empörte: die „Gammler“. „Wer will nicht mit Gammlern verwechselt werden? WIR! / Wer sorgt sich um den Frieden auf Erden? WIR! / Ihr lungert herum in Parks und in Gassen, / Wer kann eure sinnlose Faulheit nicht fassen? WIR! WIR! WIR!“ Von lautstarker Meute, ungewaschenen Haaren und Protestierern war die Rede. Lag es an der Dürftigkeit von Text und Musik, dass Freddy auch diesmal keinen Hit landete? „Volkes Stimme“ hatte sich seit dem Auftreten der „Pilzköpfe“ und langhaarigen Beatfans ähnlich artikuliert. Es gab Zwangshaarschnitte, Aufläufe und bedrohliche Situationen, wo „Gammler“ sich in den Städten zeigten. Nicht nur in West-Berlin fielen Sätze wie „Alle ins Arbeitshaus sollen se se schicken. (. . .) Wenn das mein Sohn wär, den würd ich totschlagen.“[4]

Um zu klären, was die mentalitätsgeschichtlich offenbar verwandten Ereignisse in beiden deutschen Gesellschaften bedeuteten, beginnt man am besten mit den Halbstarken der Jahre 1956 bis 1960. Das waren männliche Arbeiterjugendliche, die um den Rock’n’Roll herum einen subkulturellen Stil entwickelten. Obwohl nur eine verschwindende Minderheit, avancierten sie doch rasch zum Bürgerschreck Nr. 1.[5] Das hatte komplexe Ursachen. Die Halbstarken und ihre „Urwaldmusik“ wurden als Herausforderung für die überkommene hierarchische Ordnung zwischen Generationen, Geschlechtern, Klassen und „Rassen“ wahrgenommen. Rock’n’Roll und das, was die Jugendlichen damit machten, war keine neue Variante jener Schlager- und Tanzmusik, die beide deutschen Gesellschaften als unvermeidliche Trivialität akzeptierten; Rock’n’Roll – das machten Schlagzeug, E-Gitarren, Lautstärke und Bühnenshow ebenso deutlich wie die wilden Tanzformen – brach mit den melodischen, harmonischen Idealen des Schönen, die sich von der klassisch-romantischen E-Musik ableiteten. Sein Maßstab waren physische Sensationen und das körperliche Mitgehen; er schien alle Normen des Maßhaltens und der Selbstkontrolle aufzukündigen und wurde in Ost *und* West als unwiderstehliche Verführung zu unmittelbarem sinnlichem Genuss, als Propaganda für eine hedonistische Lebensauffassung und damit als Bedrohung der Kultur wahrgenommen.[6]

Über die Halbstarken der DDR weiß die Geschichtsforschung nicht viel. Hier scheint es sich ebenfalls um Cliquen (groß)städtischer Arbeiterjugendlicher gehandelt zu haben. Sie traten weniger öffentlich in Erscheinung als ihr bundesdeutsches Pendant und bezogen Inspirationen oft aus dem Westen.[7] Auch die Ost-Halbstarken wurden öffentlich gebrandmarkt, unter Druck gesetzt, kriminalisiert; der Innenminister erklärte „eine anständige Tracht Prügel“ für angemessen.[8] Mit der Schließung der Grenze durch den Mauerbau 1961 hofften viele DDR-Politiker, das fremde Gewächs auszutrocknen.

## Teenager, Beatfans, bewegte Studenten

Im Westen nährte rasch ein kommerzielles Interesse die Jugendkultur – man wollte den „Teenagern“ Musik und Filme, Kleidung und Getränke verkaufen.[9] Die Teenager beerbten die Halbstarken, sie wirkten zahmer, eingedeutscht (Peter Kraus und Conny Froboess statt Elvis Presley und Bill Haley), nicht provokativ. Damit konnte der Stil einen weitaus größeren Kreis Jugendlicher bis in die Mittelschichten hinein anziehen, darunter auch Mädchen. Während (verglichen mit den Halbstarken) die expressive Körperlichkeit auf

Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte, Berlin 1997, S. 223–240.

4 Zit. nach Martin Hartwig, Langhaarige Nichtstuer – Die Gammler der 60er Jahre, www.dradio.de/cgi-bin/es/neumerkmal/246.html (vom 18. 8. 2003); der komplette Liedtext unter www.mannis-webpage.de/ly_deutsch/d_interpret/freddy_quinn/wir.htm.

5 Vgl. Thomas Grotum, Die Halbstarken. Zur Geschichte einer Jugendkultur der 50er Jahre, Frankfurt/M. 1994; Kaspar Maase, Rhythmus hinter Gittern – Die Halbstarken und die innere Modernisierung der Arbeiterkultur in den fünfziger Jahren, in: Andreas Kuntz (Hrsg.), Arbeiterkulturen, Düsseldorf 1993, S. 171–204.

6 Vgl. Uta Poiger, Jazz, Rock, and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany, Berkeley 2000.

7 Eindrucksvolle Erinnerungen in: Iris Czak, Spitzname: Elvis. Interview mit Schorsch T., in: Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (Hrsg.), Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren, Köln 1996, S. 194–197; vgl. auch Michael Rauhut, Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964 bis 1972, Berlin 1993, S. 27–33.

8 Vgl. Thomas Lindenberger, Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952–1968, Köln 2003, S. 368–382, hier: S. 389; vgl. auch U. Poiger (Anm. 6), S. 196–200.

9 Vgl. Ruth Münster, Geld in Nietenhosen. Jugendliche als Verbraucher, Stuttgart 1961. Vgl. auch Rolf Lindner, Teenager. Ein amerikanischer Traum, in: Willi Bucher/Klaus Pohl (Hrsg.), Schock und Schöpfung. Jugendästhetik im 20. Jahrhundert, Darmstadt 1986, S. 278–283; Kaspar Maase, BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, Hamburg 1992, S. 158–175.

dem Weg in die Mitte der Jugend zurücktrat, wurde bis zu den Oberschülern eine hedonistische Einstellung dominant. Jungsein bedeutete immer weniger, in erster Linie zu lernen und an sich zu arbeiten; es hieß, die Freiheiten und Vergnügungsmöglichkeiten eines kurzen Lebensabschnitts nutzen – nicht zuletzt mittels Konsum.

Pädagogen, Jugendfunktionäre und Kulturkritiker zeichneten das Bild ahnungsloser, unpolitischer und manipulierter Halbwüchsiger, die von den Managern der Kulturindustrie zu Starkult und Modegläubigkeit verführt würden.[10] Doch seit der Halbstarken-Hysterie der Jahre 1956 bis 1958 hatte sich eines geändert: Zwar verkörperten die „amerikanisierten“ Jugendstile für viele Bürger weiterhin das Ende von Ordnung und Anstand; doch einflussreiche Sozialwissenschaftler und Politiker waren zu dem Schluss gekommen, die moralischen und politischen Grundfesten der Bundesrepublik seien nicht gefährdet. Mit dem Übergang zum Massenwohlstand müssten sich Konsum-, Freizeit- und Vergnügungsverhalten unvermeidlich verändern, und die Jugend gehe dabei voran; deshalb müsse man deren Impulse aufnehmen und integrieren – durch die Einbindung moderner Rhythmen in die Jugendarbeit wie durch Konsumerziehung. Schließlich diente im Kalten Krieg die Steigerung des Lebensstandards als Propagandatrumpf gegen den Kommunismus. Während die DDR Rock’n’Roll und jugendliche Normverletzungen als feindliche Aktivität bekämpfte, erlaubte es der tolerantere Umgang in der Bundesrepublik, die Überlegenheit westlicher Freiheit vorzuführen.[11]

Im Alltag spielten solche strategischen Überlegungen keine große Rolle. Das zeigte die westdeutsche Reaktion auf Beatmusik und -fans seit 1964. Exzessive Formen weiblicher Fanbegeisterung[12], die Verwischung von Geschlechtergrenzen sowie sexuelle Provokationen in Songs („Let’s spend the night together“) und Bühnenauftritten erschienen allen, die in einer sich tief greifend wandelnden Welt Halt an rigiden Moralnormen und Körperpanzern suchten, als Angriff auf ihre persönliche Lebensordnung. Die „Pilzköpfe“ wurden zum Negativsymbol, auf das man mit mehr oder minder brutalen Haarschneideaktionen reagierte. So lag es nahe, Beatfans und die unter dem Einfluss der amerikanischen Hippie-Bewegung seit der Mitte der sechziger Jahre häufiger sichtbaren langhaarigen „Gammler“[13] in einen Topf zu werfen mit allem, was an Protest und Kritik die durch die erste handfeste Wirtschaftskrise 1966 und die Erstarrung des CDU-Staates verunsicherten Bürger irritierte. Freddys Song fasste die Mischung aus Abwehr und Abscheu am Vorabend der Studentenbewegung zusammen.

Der verbreitete Vorwurf der Faulheit hatte einen antiintellektuellen Subtext. Er verweist auf das gewandelte Sozialprofil der Jugendstile. Oberschüler und Studierende wurden im Laufe der sechziger Jahre zunehmend in den jugendkulturellen Wertewandel einbezogen. Man kann deutlich verfolgen, wie Populärkultur ihren Einfluss auf die künftigen Vertreter der tonangebenden gebildeten Mittelschichten und akademischen Eliten erweiterte. Beatbegeisterung erfasste die Gymnasien in ganz anderer Weise als noch Rock’n’Roll und Teenagermusik.[14]

Besonders folgenreich war der Wertewandel unter den Studenten. Zweifellos trug die Bewegung an den bundesdeutschen Hochschulen elitäre Züge. Doch hat Jakob Tanner auf den „nachhaltig wirkenden spill-over auf (die) Konsumkultur“ hingewiesen, der von sub- und gegenkulturellen Impulsen ausging; er zeigt, entgegen mancher 68er-Legende, die Linie „von Woodstock in den Supermarkt“, die aus der „Propagierung eines hedonistischen Zugangs zum Leben“ folgte.[15] Am deutlichsten trat der Wandel des kulturellen Habitus im alltäglichen Umgang mit populären Künsten hervor. Ende der sechziger Jahre war unter den Studenten Pop- und Rockmusik als Mittel zum persönlichen Stimmungsmanagement wie als Ausdruck sozialer Bewegung akzeptiert. Man erlaubte dem Körper sogar, danach zu tanzen – für die elitären Jazzfans der frühen Sechziger noch eine absolut vulgäre Entgleisung. Rückblickend spricht Ulf Preuss-Lausitz von „Revolutionen der Haut“ und

10 Vgl. Detlef Siegfried, Vom Teenager zur Pop-Revolution. Politisierungstendenzen in der westdeutschen Jugendkultur 1959 bis 1968, in: Axel Schildt/ders./Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 582–623, hier S. 586–590.

11 Vgl. U. Poiger (Anm. 6).

12 Vgl. Barbara Ehrenreich/Elizabeth Hess/Gloria Jacobs, Beatlemania: Girls Just Want to Have Fun, in: Lisa A. Lewis (Hrsg.), The Adoring Audience, London 1992, S. 84–106.

13 Vgl. Tom Schroeder/Manfred Miller, Haare auf die Szenen. Zur Gegenkultur der Hippieyippieyeahmakelovenotwarandfuck&luck-Generation, in: W. Bucher/K. Pohl (Anm. 9), S. 224–232.

14 Vgl. Dieter Baacke, Beat – die sprachlose Opposition, München 1968; Wolfgang Kraushaar, Time is on my Side. Die Beat-Ära, in: W. Bucher/K. Pohl (Anm. 9), S. 214–223.

15 Jakob Tanner, „The Times They Are A-Changin’“. Zur subkulturellen Dynamik der 68er Bewegungen, in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998, S. 207–223, hier: S. 210, 218, 221 f.

einer „Kultur der Lust", die intensive musikvermittelte Körpergefühle und das Sichverausgaben im Tanz ebenso einschloss wie befreiende Erfahrung von Sexualität.[16]

Es förderte die Aneignung, dass junge Intellektuelle nun populären Künsten einen progressiven, demokratischen und befreienden Charakter zuschrieben. Traf das in den Fünfzigern nur für Jazz zu, so galten in den Sechzigern auch Beat und Rock in gesellschaftskritischen Milieus als antiautoritär und antimilitaristisch – Musik, die den Anspruch individueller Freiheit transportierte.[17] Manche lasen gar Italowestern als revolutionäre Parabel.

Selbstverständlich wurde das kulturelle Kapital, das man aus dem Elternhaus mitbrachte und im Bildungsgang erwarb nicht irrelevant. Doch am Ende der sechziger Jahre teilten „gebildete" und „ungebildete" Jugendliche bereits einige ästhetische Vorlieben; sie schätzten Spannung, Tempo, visuelle Kraft, intensive sinnliche Erfahrung, das Spiel mit Standards, Stereotypen und populären Mythen. Es entstand gemeinsames kulturelles Terrain – auch wenn sich Volksschüler und Studenten unterschiedlich darauf bewegten.[18]

## Hebungsprogramm und „dekadente Lebensweise"

Die Jugendkultur der DDR war in vielfacher Hinsicht abhängig von den Kurswechseln der SED und von staatlichen Vorgaben, doch unzweifelhaft eroberten die Energien des Sichabsetzens und Sichabgrenzens einen sich ständig ausweitenden Raum. Im Mittelpunkt stand Popmusik; während einheimische Schlager wie im Westen an Einfluss verloren, lieferten Beat und Rock (auch deutschsprachiger) den symbolisch-demonstrativen Stoff für Jugendkultur. Als Ressource im Hintergrund ist die steigende Verfügung über Zeit und Kaufkraft zu erwähnen[19], die Jugendliche neue Freizeitmöglichkeiten verlangen ließ. Nach eigenem Selbstverständnis musste die DDR darauf eine sozialistische Antwort geben.

Darunter verstand man bis in die siebziger Jahre hinein ein planmäßiges „kulturelles Hebungsprogramm"[20]. Es gehörte durchaus in die aufklärerisch-volkserzieherische Tradition, war jedoch von KPD und SED reduziert worden auf einen Gegenentwurf zur westlichen Entwicklung, die man pauschal als „imperialistische Massenkultur" ablehnte. Dietrich Mühlberg hat die Konsequenzen zusammengefasst: „Kulturpolitik und Kulturarbeit bekamen (. . .) einen repressiv-autoritären Grundzug: ‚Kampfansage' an fast alle massenkulturellen Formen, Front gegen die vom Westen her einbrechende ‚Amerikanisierung der Lebensweise'; weitgehende Beseitigung kommerzieller kultureller Angebote und Zurückweisung der ‚bunten Freizeit' (als eines gefährlichen Mittels, mit dem die Ausbeuter beim Arbeiter das Bewusstwerden seiner entfremdeten Lebenssituation zu verhindern versuchen). Dagegen wurden vorindustrielle und proletarische Kulturmuster betont und entschlossen Anstalten gemacht, alle an die traditionellen Werte der (volkstümlichen) Hochkultur heranzuführen. Da zugleich (. . .) die Arbeit zum Hauptmittel der Persönlichkeitsentwicklung stilisiert wurde, führte das zur Pädagogisierung aller Bereiche des sozialen Lebens und zur Verwandlung der Gesellschaft in eine Umerziehungsanstalt mit Schule und Betrieb als bestimmenden Sozialisationsinstanzen."[21] Aus dieser Sicht waren spontane Aktivitäten Jugendlicher mittels herausfordernder Populärkultur (die sie im Westen suchten und fanden) absolut unakzeptabel. Mehr noch: Jugendkultur erschien als systemfeindlich, als Unterwanderungsinstrument des Klassengegners.

In den frühen Sechzigern verfolgten die Sicherheitsorgane weiter Cliquen und „Meuten" überwiegend männlicher Arbeiterjugendlicher, die auf Straßen und Plätzen „herumhingen" und zu deren Standardausrüstung die laut aufgedrehte „Heule", das Kofferradio mit möglichst rockigem Sound, gehörte.[22] Weniger auffällig, aber ebenso bedrohlich schienen Gruppen, die im privaten Rahmen „Parties" mit heißer Musik, Alkohol und „sexuellen Exzessen" feierten. Für die SED verkörperten

16 Vgl. Ulf Preuss-Lausitz, Vom gepanzerten zum sinnstiftenden Körper, in: ders. u. a., Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg, Weinheim 1983, S. 89–106, hier: S. 95, 98. Zum neuen Umgang mit Sexualität in der studentischen Linken vgl. auch Dagmar Herzog, Antifaschistische Körper. Studentenbewegung, sexuelle Revolution und antiautoritäre Kindererziehung, in: Klaus Naumann (Hrsg.), Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, S. 521–551.

17 Vgl. D. Siegfried (Anm. 10).

18 Ein solcher „sozialer Schmelztiegel der neuen Jugendkultur" war in den sechziger Jahren der Hamburger Star-Club; vgl. ebd., insbes. S. 601.

19 Vgl. Wunderwirtschaft (Anm. 7).

20 Dietrich Mühlberg, Die DDR als Gegenstand kulturhistorischer Forschung, in: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung, 16 (1993) 33, S. 7–85, hier: S. 39.

21 Ebd.

22 Vgl. T. Lindenberger (Anm. 8), S. 385–387; Marc-Dietrich Ohse, Jugend nach dem Mauerbau, Berlin 2003, S. 77–79.

diese Jugendlichen eine dem Sozialismus feindliche, „dekadente Lebensweise“.

Bei der Unfähigkeit, mit derartigen Phänomenen umzugehen, ist eines in Rechnung zu stellen: Große Teile der Bevölkerung lehnten, unabhängig von ihrer politischen Haltung, derartige jugendliche Normverletzungen aggressiv ab, als Verhöhnung von Ordnung, Anstand, Sauberkeit, als Zeichen für Arbeitsscheu und Asozialität. Auch direkte, teilweise demonstrativ „nach Arbeiterart“ mit Schlägen oder Haareabschneiden durchgeführte Gewaltaktionen gegen so genannte Gammler fanden teilweise Zustimmung.[23] Vermutlich hat Thomas Lindenberger Recht mit der These, dass gerade der repressive „Umgang mit den ‚Asozialen‘ und ‚Rowdies‘ eine jener wenigen ‚Brücken‘ zwischen SED und Bevölkerung darstellte, die die Kommunikation gemeinsamer Wertvorstellungen ermöglichte“[24].

Das Konstrukt einer „feindlich-dekadenten Lebensweise“ verknüpfte Stilzeichen (Rockmusik, Auseinandertanzen, lange Männerhaare und andere Verwischungen von Geschlechtergrenzen) geradezu kausal mit Unsauberkeit und Asozialität, mit exzessiver Sexualität, Straftaten und Bekämpfung des Sozialismus; es erlaubte nur prinzipiellen Kampf gegen die Jugendkultur. Raum für pragmatisches Handeln entstand überhaupt erst dort, wo man (bei fortbestehender grundsätzlicher Ablehnung) Musik und Tanzformen zur Privatsache erklärte. Anhand der Songtexte und der Lern- und Arbeitsleistungen sowie der Unauffälligkeit der Jugendlichen in Politik und Freizeit wurde entschieden, was man dulden wollte. Faktisch schwankten die Reaktionen zwischen beiden Polen. Grob kann man sagen, dass im Lauf der siebziger Jahre die zweite Variante bestimmend wurde. Die SED fand sich innerhalb der von ihr gezogenen Staatssicherheitsgrenzen in „friedlicher Koexistenz“ mit der „unsozialistischen“ Jugendkultur ab. In den Sechzigern waren gewissermaßen die Bedingungen des Burgfriedens ausgekämpft worden.[25]

Im September 1963 verkündete das SED-Politbüro ein Jugendkommuniqué, das unter dem Motto „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ zur Musikfrage formulierte: „Welchen Takt die Jugend wählt, ist ihr überlassen: Hauptsache, sie bleibt taktvoll!“[26] Das wurde als Schwenk zu mehr Toleranz verstanden, war aber zunächst eine Reaktion darauf, dass die Verantwortlichen vielerorts nicht wussten, wie sie mit der trotz Mauerbau wachsenden Zahl von Jugendlichen umgehen sollten, die öffentlich westliche Musik hörten, Twist tanzten, sich für eine zunehmende Zahl von Beat und Rock spielenden Bands mit zum Teil ekstatischer Bühnenshow begeisterten und dazu auf eine Weise kleideten und stylten, die sich irgendwie auf Bilder von Westlichem bezog.

Sicher verschafften in der DDR Westgüter Ansehen, und sicher gab es Imitationsversuche. Dennoch ist das Pauschalurteil einer Orientierung am Westen als Triebkraft der Jugendkultur fragwürdig.[27] Es gab ältere Traditionen einer proletarischen Jugendästhetik des Knallig-Schicken, Glänzend-Extravaganten, körperlich-erotisch Herausfordernden; man bastelte sich aus dem – woher auch immer – zugänglichen Angebot und in Eigenarbeit eine „dufte Schale“. Begeisterung für Westmoden war mit Loyalität zum Staat durchaus vereinbar. Von den frühen Sechzigern bis zur Mitte der siebziger Jahre gab es Konstellationen, in denen auch nicht sozialistisch engagierte Jugendliche sich als selbstbewusste Bürger einer DDR mit Zukunft fühlten.[28] Man kann es durchaus als eigenständigen Stil sehen, wie ein junger Leipziger sich um 1960 zum Ausgehen herrichtete: „Schwarzes Nylonhemd, dottergelber Schlips, darauf war meistens noch ein Gemälde – Hula-Mädchen –, Bluejeans, Leuchtsocken dazu (. . .). Ringelsocken und dottergelbe Handschuhe, solche Wildlederhandschuhe, und dazu natürlich die Ente, (. . .) die geölte Ente.“[29]

## Der verlorene Beat-Krieg

Jugendkultur konnte sich nach dem Kommuniqué von 1963 entfalten. Das stärkte aber zugleich die Widerstände im Apparat und unter den Älteren.[30]

23 Vgl. etwa D. Wierling (Anm. 3), S. 229 f.; dies., Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR, Berlin 2002, S. 222 f.; M.-D. Ohse (Anm. 22), S. 26, 98, 309 f., 321.
24 T. Lindenberger (Anm. 8), S. 443.
25 Eine materialreiche, differenzierte Darstellung gibt M. Rauhut (Anm. 7).
26 Zit. nach M.-D. Ohse (Anm. 22), S. 72.
27 Vgl. Gerlinde Irmscher, Der Westen im Ost-Alltag. DDR-Jugendkultur in den sechziger Jahren, in: Wunderwirtschaft (Anm. 7), S. 185–193; Erinnerungen von Zeitzeugen ebd., S. 198–203.
28 Vgl. Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999, S. 126–133, 146–153; M.-D. Ohse (Anm. 22), S. 66 f., 281 f.
29 M.-D. Ohse (Anm. 22), S. 55 (Ente meint die mit Fett gestylte Langhaarfrisur, die am Hinterkopf zum „Entenschwanz“ gekämmt wurde).
30 Vgl. zum Folgenden Michael Rauhut, DDR-Beatmusik zwischen Engagement und Repression, in: Günter Agde (Hrsg.), Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965,

Schon in der Vorbereitung zum „Deutschlandtreffen“ der FDJ Pfingsten 1964 gab es öffentlichen, ja offiziellen Raum für Beat und Twist. Zum Treffen etablierte man das „Jugendradio DT 64“, das mit kleinen Dosen heißer Musik das Ohr der Jugendlichen für die sozialistische Argumentation gewinnen wollte, aber eben auch der eigenen Musikszene Impulse und Verdienstmöglichkeiten gab. Im April 1965 brachte die volkseigene „Amiga“ die erste Beatles-LP heraus. Die FDJ schrieb im Juli einen Wettbewerb für Musikgruppen aus, an dem sich Hunderte von nicht selten frisch gegründeten Bands beteiligten. Im Bezirk Leipzig stieg die Zahl der amtlich erfassten „Laiengitarrengruppen“ von sechs Anfang 1965 auf 83 im November, in Berlin von 50 auf über 300.[31]

Die Dynamik richtete sich nicht gegen die politischen Verhältnisse, aber sie war nicht einzupassen in das Korsett „gepflegter Beatmusik“ (Honecker) und „sozialistischer Tanzkultur“. Die Fronde gegen den neuen Kurs bekam Oberwasser; der Wettbewerb wurde abgeblasen, und das 11. ZK-Plenum verdammte im Dezember 1965 alles Unliebsame in der DDR-Kultur, auch die „Übersteigerung der Beat-Rhythmen“, welche die Jugend zu „Exzessen“ aufputsche.[32] Zu den Maßnahmen, die den Umschwung einleiteten, gehörten die erwähnten Auftrittsverbote im Bezirk Leipzig. Darauf antwortete die „Beat-Demonstration“ vom Oktober 1965. Von den Teilnehmern waren allerdings zwei Drittel „Sicherheitskräfte“, und einiges spricht dafür, dass der Staatsapparat das Ereignis provozierte, um ein Exempel zu statuieren.[33] In der nun folgenden Eiszeit wurden die öffentlichen Räume für unerwünschte Musik und ihre Fans drastisch eingeschränkt. Doch was in Jugendclubs und bei Tanzveranstaltungen unter dem Druck des Publikums geschah, war nicht zu kontrollieren; Bands und ihre Anhänger wichen in die Provinz aus. Mitschnitte und Kopien auf Tonband, das Kursieren importierter Schallplatten und die einschlägigen Sendungen westdeutscher Radio- und Fernsehanstalten sorgten dafür, dass Rock und Pop, Blues und Soul im DDR-Alltag Wurzeln schlugen.

Unter diesem Druck milderte sich in den späten Sechzigern die Reglementierung, und um 1970 entsprachen Hörgewohnheiten, Tanz- und Kleidungsmaßstäbe der meisten Heranwachsenden der internationalen Jugendkultur. Michael Rauhut spricht von „offizieller Anerkennung“ der DDR-Rockmusik ab 1969.[34] Die Landschaft der Geschmäcker und Freizeitmuster war durchaus differenziert, aber Rhythmus und Sound im Gefolge der Beatles und Stones waren „*schichtübergreifend* für fast alle Jugendlichen attraktiv“[35] geworden. Ihre Anziehungskraft empfanden FDJler und überzeugte Sozialisten, Abiturienten und Studenten, Mädchen und junge Frauen. Verglichen mit den Fünfzigern, als Rock’n’Roll-Begeisterung sich auf proletarische Jungen-Cliquen beschränkte, bedeutete das eine historische Annäherung im kulturellen Habitus der Bildungsschichten und Sozialmilieus. 1977 gaben bei einer Befragung in fünf DDR-Bezirken 84 Prozent der Schüler und Studenten an, sie interessierten sich besonders für „Beat“ – für Schlager hingegen nur 38, für sinfonische und Kammermusik 24 Prozent.[36]

In den siebziger Jahren etablierte sich eine vielfältige Musikszene. Sie schloss internationalen Mainstream ebenso ein wie alternative Nischen[37], in denen – auf dem Grat zwischen Duldung und Verbot – hoch artifizielle und anspruchsvolle Gewächse blühten. Der VIII. SED-Parteitag 1971 beschloss Erich Honeckers neuen Kurs, wonach Leistung für den Sozialismus sich unmittelbar in Lebensstandard und -genuss auszahlen sollte. Infrastruktur und Freizeitangebote für Jugendliche wurden deutlich erweitert: Clubs, Diskos und Musiksendungen, Tanz- und Konzertveranstaltungen, Mode und Unterhaltungselektronik. Die

Berlin 1991, S. 52–63; Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan, Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 150–172.

31 Vgl. D. Wierling, Geboren im Jahr Eins (Anm. 23), S. 217; M. Rauhut (Anm. 7), S. 98.

32 Erich Honecker, Bericht des Politbüros an das 11. Plenum, zit. nach M. Rauhut (Anm. 30), S. 56.

33 Vgl. D. Wierling (Anm. 3), S. 226.

34 Vgl. M. Rauhut (Anm. 7), S. 235–298; zum Wiedererstarken von Beat und Rock ab 1967 ebd., S. 216–234. Vgl. auch Andreas Bauhaus, Jugendpresse, -hörfunk und -fernsehen in der DDR, Diss. Münster 1994, S. 196 ff.

35 D. Wierling, Geboren im Jahr Eins (Anm. 23), S. 216 (Hervorhebung K. M.); vgl. die Zeitzeugen-Erinnerungen ebd., S. 230–236. Vgl. auch Bernd Lindner/Dieter Wiedemann, Kultur- und Medienforschung, in: Walter Friedrich/Peter Förster/Kurt Starke (Hrsg.), Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin 1999, S. 301–351, insbes. S. 325 ff.

36 Vgl. Helmut Hanke, Freizeit in der DDR, Berlin (Ost) 1979, S. 90. Nach den Erinnerungen eines 1948 Geborenen gehörte ein Drittel seiner Mitabiturienten 1967 zum harten Kern der Jugendkultur, ausgewiesen durch „Haartracht (*Matte*); Vorliebe für lautstarke rhythmische Musik westlichen Ursprungs (. . .); Kleiderordnung (Bluejeans, Parka); ein auffälliges Freizeitverhalten vorwiegend in Gruppen, vorzugsweise in den Nacht- und Abendstunden, an Wochenenden und in den Ferien (*Gammeln*); Nikotin, Alkohol und Medikamentenmissbrauch (. . .); Promiskuität und Renitenz“. Mit Sympathisant/innen zählte er rund 50 Prozent der Klasse; zit n. W. Engler (Anm. 28), S. 307 f.

37 Vgl. Paul Kaiser/Claudia Petzold, Boheme und Diktatur in der DDR, Berlin 1997.

Grenzen waren allerdings eng gezogen. 60 Prozent der gespielten Musik mussten aus dem Sozialismus kommen; Auftritte westlicher Gruppen gab es kaum, und die seltenen Auflagen ihrer Platten blieben weit hinter der Nachfrage zurück. Den Bands fehlte moderne Klang- und Studiotechnik, für die Auftrittsgenehmigung mussten sie musikalische und textliche Zugeständnisse machen, und immer wieder wurde zensiert.

Doch trotz der verbreiteten Unzufriedenheit bildeten internationale Musik-, Mode- und Verhaltensstile unwiderruflich den Rahmen für Wünsche und Selbstpräsentation der Jugendlichen wie der Künstler zwischen Hitparade und Underground. Die Bedeutung dieser Erfahrungen hat Christoph Dieckmann in einem Schlaglicht eingefangen: „Man war ja dankbar für Live-Kopien unerreichbarer Originale (. . .). Deep Purple und Uriah Heep (. . .) erzeugten Andacht und Weihe in den Diskotheken, die damals landesweit entstanden. Wahrlich, wer nie nach ‚Child in Time' zerfloss, wer niemals zu ‚Lady in Black' in einer sächsischen Dorfdisko schmuste, der weiß nicht, was Ewigkeit ist."[38]

Moderne Jugendkulturen veränderten nicht nur den Musikgeschmack. Der Körper, seine Sensationen wie seine Inszenierung, rückte in den Vordergrund der Aufmerksamkeit auch bei denen, die aus eher körperdistanzierten Milieus mit asketischem oder lustfeindlichem Habitus stammten.[39] Ähnliches galt für Genüsse und Begehren, die sich mit auffälliger Kleidung oder einer Stereoanlage in modernem Design mit mächtigen Bässen verbanden. Konsumkultur in der DDR war – praktisch wie mental – sicher keine zurückgebliebene Variante des Modells Bundesrepublik; aber wenn ihre Trends „im Wesentlichen (. . .) westlichen Erfahrungen entsprechen" und der entscheidende Umbruch in den sechziger Jahren stattfand[40], dann hat die Durchsetzung einer am Ideal der Modernität orientierten Jugendkultur[41] daran erheblichen Anteil.

38 Christoph Dieckmann, My Generation. Cocker, Dylan, Lindenberg und die verlorene Zeit, Berlin 1991, S. 57.

39 Hier sind Befunde zumindest zu erwähnen, die darauf hinweisen, dass in der DDR jugendliche Sexualität vergleichsweise lustvoll und spontan praktiziert wurde. Vgl. Kurt Starke/Konrad Weller, Partner- und Sexualforschung, in: W. Friedrich u. a. (Anm. 35), S. 396–419; Dietrich Mühlberg, Sexualität und ostdeutscher Alltag, in: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung, 18 (1995) 36, S. 8–39; W. Engler (Anm. 28), S. 233–273.

40 Vgl. Ina Merkel, Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln 1999, hier: S. 326; vgl. auch Wunderwirtschaft (Anm. 7).

41 Vgl. G. Irmscher (Anm. 27), S. 189 f.; zur spezifischen Modernität der DDR sehr anregend W. Engler (Anm. 28)

## Mentalitätswandel

Mit Blick auf die Jugendkultur(en) erscheinen in beiden Staaten die sechziger Jahre als heiße Phase konflikthafter Durchsetzung. In den Siebzigern wurde die Beteiligung an Jugendstilen Teil der Normalbiografie, und am Ende des Jahrzehnts war beiderseits der Elbe Populärkultur faktisch Kern einer „Gemeinkultur", an der fast alle unter 40 teilhatten.[42] Der Wandel wurde im Westen früher sichtbar. Von 1956 an hatten die Halbstarken auf sich aufmerksam gemacht; ihr Gegenpart im Osten wurde von öffentlicher Resonanz abgeschnitten. Die Auseinandersetzungen um Teenager, Beatlemania und Gammler bewegten die Bundesrepublik bis etwa zur Mitte der Sechziger; danach gab es nur noch Nachhutgefechte. Detailstudien zeigen, dass der Werte- und Verhaltenswandel den Alltag bereits um 1965 bestimmte; spätere Empörungen waren eher eine Reaktion auf die Massivität der unumkehrbar gewordenen „Fundamentalliberalisierung".[43] Von Jugendstilen ging in den Siebzigern keine Unruhe mehr aus; die Medien und die Jugendzentrumsbewegung verbreiteten sie nun in die hintersten Winkel des Landes.

In der DDR zeigte sich nach der Grenzschließung 1961, dass Rhythmen und Klänge der internationalen, vom Rock geprägten Populärmusik, expressive Formen des Tanzens und der Bühnenperformance sowie erotisierte und gruppenstilbezogene Muster jugendlicher Selbstpräsentation über Körper, Kleidung, Freizeitutensilien (Motorrad, Kofferradio) dem Lebensgefühl und den Individualisierungsbedürfnissen Jugendlicher auch in der sich modernisierenden sozialistischen Industriegesellschaft entsprachen. Anregungen und Vorbilder kamen weithin aus dem Westen, doch DDR-spezifische Modetrends und die breite Laienbandbewegung belegten, dass das Verlangen nach einer Jugendkultur, die weder Traditionen der Arbeiterbewegung noch Mustern der bürgerlichen Jugendbewegung folgte, ein Eigenprodukt war. Der „Kahlschlag" Ende 1965 setzte noch einmal auf Repression und ein ideologisch präformiertes Jugendleben, doch am Ende des Jahrzehnts war klar: Die SED musste sich arrangieren.

42 Vgl. Kaspar Maase, „Gemeinkultur". Zur Durchsetzung nachbürgerlicher Kulturverhältnisse in Westdeutschland 1945 bis 1970, in: Georg Bollenbeck/Gerhard Kaiser (Hrsg.), Die janusköpfigen 50er Jahre, Wiesbaden 2000, S. 170–189.

43 Vgl. Ulrich Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002.

Nach 1971 gab man Jugendmode und Musikszene Raum – um den Preis politischen Wohlverhaltens. Zwischen West-Imitation und eigenständiger Kunstbemühung gelang es, einen DDR-Akzent in der Weltsprache der Rockmusik und der Jugendkulturen zu setzen[44] – wenngleich der Mainstream des Pop den breitesten Zuspruch fand. Doch das Populäre blieb ein Unruheherd – nicht nur, weil offizielle Versprechungen nicht eingelöst und Erwartungen enttäuscht wurden, sondern vor allem, weil Misstrauen, Überwachung und Zensur für eine Kontinuität der Reibungen und Reglementierungserfahrungen sorgten. Jugendkultur blieb ein Stachel im Fleisch der SED; und weil das alle wussten, trug sie auch nicht zur erhofften Integration oder gar Motivierung bei.

Der Blick auf die Politik darf jedoch nicht verdecken: Jugendkultur bedeutete in beiden Staaten, dass Jungen und Mädchen sich in täglichen Konflikten behaupten mussten. Vor den Eltern, in der Schule, auf der Arbeit mussten sie sich rechtfertigen für lange Haare, unerwünschte Kleidung, wilde Musik, teure Konsumwünsche. Das war in der DDR stärker politisiert, und Angriffe auf jugendliche Selbstachtung fielen brutaler aus, aber Millionen Heranwachsender lernten in West wie Ost, ihre Präsentation und ihre ästhetischen Vorlieben zu behaupten. Sich gegen eine verständnislose oder gar feindliche Umwelt durchzusetzen war eine einzigartige Schule der Individualisierung.

Der emotional-aggressive Widerstand hatte noch ein weiteres Motiv: Man verteidigte die Normativität der Hochkultur. Beide deutschen Staaten kanonisierten ein kulturelles Erbe, in dessen Zentrum Klassik, Romantik und Realismus standen. Im Westen diente die Berufung auf die große deutsche Kultur dem Bürgertum dazu, soziale Führungsansprüche gegenüber „der Masse“ zu begründen und über die peinliche Liaison mit dem Nationalsozialismus hinweg selbstversichernde Traditionslinien zu ziehen. In der DDR symbolisierte der Kult der Klassik, dass der Sozialismus allen den Reichtum der Hochkultur zugänglich mache.

In der Geschichte der Jugendkultur waren es oft die Zuspitzungen der Gegner, die den Neigungen Halbwüchsiger grundsätzliche Bedeutung verliehen. Erst die Abstempelung als Antikultur machte aus dem Siegeszug moderner Populärkünste die Entthronung der Hochkultur, eine demokratische Aufwertung des „gewöhnlichen“ Geschmacks sowie ein Votum für ästhetische Weltoffenheit. Dabei kam es in beiden Gesellschaften zur soziokulturellen Annäherung der Jüngeren. Als Vorkämpfer modern-internationaler Jugendkultur traten zuerst Cliquen großstädtischer Arbeiterjugendlicher auf; doch innerhalb eines Jahrzehnts erfasste die Dynamik auch Mittelschichtkinder und Intellektuelle. Unterschiedliche Stile entwickelten sich, doch klassen- und schichtübergreifende Linien sind unübersehbar. Gemessen am herkömmlichen Ideal der Jugendbildung wurde hochkulturelles Wissen relativiert und spontaner Genuss sowie sinnlich-körperliche Lusterfahrung aufgewertet; man öffnete sich für die Ästhetik des Populären. Das hat den Habitus der Intellektuellen markant verändert und die Kulturdiskurse demokratisiert.[45]

Die Entwicklung verlief in Ost und West spezifisch. Neben der Unternehmerschaft war in den fünfziger Jahren auch ein Großteil der bürgerlichen Bildungsschichten aus der DDR vertrieben worden – mit weit reichenden Folgen für die Sozialkultur. Noch wird diskutiert, ob man von einer „arbeiterlichen Gesellschaft“[46] sprechen sollte oder von einer „Unterschichtengesellschaft“, in der weithin Maßstäbe und Bedürfnisse der „kleinen Leute“ dominierten.[47] Jedenfalls war die Lebenswelt von Abiturienten und Studenten in der DDR bis Ende der siebziger Jahre sehr viel weniger von tradierter Bildungsorientierung geprägt als bundesdeutsche Gymnasien und Hochschulen. Das macht die These plausibel, die Impulse der Jugendkultur hätten in einem stark von „proletarischem Hedonismus“ (Mühlberg) durchdrungenen Alltag leichter die junge Intelligenz erreicht als in der Bundesrepublik, wo sich „Gebildete“ und „Ungebildete“ viel schärfer voneinander abgrenzten. Auch im Westen erwiesen sich die kraftvolle Musik und die spontane Genussbereitschaft, die Halbstarke und Teenager vorlebten, als attraktiv. Beim Überwinden von Distinktionsbarrieren half den Studenten dann eine ideologische Legitimation: Der „spirit“ der Rockmusik sei aufbegehrend, rebellisch, antiautoritär.

44 Vgl. C. Dieckmann (Anm. 38), S. 168.

45 Vgl. Kaspar Maase, Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850 bis 1970, Frankfurt/M. 2001[3].

46 W. Engler (Anm. 28).

47 Dietrich Mühlberg, Sexuelle Orientierungen und Verhaltensweisen in der DDR, in: Sowi, 24 (1995) 1, S. 49–57, hier: S. 53 f.; abwägend dazu I. Merkel (Anm. 40), S. 308 f.

Uta G. Poiger

# Amerikanisierung oder Internationalisierung?

## Populärkultur in beiden deutschen Staaten

In den fünfziger und sechziger Jahren herrschte in der Presse der Bundesrepublik kein Mangel an Berichten über amerikanische Filme, Musik und Moden und deren Einfluss auf Jugendliche. Die amerikanische Populärkultur machte nicht am Eisernen Vorhang Halt: Amerikanische Einflüsse waren in der DDR spürbar und wurden von der SED bekämpft. Doch gab es auch andere internationale Bezugspunkte, zum Beispiel die Musik der Beatles aus Großbritannien. Und Ende der sechziger Jahre gelangten Stile aus der Dritten Welt auf unterschiedlichen Wegen in beide deutsche Staaten.

Es stellt sich die Frage, wie die Kulturgeschichte der Bundesrepublik und der DDR während des Kalten Krieges sinnvoll im internationalen Rahmen zu verorten wäre. Gesellschaftliche und kulturelle Veränderungen in der Bundesrepublik sind vielfach unter dem Blickwinkel der Amerikanisierung, der „Westernisierung" oder der Modernisierung diskutiert worden.[1] Gleichzeitig haben die Globalisierungsdebatten der letzten zehn Jahre die Frage nach dem Verhältnis von Globalisierung und Amerikanisierung aufgeworfen.[2] Meist sind die Staaten des Warschauer Pakts außerhalb des Blickwinkels dieser Debatten geblieben.[3]

Im Folgenden will ich zunächst die vielfältigen, kontroversen Reaktionen auf amerikanische Kulturimporte, insbesondere in Mode und Musik, in Ost und West in den sechziger Jahren aufzeigen, um danach zwei weitergehende Fragen stellen: Ist für die sechziger Jahre eine Amerikanisierung der Populärkultur in *beiden* deutschen Staaten festzustellen? Inwiefern wurden auch andere Länder zu Bezugspunkten für den (gesamt)deutschen Alltag?

### Jugendkultur in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik wie in der DDR der fünfziger und sechziger Jahre war amerikanische Populärkultur heftig umstritten. Erzieher, Wissenschaftler und Politiker diskutierten vermeintlich negative Einflüsse auf Jugendliche, machten sich Gedanken über politische Auswirkungen und versuchten, diese einzudämmen. Der Tradition katholischer Kulturkritik folgend, sahen Konservative in den fünfziger Jahren beispielsweise Jazz, Rock'n'Roll-Tänze oder Western als Bedrohung des „christlichen Abendlandes". In beiden Staaten benutzten Verantwortliche aus Kultur und Jugendarbeit Begriffe, die auf die Eugenik bzw. die NS-Ideologie zurückgingen („dekadent"; „entartet").

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre setzte sich in der Bundesrepublik allmählich eine liberalere Haltung durch: Neue Stilrichtungen und alltagskulturelle Trends, die wenige Jahre zuvor noch Staub aufgewirbelt hatten, galten nun vielen Experten und Politikern als akzeptabel. Die Ver-

1 Vgl. zum Beipiel Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999; Detlef Junker (Hrsg.), Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch, Stuttgart–München 2001, Bd. 1: 1945–1968, Bd. 2: 1968–1990; Kaspar Maase, BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, Hamburg 1992; Uta G. Poiger, Jazz, Rock and Rebels. American Culture in a Divided Germany, Berkeley-Los Angeles 2000; Axel Schildt, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1999; Katrin Sieg, Ethnic Drag. Performing Race, Nation, Sexuality in West Germany, Ann Arbor 2002. Für ihre Hilfe danke ich Robert Moeller und Katrina Hagen.

2 Vgl. allgemein Arjun Appadurai, Disjuncture and Difference in the Global Cultural Economy, in: Public Culture, 1 (1990) 2, S. 1–24; Frederic Jameson/Masao Myoshi, The Cultures of Globalization, Durham-London 1998. Zu Deutschland vgl. Kaspar Maase, „Amerikanisierung der Gesellschaft": Nationalisierende Deutung von Globalisierungsprozessen, in: Konrad Jarausch/Hannes Siegrist (Hrsg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland, Frankfurt/M. 1997, S. 219–241; Michael Ermath, Fluch oder Segen? Der Einfluss der amerikanischen Populärkultur in der Bundesrepublik, in: D. Junker (Anm. 1), Bd. 2, S. 507–516.

3 Zu amerikanischen Einflüssen in der DDR vgl. U. Poiger (Anm. 1); Therese Hörnigk/Alexander Stephan (Hrsg.), Jeans, Rock und Vietnam. Amerikanische Kultur in der DDR, Berlin 2002; Michael Rauhut, Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964–1972. Politik und Alltag, Berlin 1993; Rainer Schnoor, Zwischen privater Meinung und offizieller Verlautbarung. Amerikabilder in der DDR, in: D. Junker (Anm. 1), Bd. 2, S. 775–785.

änderungen fanden in einer Zeit statt, in der Wirtschaftsminister Ludwig Erhard das Ende der Nachkriegszeit und „Wohlstand für alle" zur Losung für die bundesrepublikanische Demokratie erhob.

Ab 1960 eröffnete der Berliner Senat „Jazzcafés". Im „Jazz-Saloon" servierte Jugendsenatorin Ella Kay höchstpersönlich nichtalkoholische Getränke und Bier für die jugendlichen Gäste, die dort zu (wenn auch nicht allzu) heißen amerikanischen Rhythmen tanzen konnten. Während zahlreiche westdeutsche Kommentatoren noch Anfang der fünfziger Jahre die amerikanische Musik pauschal als bedrohlich disqualifiziert hatten, galt Jazz nun als modern und jugendlich. So unterschiedliche Politiker wie Franz Josef Strauß, damals Bundesverteidigungsminister, und Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin, propagierten den Jazz als passende Musikform für die Jugend der Bundesrepublik. Jazz wurde sogar zu einem Aushängeschild: 1964 entsandte das Goethe-Institut westdeutsche Jazzgruppen in mehrere asiatische Länder.[4]

Jugendsenatorin Kay war zufrieden mit dem Erfolg der Jazzklubs, die ihr zufolge berechtigte Wünsche erfüllten.[5] Während Plakate zur Eröffnung ein Bustier als Symbol weiblicher Sexualität mit einer Trompete kombinierten, zeigten Pressefotos ein respektables Publikum: junge Frauen in Röcken und junge Männer in Anzügen. Hosen für Frauen und Jeans für Männer waren „nicht erwünscht". Zu Beginn der sechziger Jahre war der amerikanische Modeimport Jeans, der bereits von zahlreichen Jugendlichen begeistert getragen wurde, durchaus noch umstritten.[6] Ein Sozialarbeiter berichtete, dass viele Besucher zwar wegen der „heißen Rhythmen" kämen, dass sie in den Klubs aber auch gutes Benehmen lernten und so „nicht mit dem Schlaghammer, sondern mit der Jazztrompete" erzogen würden.[7]

Sozialarbeiter, Soziologen und Politiker sahen staatlich geförderte Einrichtungen wie Jazz- oder auch Filmklubs als Mittel, die Jugend zum kritischen Umgang mit der importierten Konsumkultur zu erziehen. Ein Bericht des Senats sprach von einer „skeptischen Generation" in einer außengeleiteten Gesellschaft, von Jugendlichen, die keinen Halt mehr in den sozialen Normen der bürgerlichen Gesellschaft finden konnten. Um die Bedeutung solcher Jugendklubs zu verdeutlichen, benutzten die Verfasser Konzepte, die der amerikanische Soziologe David Riesman und sein deutscher Kollege Helmut Schelsky in den fünfziger Jahren eingeführt hatten. Riesman und Schelsky waren zwar der Konsumgesellschaft gegenüber kritisch eingestellt, bestätigten aber auch ihre Stabilität. Die staatlichen Interventionen zeigten die andauernde Ambivalenz gegenüber Populärkultur und Konsum im Allgemeinen und amerikanischen Einflüssen in der Jugendkultur im Besonderen.[8]

Als die USA Mitte der sechziger Jahre zeitweise ihren Status als Exporteur der umstrittensten Produkte der Jugendkultur verloren und der Rock'n'Roll auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs zunehmend in den Hintergrund trat, machten sich Eltern, Sozialarbeiter und Politiker Gedanken über die Beatmusik britischer Bands wie der Beatles und der Rolling Stones und die legere Kleidung und langen Haare besonders ihrer männlichen Fans. Radiostationen wie die amerikanischen und britischen Soldatensender AFN und BFBS, Radio Luxemburg und Piratensender in der Nordsee waren die Hauptquellen für amerikanische und britische Musik. Derweil scheuten westdeutsche Stationen sich bis Mitte der sechziger Jahre, Rock oder Beatmusik zu senden.[9]

Auch weiterhin gab es kulturkonservative Bedenken. So warnte die Fachzeitschrift „deutsche jugend" 1964 vor politischen Auswirkungen der Beatles-Welle: „Die jugendliche Massenhysterie könnte (. . .) auch in gefährlichere Bahnen gelenkt werden. Die Rattenfänger aus Liverpool sind vergleichsweise harmlos."[10] Zwei Jahre später sorgte der Afroamerikaner Jimi Hendrix, der gleichfalls seine Musik in Großbritannien machte und nun im deutschen Fernsehen auftrat, für Aufregung. Ein Realschullehrer beschwerte sich in einem Brief an den Bayerischen Rundfunk: „Glauben Sie wirklich, dass die verwahrlosten, unappetitlichen

4 Vgl. U. Poiger (Anm. 1), S. 211–224; Joachim-Ernst Berendt, Das Leben – ein Klang. Wege zwischen Jazz und Nada Brahma, München 1996, S. 323.
5 Vgl. Totenkopf bürgerlich, in: Revue, (1962) 19.
6 Vgl. U. Poiger (Anm. 1), S. 210–214.
7 Herbert Rudershausen, Jugendpflege in der Bar, in: Der Rundbrief, 10 (1960) 9/10.
8 Vgl. Senator für Jugend und Sport, Bericht über die Situation der Berliner Jugend, in: Der Rundbrief, 10 (1960) 11/12; Detlef Siegfried, Vom Teenager zur Pop-Revolution. Politisierungstendenzen in der westdeutschen Jugendkultur 1959 bis 1968, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 582–623, hier: S. 605.
9 Vgl. Detlef Siegfried, Draht zum Westen. Populäre Jugendkultur in den Medien 1963 bis 1971, in: Monika Estermann/Edgar Lersch (Hrsg.), Buch, Buchhandel und Rundfunk. 1968 und die Folgen, Wiesbaden 2003, S. 83–109.
10 deutsche jugend, 12 (1964), zit. nach D. Siegfried (Anm. 8), S. 593.

Gestalten, die sich da zuckend vor dem Mikrophon produzierten, geeignet sind, unserer an sich labilen Jugend als nachahmenswertes Vorbild zu dienen?"[11] Bei solchen Aussagen schwangen, zum Teil mit rassistischen Tendenzen, die Sorgen um properes Aussehen, gute Arbeitsmoral und politische Verlässlichkeit mit. Wie schon in den fünfziger Jahren hielten manche Westdeutsche nach wie vor eine Abgrenzung nach drei Seiten für nötig: gegen die westliche und besonders die amerikanische Konsumkultur, gegen Überbleibsel der NS-Zeit und gegen die kommunistischen Rivalen im Osten.[12]

Trotz oder auch wegen solcher Befürchtungen wurde Jugendlichkeit im Laufe der sechziger Jahre immer mehr Teil der Vermarktungsstrategien für Konsumgüter. Zeitungen und Zeitschriften hatten schon seit den fünfziger Jahren verstärkt über amerikanische Stile berichtet, auch wenn diese zunächst nur von einer Minderheit wirklich angenommen wurden. 1965 gründeten die westdeutschen Rundfunkanstalten die erste Jugendmusiksendung des Fernsehens, den „Beat-Club", in dem auch Hendrix seinen Auftritt hatte. Gleichzeitig änderten sich die Geschmäcker: War es Anfang der Sechziger noch eine Minderheit, die amerikanische oder westliche Populärmusik bevorzugte, war es am Ende des Jahrzehnts die Mehrheit der Jugendlichen. Zudem galten Jugendliche nun als Trendsetter, die der älteren Generation einiges voraus hatten, diese aber auch immer mehr beeinflussten, unter anderem bei der Verbreitung westlicher Musik- und Modestile.[13] Eine jugendlich-antinationalistische Haltung wurde zum Markenzeichen für Jugendsendungen und -zeitschriften, und Programmleiter oder Herausgeber integrierten Kritik an der Internationalisierung in die Vermarktung. So blendete der „Beat-Club" nationalistische Leserpost ein: Solche Stimmen erregten Aufmerksamkeit, die westdeutsche Presse beurteilte sie negativ und beglückwünschte den „Beat-Club" zu einer Modernität, die sich sowohl von der DDR als auch vom Nationalsozialismus positiv absetzte.[14]

Doch der Anspruch an die Internationalisierung, antifaschistisch zu sein, barg auch Probleme: Einerseits bestand die Gefahr, zu verkennen, dass sich der Nationalsozialismus, allen öffentlichen Bekundungen zum Trotz, durchaus dem Wettbewerb mit nichtdeutschen Modellen, beispielsweise mit Hollywood und amerikanischem Jazz, gestellt und sogar Importe von Filmen oder Musik zugelassen hatte, um einen Schein von Normalität zu wahren.[15] Andererseits verkennt diese Interpretation die politische Geschmeidigkeit und Uneindeutigkeit populärkultureller Stile.

## Jugendkultur in der DDR nach dem Mauerbau

Als die Ost-Berliner Führung am 13. August 1961 die Berliner Mauer bauen ließ, sah sie den so genannten „antifaschistischen Schutzwall" nicht nur als Mittel an, um Arbeitskräfte in der DDR zu halten, sondern auch, um gefährliche westliche Einflüsse abzuwehren. In den Wochen nach dem Mauerbau waren die DDR-Zeitungen voll von Berichten über die Schließung der von der Führung geschmähten, von vielen DDR-Bürgern regelmäßig besuchten West-Berliner Kinos nahe der Sektorengrenze. Diese hatten ganze Ost-Berliner Schulklassen mit westlichen und vor allem amerikanischen Filmen versorgt.

Um die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu beschwichtigen, bediente sich die SED eines Rezepts, das sie auch schon in anderen Krisensituationen, zum Beispiel nach dem 17. Juni 1953, ausprobiert hatte: Sie schuf kurzfristig größere Freiräume im Bereich der Unterhaltung, ohne den Kampf gegen westliche Kultureinflüsse aufzugeben. Die Stadtverwaltungen hielten Kinos an, ein besonders interessantes Programm zu bieten, und Parteiorganisationen drängten Restaurants dazu, mehr Tanzabende abzuhalten. Gleichzeitig brachten die Zeitungen Berichte, dass staatliche Jugendklubs junge Grenzgänger in Jeans zu respektablen jungen Männern in Anzügen verwandelt hatten, die mit jungen Frauen in modischen Kleidern tanzten. Ein interner Bericht warnte jedoch, dass ehemalige Grenzgänger nach wie vor dem Staat gegenüber feindlich eingestellt seien.[16]

Die DDR-Führung politisierte den jugendlichen Kulturkonsum. Im September 1961 startete die FDJ eine Kampagne gegen so genannte „Nato-Sender", um den Empfang westlicher Radio- und Fernsehstationen zu unterbinden. FDJ-Mitglieder gingen soweit, Antennen, die nach Westen zeigten,

11 Zit. nach D. Siegfried (Anm. 8), S. 595.
12 Vgl. ebd. und U. Poiger (Anm. 1).
13 Vgl. D. Siegfried (Anm. 9).
14 Vgl. ebd., S. 101–102; ders. (Anm. 8), S. 613–615.
15 Vgl. Hans-Dieter Schäfer, Das gespaltene Bewußtsein. Über deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit, München 1981; Philipp Gassert, Amerika im Dritten Reich. Ideologie, Propaganda und Volksmeinung, Stuttgart 1997.
16 Vgl. U. G. Poiger (Anm. 1), S. 208 f.

abzuknicken, selbst wenn derartige Aktionen den Zugang zu westlicher Musik allenfalls kurzzeitig unterbrachen.[17] Als Ost-Berliner Jazzfans versuchten, im Herbst 1961 einen Jazzklub an der Humboldt-Universität zu gründen, waren Mitglieder des Zentralrats der FDJ tief beunruhigt. Jazzvereine seien das Werk westlicher Agenten, hieß es, der Jazz werde durch Kommerz und imperialistische Ideologien beeinflusst und sei daher Ausdruck bürgerlicher Dekadenz. Doch waren sich die Funktionäre auch der Argumente bewusst, die immer wieder von Verfechtern des Jazz vorgebracht wurden, nämlich dass Jazz die authentische Musik der Schwarzen in den USA sei, und empfahlen daher Jazzfreunden, sich in bereits bestehenden Gruppen von Liebhabern der Volksmusik zu engagieren. Im Gegensatz zur Bundesrepublik war Jazz in der DDR weiterhin politisch verdächtig.[18]

Im Laufe der sechziger Jahre vollzog die DDR-Führung eine Art Zickzackkurs in Sachen westlicher Kultureinflüsse. Es gab wiederholt Kampagnen gegen Westsender, und Funktionäre versuchten, die Musik, die in der DDR gespielt wurde, zu kontrollieren. Zeiten relativer Nachgiebigkeit wechselten mit Phasen starker Unterdrückung. 1963 schlug die SED im Rahmen der Ulbricht'schen Reformbestrebungen mit ihrem Jugendkommuniqué einen neuen Weg in der Jugendpolitik ein. Der Jugend wurde als „Hausherren von morgen" eine wichtige Rolle beim Aufbau des Sozialismus zuerkannt. Manches ähnelte den Äußerungen westlicher Politiker und Pädagogen: Jugendliche sollten Spaß haben und ihre Freizeit vor allem miteinander verbringen; sie könnten gar über ihren Takt selbst entscheiden, allerdings nur, solange es „taktvoll" bleibe. Neue Angriffe gegen die „psychologische Kriegführung des Westens" zeigten, wie schwierig es für die DDR-Führung war, ein Gleichgewicht zwischen dem Verlangen vieler Jugendlicher nach Autonomie und der geforderten Treue zum sozialistischen System zu finden.[19]

Jugendliche und Kulturschaffende, aber auch viele Funktionäre reizten die Freiräume aus. Man tanzte den Twist, und an vielen Orten der DDR wurden Rock- und Beatgruppen gegründet. 1963 ließ die DDR den ersten amerikanischen Western in die Kinos: „Die glorreichen Sieben" (USA 1960) mit Horst Buchholz. Zwei Jahre später wurde eine LP der Beatles herausgebracht, zu der es in der Presse hieß, dass Beat, wie früher der Jazz, im Westen durchaus eine Protestmusik sei. Aus Anlass des von der FDJ organisierten gesamtdeutschen „Deutschlandtreffens der Jugend" wurde 1964 das „Jugendradio DT 64" gegründet, das seine Zuhörer mit westlicher Rock- und Beatmusik und den Produkten einheimischer Bands bediente, obwohl für Musiker und Stationen weiterhin die Regel galt, dass höchstens 40 Prozent ihrer Musik aus dem westlichen Ausland stammen durfte.[20] Die DDR versorgte mit zwei eigens aufgebauten Sendern auch Jugendliche in der Bundesrepublik mit westlicher Beatmusik, die bis 1965 kaum auf westdeutschen Kanälen gesendet wurde.[21]

Bald entglitt die neue Jugendkultur jedoch der Kontrolle von SED und FDJ. Ab 1964 begann insbesondere Erich Honecker, im ZK zuständig für Sicherheitsfragen und zweiter Mann hinter Ulbricht, die neue Offenheit einzuzäumen. In der Presse fanden sich wieder verstärkt Kampagnen gegen die Gefahren westlicher Einflüsse. Hier kam es zu einer bemerkenswerten Allianz der „Bild"-Zeitung und des „Neuen Deutschland": Nach dem Konzert der Rolling Stones auf der West-Berliner Waldbühne, bei dem es im September 1965 zu Krawallen gekommen war, druckte das Parteiorgan Beschreibungen aus „Bild" ab, denen zufolge junge Frauen sich ekstatisch ihrer Unterwäsche entledigt hätten. Hier war es durch männliche Aggressivität und weibliche Sexualität zu Überschreitungen von Geschlechternormen gekommen, die in Ost wie West beunruhigend wirkten.[22]

Im Herbst 1965 wurde vielen Beatbands die Lizenz entzogen. Ein Gitarrenwettbewerb der FDJ wurde gestoppt, als zu viele Einsendungen amerikanische oder britische Einflüsse zeigten. In Leipzig verhaftete die Polizei im Oktober viele Teilnehmer einer so genannten „Beat-Demo", auf der 2500 Fans gegen die Repressionen protestiert hatten. Leipziger Parteifunktionäre griffen die „amerikanische Unkultur" unter Jugendlichen an, unter denen angeblich „Texasideologie" und „Rangerverhalten" grassierten. Das bezog sich auf die Beliebtheit der amerikanischen TV-Serie „Texas Ranger", die damals im Westfernsehen lief. Nach der Leipziger Demonstration ermunterte die FDJ ihre Mitglie-

17 Vgl. Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan, Blaue Hemden, Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 142 f.
18 Vgl. U. G. Poiger (Anm. 1), S. 208 f.
19 Vgl. U. Mählert/G.-R. Stephan (Anm. 17), S. 150–153.
20 Vgl. ebd., S. 152–160; M. Rauhut (Anm. 3), S. 49–106; U. G. Poiger (Anm. 1), S. 216.
21 Vgl. D. Siegfried (Anm. 9), S. 86.
22 Vgl. M. Rauhut (Anm. 3), S. 117 f.

der, Klassenkameraden die langen Haare abzuschneiden. Manche Beatfans wurden zu Gefängnis oder Arbeitslager verurteilt.[23]

Im Dezember 1965 setzte die SED zum kulturellen „Kahlschlag“ an. Honecker hielt auf dem berüchtigten 11. Plenum des Zentralkomitees der SED eine Rede, in der er sich darüber beschwerte, dass DT 64 „Erscheinungen der amerikanischen Unmoral und Dekadenz“ nicht offen entgegentrete.[24] „Antihumanistische Darstellungen“ in Filmen, im Fernsehen und in Zeitschriften seien die Ursache für „Erscheinungen der Unmoral und einer dem Sozialismus fremden Lebensweise“. Die Beatles und die Rolling Stones förderten offenbar Gewalt und sexuelle Triebhaftigkeit und wirkten moralzersetzend. Dass diese Gruppen aus Großbritannien kamen, spielte keine Rolle. Sie standen offensichtlich in der Tradition von Elvis Presley und Bill Haley, die bereits in den fünfziger Jahren von der SED als Teil der psychologischen Kriegführung des Westens identifiziert worden waren.

Während die meisten Redner auf dem ZK-Plenum auf alte Muster zurückgriffen, nahmen andere Äußerungen Bezug auf liberalere Diskurse, die inzwischen im Westen gängig waren. Begriffe wie „entartet“ kamen kaum mehr vor. Stattdessen wandten sich viele gegen „Skeptizismus“, „Objektivismus“ oder „bürgerliche Theorien von der Einsamkeit des Menschen“ und griffen Konzepte an, die von westdeutschen und amerikanischen Soziologen verwendet worden waren, etwa von Schelsky, Riesman oder Daniel Bell. ZK-Mitglieder empfahlen, das jugendliche Klassenbewusstsein durch ideologische Schulung zu festigen. Nach dem 11. Plenum wurden zahlreiche DDR-Filme verboten, und Musiker und Schriftsteller wurden in ihrer Arbeit behindert.[25]

1966 beauftragte die SED das Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung mit der so genannten Pilzkopfstudie, um die Haltungen von langhaarigen Jugendlichen zu untersuchen. Im Gegensatz zu öffentlichen Darstellungen über Beatfans zeigte die Untersuchung, dass die jungen Männer keineswegs minderer Intelligenz waren. Aber sie waren nicht völlig vom Sozialismus überzeugt. Eine weitere Studie fand heraus, dass die Zahl der Jugendlichen, die den Empfang westlicher Sender ablehnten, immer weiter zurückging. Die Ergebnisse der Studien wurden nicht veröffentlicht. Das Regime forderte seine Bürger dazu auf, sich als Arbeiter und Bauern, als Sozialisten und Antifaschisten zu verstehen, doch solche Identifikationen wurden durch alltagskulturelle Einflüsse aus dem Westen und den Konsum populärer Musik und Moden immer weiter unterminiert.[26]

## Gegenkulturen

Die unterschiedlichen, wenn auch aufeinander bezogenen Wege, welche die beiden deutschen Staaten in den sechziger Jahren eingeschlagen hatten, bedeuteten auch, dass sich „Gegenkulturen“ auf unterschiedliche Weise zeigten. Nach der Unterdrückung des Prager Frühlings 1968 machten Jugendliche in der DDR ihrer Unzufriedenheit Luft, indem sie Flugblätter verteilten, welche die tschechoslowakischen Reformen unterstützten; andere protestierten bei Tanzveranstaltungen oder indem sie öffentlich westliche Musik spielten. Unter diesen Jugendlichen waren, im Gegensatz zu den Mitgliedern von Protestgruppen in der Bundesrepublik, mehr junge Arbeiter als Studenten. Diese waren eher bereit, sich öffentlich gegen das Regime zu stellen als Studenten, die zwar oft auch aus der Arbeiterschicht stammten, aber aus Dankbarkeit für ihre Bildungsmöglichkeiten gegenüber Staat und Partei seltener Kritik übten. Als Reaktion auf die Unmutsäußerungen machten führende Funktionäre „Feindaktionen“, inklusive der Verbreitung westlicher Musik, für eine angebliche „Entpolitisierung“ der Jugend verantwortlich.

Trotz solcher Konfrontationen bewirkten die späten sechziger Jahre wahrscheinlich weniger grundlegende Veränderungen in der DDR als in der Bundesrepublik.[27] Dort attackierten neue Gegenkulturen gerade die verbreitete Entpolitisierung. Mitglieder der westeuropäischen Gegenkulturen griffen bei ihren Forderungen nach individueller

23 Vgl. U. Mählert/G.-R. Stephan (Anm. 17), S. 165–168; M. Rauhut (Anm. 3), S. 137–155; Elfie Rembold, Dem Eindringen westlicher Dekadenz ist entgegenzuwirken. Jugend und die Kultur des Feindes in der DDR, in: Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hrsg.), Fremde und Fremdsein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003, S. 193–214.

24 Vgl. U. Mählert/G.-R. Stephan (Anm. 17), S. 169–172; M. Rauhut (Anm. 3), S. 155–164.

25 Vgl. U. G. Poiger (Anm. 1), S. 216 f; M. Rauhut (Anm. 3), S. 165–208.

26 Vgl. U. Mählert/G.-R. Stephan (Anm. 17), S. 183–187; M. Rauhut (Anm. 3), S. 212–216. Siehe auch Ina Merkel, Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln–Weimar–Wien 1999.

27 Vgl. M. Rauhut (Anm. 3), S. 217 f.; Dorothee Wierling, Geboren im Jahre Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie, Berlin 2002, S. 295–316.

und gesellschaftlicher Veränderung auf die amerikanische „counter culture“ zurück.[28] Unter dem Einfluss Herbert Marcuses identifizierten sich viele mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und mit Afroamerikanern, die gegen die Diskriminierung in den USA protestierten. Zahlreiche Studenten sahen sich als Randgruppe, die in Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in Lateinamerika, Kuba, im Iran oder in Vietnam eine radikale Veränderung auch der Gesellschaften in den amerikanischen oder europäischen Metropolen erreichen konnte. Plakate mit dem Bild Che Guevaras (Bart, Baskenmütze und roter Stern) waren weit verbreitet, bedeuteten aber natürlich nicht, dass sich ihre meist jugendlichen Besitzer mit der Ideologie Guevaras identifizierten – oder diese überhaupt kannten.[29]

Die Aktiven der Studentenrevolte in der Bundesrepublik waren daran interessiert, demokratische Formen der Selbstbestimmung zu finden. Beziehungen sollten nicht mehr von traditionellen sozialen Wertvorstellungen belastet sein. Rasch rückte das politische und wirtschaftliche System der Bundesrepublik ins Zentrum der Kritik. Die westdeutsche Gegenkultur war keine einheitliche Bewegung, und sie erfasste nur einen kleinen Teil der Jugend, aber sie übte einen wichtigen Einfluss auf die Populär- und Alltagskultur aus. Mitglieder der antiautoritären Bewegung machten erstmals 1964 von sich reden, als sie auf einem Kongress von Werbefachleuten diese als „Seelenmasseure“ verschrieen.[30] Die erste terroristische Aktion von Andreas Baader und Gudrun Ensslin, den späteren Mitbegründern der Rote Armee Fraktion, war eine Kaufhausbrandstiftung in Frankfurt am Main im Frühjahr 1968, bei der großer Sachschaden entstand. Ensslin rechtfertigte die Brandstiftung als Mittel, die Westdeutschen auf den „Genozid in Vietnam“ aufmerksam zu machen. Weil ihr Bewusstsein durch die Konsumkultur benebelt sei, so Ensslin, widersetzten sich die meisten Bürger der Bundesrepublik und westlicher Staaten nicht dem „Imperialismus“ – der Ausübung militärischer, politischer und wirtschaftlicher Macht in der Dritten Welt durch die Industriestaaten.[31]

Die „68er“ griffen Elemente des konservativen Kulturpessimismus auf, der sich ebenfalls gegen die manipulativen Aspekte der Unterhaltungs- und Konsumindustrie wandte. Das geschah aber unter anderen politischen Vorzeichen: Insbesondere die Werke von Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse waren für sie attraktiv. Die Analysen setzten Konsumkultur und Unterhaltungsindustrie mit Faschismus und Militarismus in Verbindung und identifizierten die USA als Vorreiter.[32]

Für den „Jazzpapst“ Joachim-Ernst Berendt erhob Jazz aus den USA in den fünfziger Jahren einen Anspruch von Modernität und Spontaneität, der sich sowohl gegen die nationalsozialistische Vergangenheit als auch gegen autoritäre Strukturen der Gegenwart richtete. Berendt suchte seit den sechziger Jahren in seiner Plattenreihe „Jazz Meets the World“ und mit „World Music Meetings“ Inspirationen in der Musik und Kultur anderer Völker insbesondere der Dritten Welt, um Gegenpole zum deutschen Mainstream aufzubauen. Er wurde zu einem der wichtigsten Begründer der „Weltmusik“. Berendt war sicher kein Hippie, aber von ihm organisierte Konzerte und Plattenaufnahmen und seine Schriften beförderten das Sehnen nach Ferne und gesellschaftlicher Veränderung, das viele junge Deutsche überkam und für das seit den sechziger Jahren die USA nicht mehr der einzige oder wichtigste Bezugspunkt waren.[33] Eine andere Schiene der Suche nach Authentizität war die Hinwendung zum Folksong oder Chanson, wobei erfolgreiche Künstler schnell in den Verdacht gerieten, politisch nicht widerstandskräftig zu sein. So konstatierten die Veranstalter des Waldeck-Festivals 1967, dass „die Dylans (. . .) kommerziell festgelegt“[34] seien, und luden die populärsten amerikanischen Stars der Folkmusik gar nicht erst ein. Zahlreiche Intellektuelle kritisier-

28 Vgl. Wolfgang Kraushaar, 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000; Claus Leggewie, 1968. Ein transatlantisches Ereignis und seine Folgen, in D. Junker (Anm. 1), Bd. 2, S. 632–643.

29 Vgl. Ingo Juchler, Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik der sechziger Jahre: Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien aus der Dritten Welt, Berlin 1996. Siehe auch das laufende Dissertationsprojekt: Katrina Hagen, Third World Liberation and the „Other America“ in Cold War Germany: Internationalism and German Identities 1960s–1990s, University of Washington. Zum Guevara-Plakat vgl. Uta C. Schmidt, „Alle reden vom Wetter. – Wir nicht.“ Das Plakat als Medium, in: Wolfgang Ruppert (Hrsg.), Um 1968: Die Repräsentation der Dinge, Marburg 1998, S. 46–63, hier: S. 46 und S. 50–55.

30 Vgl. Wolfgang Kraushaar, Notizen zu einer Chronologie der Studentenbewegung, in: Peter Mosler, Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte – zehn Jahre danach, Reinbek 1977, S. 249–295, hier: 257 f.

31 Gudrun Ensslin zit. in I. Juchler (Anm. 29), S. 361. Siehe auch Uta G. Poiger, Imperialism and Consumption: Two Tropes in West German Radicalism of the 1960s and 1970s, demnächst in: Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hrsg.), Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies, 1960–1980 (i. E.).

32 Vgl. D. Siegfried (Anm. 8).

33 Vgl. J.-E. Berendt (Anm. 4), S. 337–346. Vgl. ders., Das Jazzbuch, Frankfurt/M. 1999.

34 Zit. nach D. Siegfried (Anm. 8), S. 611.

ten zudem eine Entpolitisierung des Beat und seine Integration in den „Konsumzwang“.[35]

Auch die Mode diente der Zurschaustellung politischer Haltungen. Stile, die Barbara Til für die Jugend in der Londoner Kings Road beschrieben hat, wurden Ende der sechziger Jahre auch in Deutschland beliebt: „Klamotten in schreienden Farben, nackte, gebräunte Beine unter kurzen Röcken, scheckige Hosen und Hemden, bestickte Blusen und Westen, Kleidung aus Peru, Mexiko, Afrika, Indien, oder sonstwoher.“[36] Die Herkunft der Kleidung war für Beobachter und wahrscheinlich auch ihre Träger häufig nicht eindeutig. Während in den fünfziger Jahren Modestile, insbesondere Jeans und Lederjacken, als amerikanisch angesehen wurden, galt dies für die Mode der Gegenkultur Ende der sechziger Jahre nicht mehr. Diese stammte vielfach aus Ländern der Dritten Welt und nahm nichteuropäische oder nichtamerikanische Stile auf, wie zum Beispiel Schmuck an den Fußgelenken. Sicher gab es auch Kleidungsstile der Gegenkultur in Deutschland, die als amerikanisch verstanden wurden, etwa die grünen Parkas der US-Armee, die sich bei Demonstrationen als nützlich erwiesen und „Ami-Kutten“ genannt wurden, bis dann Bundeswehrparkas als Einheitskleidung für junge Männer und Frauen beliebt wurden. Aber viele Jugendliche zogen so genannte Afghanenmäntel aus Schaffell vor, die das Fell deutlich an den Rändern sehen ließen, teilweise bestickt waren und oft tatsächlich aus Afghanistan stammten. Til deutet diese Mode als Versuch, sich „bürgerlicher Traditionen“ zu entledigen, „um Raum zu schaffen für einen toleranten, kosmopolitischen Auftritt“. Kleidung wurde „zum wichtigen Instrument der Ablehnung bürgerlicher Normen und Wertvorstellungen“.[37] Sehnsucht nach Ferne und Authentizität, aber auch das Interesse an menschlicheren Produktionsverhältnissen drückten sich in den siebziger Jahren in der Bundesrepublik im Erfolg so genannter Dritte-Welt-Läden für Kleidung, Lebensmittel und Wohnungsschmuck aus.

Auch in der DDR identifizierten sich Jugendliche mit Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, allerdings unter anderen politischen Vorzeichen. Die DDR sah sich als Unterstützer der Befreiungsbewegungen. Anders als im Westen waren Proteste gegen die Vietnamkriegspolitik der USA staatlich sanktioniert. Die FDJ verstand es, sich die Begeisterung Jugendlicher für die Befreiungsbewegungen zunutze zu machen mit einer Reihe von Aktionen, die von Aufrufen zu Geld- und Blutspenden über Kontakte mit ausländischen Jugendorganisationen bis zu Einladungen von „Künstlern aus den jungen Nationalstaaten und Befreiungsbewegungen“ reichten. Musiker aus der Dritten Welt, insbesondere aus Lateinamerika, kamen seit 1970 regelmäßig zum Festival des Politischen Liedes und 1973 zu den Weltfestspielen der Jugend nach Ost-Berlin. Die „in Europa nicht zu stillende Revolutionsromantik“ beflügelte offensichtlich auch die Jugend der DDR, und besonders diejenigen, die vom gewaltsamen Ende des Prager Frühlings enttäuscht waren, übertrugen ihre Hoffnungen auf Veränderungen auf die Befreiungskämpfe in der Dritten Welt.[38]

Schaffellmäntel wurden auch in der DDR beliebt, und oft fungierten Musikgruppen als Trendsetter. 1972 ließen sich beispielsweise die Mitglieder des Horst-Krüger-Septetts fotografieren: Einer trug einen Armeeparka, drei trugen Fellmäntel, von denen zwei im westlichen Mantelstil geschnitten waren und nur einer Afghanenmänteln ähnelte.[39] Auch in der DDR hefteten junge Leute „sich ein rotes Sternchen an die schwarze Baskenmütze oder an die verwaschen grüne Kutte“. Diese Plaketten oder auch Poster mit dem Bildnis Che Guevaras waren aus dem Westen importiert, aber geduldet. Das galt auch für Jeans, die Ulrich Plenzdorf 1973 zur Gesinnung machte – „Jeans sind eine Einstellung und keine Hose“ –, als er an das Streben nach Authentizität in Ost und West appellierte.[40]

Moden wurden in der DDR und in der Bundesrepublik zum Ausdruck der Sehnsucht nach individueller und gesellschaftlicher Veränderung. Sie bedeuteten jedoch nicht automatisch ein Verschwinden rassistischer Haltungen; kultureller Eklektizismus hieß nicht gleichzeitig auch größerer Einsatz für die Rechte anderer. Oft waren die Ursprünge kultureller Stile den Konsumenten gar nicht bewusst. „Palästinensertücher“ etwa waren in den siebziger Jahren weit verbreitet. Doch viele Jugendliche waren sich über ihre politische Bedeutung als Aussage für die PLO und gegen Israel nicht im Klaren. Wie viele Jugendstile zuvor wurden auch Elemente der Gegenkulturmode bald

35 Ebd., S. 619.

36 Barbara Til, Anarchie und Kleiderwirbel: Mode 68, in: Wolfgang Schepers (Hrsg.), ’68. Design und Alltagskultur zwischen Konsum und Konflikt, Köln 1998, S. 104–117 hier: S. 104.

37 Ebd., S. 105 f.

38 Vgl. U. Mählert/G.-R. Stephan (Anm. 17), S. 187 f.

39 Foto in M. Rauhut (Anm. 3), S. 232.

40 Vgl. Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998, S. 240 f.; Ulrich Plenzdorf, Die neuen Leiden des jungen W., Frankfurt/M. 1973.

von Bekleidungskonzernen aufgegriffen. Diese Stile wurden zuerst in Straßenständen oder kleinen Geschäften verkauft, und bald erschienen sie in der Jugendabteilung von C&A.[41]

## Verschlungene Wege der Amerikanisierung und Internationalisierung

Wim Wenders ließ 1976 den Protagonisten seines Films „Im Lauf der Zeit“ die viel zitierten Worte sagen: „Die Amis haben unser Unterbewusstsein kolonisiert.“[42] Dieser Spruch beschreibt die verschlungenen Wege der Amerikanisierung in den sechziger und siebziger Jahren. Zum einen greift er die anhaltenden Ressentiments in Ost und West gegen die Macht der amerikanischen Massenkultur auf, die dem kanadischen Kommunikationswissenschaftler Marshall McLuhan zufolge bis ins Unterbewusstsein ausstrahlte. Mit dem Rückgriff auf den Begriff Kolonialisierung positionierte Wenders seinen Hauptdarsteller in der Tradition der linken Bewegungen, die sich mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt solidarisiert hatten und zugleich den „Konsumterror“ in den Metropolen kritisierten. Andererseits hat gerade Wenders die USA in Filmen wie „Paris, Texas“ in mancher Hinsicht romantisiert, und so können seine Worte auch als ironischer Kommentar zur Amerikanisierung gedeutet werden. Wie Frank Trommler es ausgedrückt hat, enthält die Frage „Wie amerikanisch sind wir?“ für die meisten Deutschen immer auch einen Schuss Selbstermunterung.[43]

Wenn man von einer Amerikanisierung der deutschen Kultur insbesondere seit den fünfziger Jahren spricht, verbinden sich damit keineswegs eindeutige kulturelle oder politische Entwicklungslinien. Der Vergleich zwischen beiden deutschen Staaten zeigt erstaunliche Überschneidungen, insbesondere in der Ablehnung amerikanischer Kultur (einschließlich der Berufung auf Geschlechternormen), aber auch in der Annahme amerikanischer Einflüsse besonders durch Jugendkulturen. Doch deutet der Vergleich auch auf wichtige Unterschiede. War Antiamerikanismus in der Nachkriegszeit unter den Eliten in Ost *und* West stark verbreitet, wurde er in den sechziger Jahren eher zu einem Markenzeichen der westdeutschen Gegenkultur in ihrer Ablehnung von „Imperialismus“ und „Kapitalismus“. Westdeutsche Politiker dagegen identifizierten sich meist mit den USA als Heimat demokratischer Institutionen und als Garant von Wohlstand und Sicherheit. Nicht nur viele kontroverse Stile, sondern auch das Vokabular, mit dem diese interpretiert wurden, waren in der Bundesrepublik aus den USA importiert. Insgesamt blieben amerikanische Stileinflüsse wegen der Abwehrhaltung von Staat und Partei in der DDR subversiver, auch wenn es mit dem Machtantritt Honeckers in den siebziger Jahren durchaus Lockerungen gab.

Die Konzentration auf eine Amerikanisierung der deutschen Kultur kann den Blick jedoch verengen, so dass die gegenseitige Beeinflussung von Europa und den USA, die sich im Laufe der sechziger Jahre durch die Beat-Musik und den intellektuellen Austausch verstärkte, ignoriert wird. Aber auch andere internationale Bezugspunkte für die Populärkultur in der Bundesrepublik und in der DDR geraten aus dem Blick. Der wachsende Anteil amerikanischer Programme im westdeutschen Fernsehen seit den siebziger Jahren bedeutete sicherlich eine gründliche „Amerikanisierung von unten“, aber es hatte sich schon in den sechziger Jahren gezeigt, dass für die deutschen Vorstellungen von Stil, Kultur und Alltagspraxis zunehmend andere internationale Einflüsse außerhalb der USA an Bedeutung gewannen.[44] Internationale Reisen vieler Westdeutscher waren dabei ein wichtiger Impuls, wie auch der wachsende Anteil von Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik sowie die ausgedehnten Außenhandelsbeziehungen. Man mag dies als Verwischung der Grenzen von Amerikanisierung und Globalisierung sehen. Wichtiger als diese Labels ist aber, dass eine genauere Analyse dieser Entwicklungen und ihrer Bedeutung für die Populärkultur in Deutschland Antworten auf eine zentrale Frage verspricht, nämlich wie der Konsum zum Verständnis und zur Vernebelung internationaler Beziehungen und Ungleichheiten beiträgt.[45]

41 Vgl. B. Til (Anm. 36).

42 Zit. nach Frank Trommler, Kultur als transatlantisches Spannungsfeld 1968–1990, in: D. Junker (Anm. 1), Bd. 2, S. 395–419, hier: S. 410.

43 Vgl. ebd., S. 409.

44 Vgl. Axel Schildt, Vom politischen Programm zur Populärkultur, in: D. Junker (Anm. 1), Bd. 1, S. 955–965; Irmela Schneider (Hrsg.), Amerikanische Einstellung. Deutsches Fernsehen und US-amerikanische Produktionen, Heidelberg 1992.

45 Vgl. Volker Wünderich, Zum globalen Kontext von Konsumgesellschaft und Konsumgeschichte: Kritische und weiterführende Überlegungen, in: Hannes Siegrist/Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka (Hrsg.), Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums. 18. bis 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1997, S. 793–810.

Detlef Siegfried

# „Trau keinem über 30“?

## Konsens und Konflikt der Generationen in der Bundesrepublik der langen sechziger Jahre

Bis weit in die zweite Hälfte der sechziger Jahre hinein war Großbritannien für viele westdeutsche Jugendliche das gelobte Land. Dies lag nicht zuletzt daran, dass ihre Altersgenossen es dort offenbar in mancher Hinsicht leichter hatten, kulturelle Vorlieben zu verwirklichen, weil sie mit mehr Toleranz von Seiten der Älteren rechnen konnten. Einen überwiegend günstigen Eindruck von der jungen Generation hatten Anfang der sechziger Jahre 32 Prozent der Italiener, 34 der Franzosen, 39 der Deutschen, 41 der Niederländer, aber mit weitem Abstand 59 Prozent der Briten.[1] In dieser Reihe zeigten sich die Deutschen ihrem Nachwuchs gegenüber weder besonders freundlich noch besonders unfreundlich. Dennoch nahmen die deutschen Akteure der neuen und anfangs vielfach noch bekämpften Jugendkulturen die Unterschiede zwischen Deutschland und Großbritannien als gravierend wahr. In England, so meinte der Erfinder des Hamburger Star-Club, Manfred Weißleder, werde in der Beatmusik „nicht eine Art von Rebellion gegen die staatliche Ordnung“ gesehen, sondern „ein anerkanntes Freizeithobby der Jugend“[2]. Demgegenüber bestehe ein „eingefleischte(s) deutsche(s) Übel“ darin, gegen jugendlichen Musikgeschmack, eine bestimmte Art der Kleidung oder Haartracht teilweise gewaltsam vorzugehen.[3]

Kein Zweifel, die langen sechziger Jahre, also der Zeitraum zwischen etwa 1958 und 1973, waren in Westdeutschland „goldene Jahre“ des wirtschaftlichen Wohlstands, der zunehmenden Freizeit, der Entformalisierung gesellschaftlicher Beziehungen, der politischen Liberalisierung. Viele dieser Entwicklungen hat die junge Generation maßgeblich vorangetrieben. Und dennoch kam es hier zu mitunter sehr scharfen Konflikten. Die Auseinandersetzungen zwischen den Generationen prägten die sechziger Jahre in der Wahrnehmung der Zeitgenossen. Die Tageszeitung „Die Welt“ konstatierte am Ende der Dekade: „Zweifellos ist dieses Generationsproblem die große Überraschung der Nachkriegszeit, wahrscheinlich die größte Überraschung unter allem Unvorhergesehenen.“[4] Ein erheblicher Teil der Dynamik der sechziger Jahre rührt aus diesem Widerspruch: dass jüngere Leute, die doch von dem gesellschaftlichen Wandel am meisten profitierten, die Gesellschaft gleichzeitig am schärfsten bekämpften – und zwar ausgerechnet ein Teil der Generationselite, Studierende oftmals bürgerlicher Herkunft.

Viele Erwachsene reagierten tolerant auf die Erweiterung des Stilrepertoires und auf die zunehmenden Partizipationsforderungen der nachwachsenden Generation. Doch für die Fähigkeit, sich an die Konsumgesellschaft anzupassen, mit dem Trend zur Liberalisierung Schritt zu halten und den Dialog zwischen den Generationen zu führen, waren die Umstände wichtig, unter denen die Beteiligten aufgewachsen waren. Diese Unterschiede waren derart vielfältig, dass die Unterscheidung zwischen „Erwachsenen“ und „Jugendlichen“ im Grunde zu grob ist – auch wenn die zeitgenössische Sozialforschung oft mit derlei Kategorien arbeitete und auch die historische Forschung nicht ganz auf sie verzichten kann.

### Fünf Generationen der sechziger Jahre

Im letzten Drittel der fünfziger Jahre setzte in der Bundesrepublik eine starke Beschleunigung des wirtschaftlichen und sozialen Wandels ein, dem die Einstellungen zur politischen Kultur, zu Lebensstilen und moralischen Normen nur zögernd folgten. Diese Ungleichzeitigkeit war insbesondere bei den noch im Kaiserreich sozialisierten Altersjahrgängen zu spüren, die bereits den dritten System-

1 Vgl. Das Beste aus Readers Digest (Hrsg.), Sieben-Länder-Untersuchung. Eine vergleichende Marktuntersuchung in Belgien, Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien, Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland, o. O. 1963, S. 21.
2 Star-Club-News vom Oktober 1965.
3 Vgl. Star-Club-News vom Juni 1965.
4 Die Welt vom 18. 5. 1969.

wechsel erlebten und bis in die sechziger Jahre hinein in Politik und Wirtschaft den Ton angaben. Als ihre Exponenten galten der bis 1963 regierende Bundeskanzler Konrad Adenauer (geb. 1876), sein Nachfolger Ludwig Erhard (1897) und Bundespräsident Heinrich Lübke (1894).

Diese Generation trat Mitte der sechziger Jahre ab. Bezieht man sie ein, so trafen in den langen sechziger Jahren in jeweils unterschiedlichen Konstellationen fünf politische Generationen aufeinander – „Generation“ hier verstanden als soziale Formation bestimmter Geburtsjahrgänge, die durch spezifische Prägungen, Denk- und Handlungsmuster sowie durch ein vages Gefühl der Zusammengehörigkeit miteinander verbunden waren.[5] Neben den noch vor der Jahrhundertwende Geborenen waren da zweitens diejenigen, die, geboren zwischen 1900 und 1914, zwischen Kriegszeit und Weimarer Republik sozialisiert worden waren und in den zwanziger und dreißiger Jahren ihre Karrieren begonnen hatten, etwa Kurt Georg Kiesinger (1904), Herbert Wehner (1906), der Verleger Axel Springer (1912) oder Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier (1906). Drittens prägten diese Zeit ganz besonders stark diejenigen, die als Kinder im „Dritten Reich“ sozialisiert worden waren, das Kriegsende als Jugendliche oder dem jugendlichen Alter gerade Entwachsene erlebt hatten und mit der Gunst des demokratischen Neuanfangs ihr aktives Leben begannen. Wegen der großen Bedeutung, die das Kriegsende für sie hatte, sind sie als „45er-Generation“ bezeichnet worden.[6] Zu ihnen gehörten z. B. Rudolf Augstein (1923), Oswalt Kolle (1928), Hans Magnus Enzensberger (1929), Jürgen Habermas (1929) und Helmut Kohl (1930). Sie setzten sich zum Teil äußerst kritisch mit den Tendenzen der Gegenwart auseinander – nicht zuletzt mit allem, was die Bundesrepublik mit der NS-Vergangenheit verband – und verschafften sich zumeist von der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre an öffentliches Gehör.

Sie brachten der nachfolgenden Generation, die später als „68er-Generation“ bezeichnet worden ist, anfangs nicht selten Sympathie entgegen, weil sie in den Jüngeren Verbündete im Kampf für eine politische und kulturelle Erneuerung der Bundesrepublik sahen. Die Angehörigen dieser vierten Generation waren ungefähr zwischen 1938 und 1948 geboren, dazu gehörten mehr und weniger bekannte Persönlichkeiten der Studentenbewegung wie Christian Semler (1938), Dieter Kunzelmann (1939), Rudi Dutschke (1940), Daniel Cohn-Bendit (1945) oder Helke Sander (1937).[7] In der „68er-Generation“ sind Altersdifferenzierungen zu registrieren. Generell gilt die Faustregel: Je jünger die Personen, desto offener waren sie gegenüber den Errungenschaften der Konsumgesellschaft. Als Vermittler der Popkultur wirkten vor allem Angehörige der „45er-Generation“: der Herausgeber der Zeitschrift „konkret“, Klaus Rainer Röhl (1928), der bereits zitierte Manager des Hamburger Star-Club, Manfred Weißleder (1928), der Konzertveranstalter Fritz Rau (1930), der Redakteur des Fernseh-“Beat Club“, Michael Leckebusch (1935), und der Musikkritiker Helmut Salzinger (1935). Im letzten Drittel der sechziger Jahre artikulierten auch die Jüngeren ihre Interessen, etwa der Schriftsteller Rolf Dieter Brinkmann (1940), der Autor, Konzertveranstalter und Musikproduzent Rolf-Ulrich Kaiser (1943) oder der Journalist Henryk M. Broder (1946).

Die fünfte und jüngste Generation machte sich seit den frühen siebziger Jahren bemerkbar. In den frühen fünfziger Jahren geboren und geprägt in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, als ihre älteren Brüder und Schwestern auf allen Gebieten das Normenspektrum erweiterten, waren sie Anhänger und teilweise Wortführer einer „Counterculture“, etwa als Mitglieder und Führungsnachwuchs der zahlreichen linkssozialistischen und kommunistischen Gruppierungen der siebziger Jahre. Zu dieser Generation der Gegenkultur gehörten Musiker wie Peter Bursch (1949), Rio Reiser (1950) oder Dieter Dehm (1950), politische Aktivisten wie Thomas Ebermann (1951), Gero von Randow (1953) oder Jürgen Trittin (1954), aber auch Angehörige der „zweiten Generation“ der terroristischen Roten Armee Fraktion wie Susanne Albrecht (1951).

Die hier anhand einiger Exponenten idealtypisch skizzierten Generationen waren in sich differenziert nach Herkunft und Region, sozialem Status, Geschlecht, politischen Präferenzen und religiöser Neigung. Und doch waren generationelle Gemeinsamkeiten verhältnismäßig stark ausgeprägt, denn sie hatten den beschleunigten gesellschaftlichen

5 Zur Generationenkonstellation der sechziger Jahre vgl. die Entwürfe von Axel Schildt, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1999, S. 181 ff., und Ulrich Herbert, Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: ders. (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002, S. 7–49, hier: S. 43 ff.

6 Vgl. Dirk Moses, Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie, in: Neue Sammlung, 40 (2000), S. 233–263.

7 Vgl. Heinz Bude, Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938 bis 1948, Frankfurt/M. 1995.

Wandel auf sehr unterschiedliche Weise verarbeitet. Die besondere Veränderungsdynamik der sechziger Jahre in der Bundesrepublik, auch die zahlreichen Konflikte, die ein wesentliches Element dieser Dynamik darstellten, rührten aus der Koexistenz und Konkurrenz dieser unterschiedlichen Generationen, nicht zuletzt aus dem nur in Grenzen erfolgreichen Aufstiegsbegehren der beiden jüngsten.[8]

## Allianzen mit dem Neuen: Jugendkultur als „dominante Teilkultur"

Noch in den fünfziger Jahren standen Erwachsene ihrem Nachwuchs häufig sehr unsicher gegenüber. Das hing damit zusammen, dass auf „die Jugend" nach dem Desaster des Nationalsozialismus hoch gespannte Erwartungen gerichtet wurden: Die kommende Generation sollte alles besser machen. Weil so große Hoffnungen in sie gesetzt wurden, waren auch die Ängste groß, dass diese neue Generation einen falschen Weg gehen und „fehlgeleitet" werden könnte. In bestimmten Erscheinungsformen der Konsumgesellschaft sah man Anzeichen einer derartigen Fehlentwicklung. Anfang der sechziger Jahre beklagten Erwachsene vor allem, dass junge Leute sich zu sehr den Verlockungen der Konsumgesellschaft hingaben. Etwa 60 Prozent der über 30-Jährigen glaubten, dass Jugendliche „zu viel auf Vergnügungen aus" seien.[9] Doch auch ein erheblicher Teil der Betroffenen – etwa ein Drittel der 16- bis 29-Jährigen – sah das ganz ähnlich, vor allem die höher Gebildeten.

Diese Kritik war in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren so laut zu vernehmen, weil in dieser Zeit immer deutlicher wurde, dass junge Leute sich in die bunte Waren- und Freizeitwelt, welche die Konsumindustrie zur Verfügung stellte, geradezu stürzten – und zwar zunächst vor allem Arbeiterjugendliche, später zunehmend auch Oberschüler und junge Studierende. In den Nischen, die kommerzielle Veranstalter und semikommerzielle Clubs boten, entstanden jene Impulse, die durch Zeitschriften, Radio- und auch erste Fernsehsendungen multipliziert und synchronisiert und schließlich in mehr oder weniger abgeschwächten Formen stilprägend wurden. Gleichzeitig wurden in den älteren Generationen tolerante Erziehungsmaximen populärer. Vorreiter waren nicht nur linksliberale Pädagogen, Soziologen und Publizisten, sondern auch konservative Modernisierer wie der meinungsbildende Soziologe Helmut Schelsky und seine Schüler. Auch der katholische Journalist Walter Dirks, der die weit verbreitete Skepsis gegen die Konsum- und Freizeitgesellschaft schon in den fünfziger Jahren nicht geteilt hatte, empfahl Eltern in den sechziger Jahren, ihren Kinder nicht mit Misstrauen, sondern mit Offenheit zu begegnen und in ihren Verhaltensweisen die Veränderung der Gesellschaft aufzuspüren, um „das Neue zu erkennen, das sich da anmeldet". „Und dann", empfahl Dirks, „muß man sich mit diesem Neuen verbünden."[10]

Seit den späten fünfziger Jahren setzten kulturelle Stile und Verhaltensmuster der Jugend mehr und mehr Maßstäbe für die ganze Gesellschaft. Besonders die zivilisierten Formen amerikanischer Massenkultur mit der Zentralfigur des „Teenagers", der zum Ideal des konsumfreudigen und lebenslustigen Jugendlichen avancierte, ermöglichte auch Erwachsenen eine positive Identifikation mit den neuen Jugendkulturen. Die Sozialwissenschaftlerin Edith Göbel stellte fest, dass von einer Anpassung der Jugendlichen an die Erwachsenen – wie sie Schelsky noch 1957 postuliert hatte – keine Rede mehr sein könne. Vielmehr passten sich viele Erwachsene den Erscheinungsformen der Jugendlichen an, „da diesen eine besonders attraktive Form der Selbstdarstellung"[11] gelungen sei.

Der Soziologe Friedrich Tenbruck sprach 1962 von einem „Puerilismus der Gesamtkultur", dessen Kennzeichen sei, dass „Umgang, Vergnügen, Lektüre, Freizeit, Moral, Sprache, Sitte der Erwachsenen zunehmend jugendliche Züge" aufwiesen.[12] In der Tat waren es gerade die jungen Leute, die kreativ mit den neuen Möglichkeiten der Konsumgesellschaft experimentierten. Die Verhaltenslehren der Älteren jedenfalls – ganz abgestimmt auf die Not- und Kriegszeiten, in denen sie groß geworden waren – schienen als Handlungsmaßstäbe kaum mehr angemessen zu sein. Im Laufe

8 Vgl. Norbert Elias, Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklungen im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1992, S. 300 ff.
9 Allensbach-Pressedienst, (1960) 36.
10 Walter Dirks, Die skeptischen Kinder, in: Richard Strohal u. a., Autorität – was ist das heute? Umstrittene Machtansprüche in Staat, Gesellschaft und Kultur, München 1965, S. 65–76, hier: S. 72 f.
11 Edith Göbel, Mädchen zwischen 14 und 18. Ihre Probleme und Interessen, ihre Vorbilder, Leitbilder und Ideale, und ihr Verhältnis zu den Erwachsenen, Hannover 1964, S. 19 f.
12 Friedrich H. Tenbruck, Jugend und Gesellschaft. Soziologische Perspektiven, Freiburg i. Br. 1962, S. 49 f.

des Jahrzehnts entwickelte der unbefangene Umgang der Nachwachsenden mit dem Konsum eine so starke Anziehungskraft, dass Erwachsene vor allem der „45er-Generation“ sich in wesentlichen Bereichen des Alltagslebens vom Geschmack der Jungen maßgeblich beeinflussen ließen. In dem Maße, wie Jugendkultur zur Massenkultur wurde, verschoben sich die Grenzen des Akzeptablen immer weiter. Selbst der „Ruf ins Volk“, das besonders wachsame Periodikum „für Volksgesundung und Jugendschutz“, schlug 1966 – auf dem Höhepunkt der bundesdeutschen Beatlemania – versöhnliche Töne an: Die „Begeisterung für Beat und Beatles (. . .) artet zwar manchmal in hysterischen Trubel aus, ist jedoch durchaus nicht prinzipiell negativ zu bewerten. Hier findet die Jugend ein Ventil gegen die allzu normierte, geordnete Umwelt“[13].

Allerdings konnten die neuen Stilelemente keineswegs umstandslos von den älteren Generationen aufgesogen werden – so, wie es etwa Tenbrucks These nahe legte –, sondern es bildeten sich Subkulturen, die sich dezidiert von den Vorlieben der Älteren absetzten. Diese Absetzbewegungen vollzogen sich zuerst und am stärksten auf dem Gebiet der Mode und der Freizeitgestaltung. Göbel, die sich mit den Lebenswelten 14- bis 18-jähriger Mädchen beschäftigte, konstatierte 1964, dass es auf diesen Gebieten zwar „nur selten ernsthafte Konflikte“ gebe, dass aber dennoch „ein ausgeprägtes Generationsbewußtsein“ herrsche, sich die Lebensstile der Kinder stark von denen ihrer Eltern absetzten und „zum Teil völlig verschieden“ seien.[14]

Andere sozialwissenschaftliche Analysen ergaben, dass Jugendliche von den Erwachsenen zunehmend als Pioniere im Dschungel der Konsumgesellschaft betrachtet wurden. Bei den Ikonen der Konsummoderne – Beatmusik, Kosmetika, neue Filme, Mode, Autos – kannten sich Jugendliche deutlich besser aus als ihre Eltern. Anders war es bei politischen Fragen, wo sie sich offenbar eher auf den Sachverstand der Eltern verließen.[15] Eine im Auftrag der Jugendzeitschrift „Bravo“ vorgenommene Erhebung von 1970 kam zu dem Ergebnis, dass Jugendliche und Erwachsene in ihren Wunschbildern nah beieinander lagen. Diese wichen stark vom Selbstbild der Erwachsenen ab, lagen aber sehr nah am Selbstbild Jugendlicher. Kurz: Jugendliche wollten nicht sein wie Erwachsene, aber Erwachsene wollten sein wie Jugendliche – nicht in allen Fragen, aber in vielerlei Hinsicht.[16]

Festzuhalten bleibt, dass generationelle Absetzbewegungen nicht in erster Linie von Erwachsenen ausgingen, sondern von Jugendlichen. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass Erwachsene trotz der demonstrierenden Studenten, mit denen die große Mehrzahl von ihnen keineswegs einverstanden war, bis Mitte der siebziger Jahre eine immer freundlichere Haltung zu ihren Sprösslingen einnahmen. Auf die Frage der Meinungsforscher von Allensbach, ob sie einen vorteilhaften oder einen eher unvorteilhaften Eindruck von der jungen Generation hätten, äußerten sich 1950 gerade einmal 24 Prozent der Befragten positiv, 1956 waren es bereits 38, 1960 dann 44 und 1975 nicht weniger als 62 Prozent.[17]

## Gesellschaftliche Generationskonflikte

In einem Text der Rockband „Ton Steine Scherben“ hieß es: „Ich will nicht werden, was mein Alter ist.“[18] Der Ablösungsprozess der Generationen war, wie immer, mit Reibungen verbunden, die allerdings in dieser Zeit offenbar heftiger waren, weil sich durch die politische Liberalisierung und die Ausbreitung der Konsumgesellschaft viele Verhaltensmuster grundlegend veränderten. Sozialwissenschaftler beobachteten, dass die Kritik der Jugendlichen an den Älteren im Laufe der sechziger Jahre sehr viel schärfer und nicht mehr nur von Außenseitern vorgetragen wurde, sondern von der Mehrheit der jungen Leute.[19]

Ebenso selbstverständlich, wie Jugendliche sich der Möglichkeiten des Konsums bedienten, forderten sie, dass die kollektiven Stile, die sich in diesem

13 Ruf ins Volk, (1966) 3.
14 E. Göbel (Anm. 11), S. 395 und 401.
15 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach, Junge Käufer, Februar 1967, Bundesarchiv Koblenz, Zsg. 132/1391.
16 Vgl. Contest. Institut für angewandte Psychologie und Soziologie, Bravo – Meinungsmacher Junger Markt, Frankfurt/M. 1971, S. 9 und 13.
17 Vgl. Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964, Allensbach–Bonn 1965, S. 200; Elisabeth Noelle-Neumann (Hrsg.), The Germans. Public Opinion Polls, 1967–1980, London 1981, S. 53.
18 Ton Steine Scherben, Warum geht es mir so dreckig, 1971.
19 Vgl. Thilo Castner, Schüler im Autoritätskonflikt. Eine empirische Untersuchung zu der Frage „Was halten Schüler von der älteren Generation?“, Neuwied 1969, S. 45.

Aneignungsprozess herausbildeten, akzeptiert wurden. Gerade dies aber war aus der Sicht vieler nicht oder – gemessen am demokratischen Selbstverständnis des Staatswesens – zu wenig der Fall. Andererseits erkannten jugendliche Kritiker sehr genau, dass viele Erwachsene es schwer hatten, sich an die Verhaltensmuster der Konsumgesellschaft zu gewöhnen. Der Kontrast zwischen den Erfahrungswelten von Eltern und Kindern war zu kaum einem Zeitpunkt in der Geschichte der Bundesrepublik größer als in den langen sechziger Jahren.

Wie sehr die übliche Weitergabe von Erfahrungen im Generationsverhältnis gestört war, zeigt eine Vielzahl von Aussagen Jugendlicher. Eine 18-jährige Berufsschülerin aus Nürnberg etwa führte in einem Aufsatz zum Thema „Was hältst Du von den Erwachsenen?" aus: „Sie schieben immer ihre Jugendzeit vor und glauben, daß sie uns beeinflussen können. Sie bedenken aber leider nicht, daß die Zeiten sich geändert haben, daß die Wissenschaft fortgeschritten ist, daß wir heute in einer Zeit des sogenannten Wohlstands leben. Im Grunde sind sie ja vielleicht eifersüchtig, daß sie keine solche Jugendzeit verleben konnten, da sie in die Kriegsjahre fiel. Sie verharren auf ihren alten Methoden und Gebräuchen."[20] Derart skeptische Statements spiegeln nicht in jedem Falle das Verhalten Erwachsener gegenüber Jugendlichen wider, aber doch jedenfalls eine typische Wahrnehmung der Jungen. Unsicherheit, Sparsamkeit und Pflichterfüllung auf der einen, Selbstbewusstsein, Lebensgenuss und Freigebigkeit auf der anderen Seite – dies waren, idealtypisch gesehen, die gegensätzlichen Pole, die eine latente Spannung zwischen den Generationen erzeugten.

Dabei ist es wichtig, zwischen dem Verhältnis der Generationen in der familiären Gemeinschaft und dem sozialen Generationsverhältnis auf der gesellschaftlichen Ebene zu unterscheiden. Schon in den frühen sechziger Jahren beobachteten Jugendsoziologen, dass sich das Verhältnis der Generationen in den Familien „entschärft" hatte und dass Jugendliche ihren Eltern großes Vertrauen entgegenbrachten.[21] Bei der Frage nach Vertrauenspersonen und persönlichen Vorbildern rangierten die Eltern vor Freunden, Geschwistern oder populären Persönlichkeiten weit an der Spitze.[22] Und ein „gutes Verhältnis" zueinander bescheinigten sich 1970 92 Prozent der Eltern und 87 Prozent der Jugendlichen.[23]

Dass allerdings das innerfamiliäre Verhältnis zwischen den Generationen „weitgehend problemlos-harmonisch" gewesen sei, wie ein bekannter Jugendsoziologe meinte[24], davon konnte nicht die Rede sein. 1966/67 bekundete knapp die Hälfte der befragten Jugendlichen, die Eltern hätten sich sehr verständnisvoll um sie gekümmert, allerdings meinten auch fast ein Drittel, ihre Eltern hätten sich zwar gekümmert, aber sie „in vielen wichtigen Punkten nicht verstanden"[25]. Bei einer anderen Befragung von 1967 meinten sogar 60 Prozent der 16- bis 25-Jährigen ganz allgemein, die ältere Generation würde die jüngere Generation nicht verstehen – also deutlich mehr als jene, die dies für ihre eigene Familie behaupteten.[26] Bis 1973 stieg dieser Anteil sogar noch etwas an, und zwar auf 64 Prozent.[27]

Überhaupt änderte sich bis zur Mitte der siebziger Jahre an diesem Gesamtbild wenig: Junge Leute hatten großes Vertrauen zu ihren Eltern, während gleichzeitig unterschiedliche Erfahrungswelten bestanden, deren Inkompatibilität die Kommunikation vor allem in der Gesellschaft, aber auch in einem nicht unerheblichen Teil der Familien behinderte. Allerdings legten Jugendliche nur selten jene Unversöhnlichkeit an den Tag, die ihnen die Medien oftmals zuschrieben. „Trau keinem über 30" – diese Redensart, die als angeblicher Slogan junger Leute immer wieder gern kolpor-

20 Ebd., S. 40.

21 Vgl. Friedrich H. Tenbruck, Väter und Söhne. Das Generationenproblem in neuer Perspektive, in: Georg Böse (Hrsg.), Unsere Freiheit morgen. Gefahren und Chancen der modernen Gesellschaft, Düsseldorf–Köln 1963, S. 125–139, hier: S. 136.

22 Dies bescheinigen für 1964: Viggo Graf Blücher, Die Generation der Unbefangenen. Zur Soziologie der jungen Menschen heute, Düsseldorf–Köln 1966, S. 100 ff.; für 1966/67: Bundesministerium für Familie und Jugend, Aufbereitung und Analyse von Ergebnissen aus der Basisstudie zur Situation der Jugend in Deutschland, (1968), Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS), EA 2/008/850, Bd. III; T. Castner (Anm. 19), S. 74 f. Bis 1975 verschoben sich allerdings diese Werte etwas: Insbesondere die „Peers" gewannen als Vertrauenspersonen ein stärkeres Gewicht, ohne das Primat der Eltern wirklich antasten zu können; vgl. Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Jugend zwischen 13 und 24. Vergleich über 20 Jahre, Bd. 3, o. O. 1975, S. 32.

23 Vgl. Contest (Anm. 16), S. 19.

24 V. Graf Blücher (Anm. 22), S. 120.

25 T. Castner (Anm. 19), S. 62 f.

26 Vgl. DIVO, Nr. 4 vom Oktober 1967. Dies dachten übrigens mehrheitlich auch die älteren Jahrgänge, wenn auch nicht zu einem so hohen Prozentanteil. Und umgekehrt war es ebenso: Die Mehrheit aller befragten Jahrgangsstufen, insgesamt 59 Prozent, meinten, die jüngere würde die ältere Generation nicht verstehen. Dies ist ein sehr starkes Indiz für eine hohe Diskrepanz der Erfahrungswelten.

27 Vgl. Allensbacher Berichte, (1973) 15.

tiert wurde, widerspiegelte keineswegs ihre Einstellung. Für überwiegend oder ganz falsch hielten diese Aussage im Jahre 1975 70 Prozent der westdeutschen Jugendlichen, unter denen mit Hochschulbildung waren es sogar 89 Prozent. Allerdings bedeutete dies auch am Ende der langen sechziger Jahre nicht, dass unter ihnen unkritisch-harmonische Vorstellungen vom Verhältnis der Generationen vorgeherrscht hätten. Die Aussage „Zwischen Alt und Jung gibt es unüberbrückbare Gegensätze", hielten 18 Prozent für überwiegend oder ganz und gar zutreffend, weitere 37 Prozent für immerhin zum Teil zutreffend.[28] Es mangelte nicht an Konflikten zwischen Jugendlichen und Erwachsenen, nur mussten sie nicht mehr unbedingt innerhalb der Familie ausgetragen werden – nicht zuletzt deshalb, weil die Freizeit zunehmend getrennt verbracht wurde und weil die Erziehung zur Selbstständigkeit in den Augen der Eltern immer wichtiger wurde.[29]

Zwischen den mittleren sechziger und den mittleren siebziger Jahren änderte sich so gut wie gar nichts an der Zufriedenheit Jugendlicher mit der Art elterlicher Interventionen. Durchweg drei Viertel der Jugendlichen waren damit zufrieden, wie Eltern sich in ihre Angelegenheiten einmischten oder auch nicht einmischten.[30] Allerdings erweiterten sich in diesem Zeitraum die Freiräume junger Leute enorm, nicht zuletzt die Zeiten, in denen sie nicht unter elterlicher Kontrolle standen. So konnten zum Beispiel im Jahre 1966 nur zwei Prozent der Jungen und ein Prozent der Mädchen in der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen nach Hause kommen, wann sie wollten, zehn Jahre später waren es 48 Prozent der Jungen und 42 Prozent der Mädchen.[31]

Diese markante Verschiebung spricht dafür, dass Eltern sich in der Regel verhältnismäßig flexibel auf die Veränderung jugendlicher Lebensstile einstellten, aber sie deutet auch darauf hin, dass Jugendliche Wert darauf legten, über ihre Freizeit selbstständig verfügen zu können, und zwar möglichst in eigenen, von elterlicher Aufsicht freien Räumen.

## „Cold War Liberals", „measured judgement" und die NS-Vergangenheit

Gegen die Untergangsphantasien der Verteidiger eines imaginären Abendlandes betonten große Teile der politischen Klasse, dass sich die Jugend im Großen und Ganzen problemlos in die Gesellschaft einpasste und auch abweichende Stile mit Toleranz rechnen könnten. Mit dieser Leitlinie grenzte man sich gegen den Nationalsozialismus und den Staatssozialismus der DDR ab, die derartige abweichende Stile unterdrückt hatten bzw. noch unterdrückten.[32] Eine Jugendstudie aus dem Jahre 1964, die eine wesentliche Grundlage für den ersten offiziellen Jugendbericht der Bundesregierung abgab, bestätigte die Vorstellung eines von grundsätzlichen Konflikten freien Anpassungsprozesses.[33]

Derart pauschale Aussagen ignorierten allerdings zunehmend kritische Äußerungen der Akteure sowie die Tatsache, dass sich bereits eine ganze Reihe von Subkulturen herausgebildet hatten, die sich von jeder Art von Mainstreamkultur absetzten. Aus diesem Grunde stieß der Bericht der Bundesregierung aus dem Jahre 1965, welcher der Jugend eine kritiklose Einpassung in die gesellschaftlichen Normen attestierte, auf erhebliche Kritik. Das Bundesjugendkuratorium zum Beispiel hielt es zwar für berechtigt, „ein vorwiegend positives Bild der Jugend zu zeichnen und dadurch manchen Vorurteilen der Erwachsenen den Boden zu entziehen", doch man benötigte für eine realistische Jugendpolitik eine Analyse, die „weniger verharmlosend" sei.[34]

Immer wieder entstanden in der jungen Generation neue Stile, die öffentlichen Unmut hervorriefen. Zwischen 1965 und 1967 konzentrierte er sich auf die „Gammler" – langhaarige Jugendliche, die sich auf öffentlichen Plätzen westdeutscher Großstädte trafen und ihre Zeit mit Musikmachen und Nichtstun verbrachten. Bundeskanzler Ludwig Erhard echauffierte sich über dieses randständige Phänomen und erklärte: „Solange ich regiere,

28 Vgl. Jugendwerk der Deutschen Shell (Anm. 22), Bd. 2, S. 140 f.

29 Während 1957 nur 32 Prozent der Bundesbürger das Merkmal „Selbstständigkeit und freier Wille" für ein erstrebenswertes Erziehungsziel hielten, waren es 1974 53 Prozent; vgl. EMNID-Informationen, (1974) 8/9.

30 Vgl. Jugendwerk der Deutschen Shell (Anm. 22), Bd. 3, S. 35.

31 Vgl. Peter Carlberg, Die McCann-Jugendstudie umfasst die Geburtsjahrgänge 1947 bis 1966, in: Zeitschrift für Markt-, Meinungs- und Zukunftsforschung, (1982/83) 25/26, S. 5655–5681, hier S. 5661.

32 Vgl. Michael Rauhut, Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964 bis 1972 – Politik und Alltag, Berlin 1993; Uta G. Poiger, Jazz, Rock, and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany, Berkeley–Los Angeles–London 2000. *Anm. der Red.:* Vgl. auch den Beitrag von Uta G. Poiger in diesem Heft.

33 Vgl. V. Graf Blücher (Anm. 22), S. 393.

34 Kurzprotokoll des Bundestagsausschusses für Familien- und Jugendfragen, 13. 4. 1967, HStAS, EA 2/007 850.

werde ich alles tun, um dieses Unwesen zu zerstören."[35] Allerdings war die Konfrontation weniger scharf, als es die Aussagen Erhards nahe legten und als es auch in der Szene selbst gern kolportiert wurde. Vor allem war seine Reaktion nicht repräsentativ für die Haltung der Meinungsführer im Lande. Aufgefordert, über das Gefährdungspotential der „Gammler" zu berichten, erklärte z. B. das niedersächsische Innenministerium, die ganze Angelegenheit sei „lächerlich hochgespielt" worden, und im August 1966 strich die Konferenz der Innenminister das Thema kurzerhand von der Tagesordnung. Die unaufgeregte Haltung der meisten Meinungsführer entsprach zwar nicht unbedingt der Stimmung im Volke, doch sie signalisierte, dass kulturelle Unangepasstheit in der Bundesrepublik mit politisch gewollter Toleranz rechnen konnte.

Allerdings bedeutete dies nicht, dass sich unkonventionelle politische Ambitionen junger Leute innerhalb des gegebenen Rahmens in ausreichendem Maße zur Geltung bringen konnten. Insbesondere die Bildung der Großen Koalition im Jahre 1966 verstärkte den Eindruck eines hermetisch abgeschlossenen politischen Systems, in dem es keine wirkliche Opposition gab. Die jugendlich geprägte Außerparlamentarische Opposition (APO) markierte diesen Konflikt sehr deutlich. Hinzu kam, dass das Wahlalter erst ab 1970, die Volljährigkeit ab 1974 von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt wurde. Insbesondere der höher gebildete Teil der jungen Generation richtete sich im Kampf um politischen Einfluss gegen eine Gesellschaft, die sich mitten in einem Prozess der Auflockerung und Diversifizierung befand und Jugendlichen auf der kulturellen Ebene bereits enorm gewachsene Einflussmöglichkeiten bot, aber die politische Ebene nach wie vor abschottete. In der Grauzone zwischen Studentenbewegung und „Counterculture" radikalisierte sich auch die Generationsrhetorik. Die Kölner Undergroundgruppe Floh de Cologne etwa reimte 1969: „Die Alten leben von ihrer Vergangenheit,/ wir leben von unserer Zukunft,/ die Alten träumen vom Mond,/ schießt sie hin." Und die linksradikale Rockband Checkpoint Charlie forderte 1970 einigermaßen apodiktisch: „Haltet die Schnauze, Greise!"[36]

In dieser Eskalationsspirale kam es insbesondere zwischen jungen Intellektuellen und den „Cold War Liberals" (Uta G. Poiger) zur Konfrontation. Viele (Links-)Liberale, insbesondere aus der „45er-Generation" wie etwa Günter Grass, Jürgen Habermas oder Uwe Johnson, rückten von den Jüngeren ab, als sich die Studentenbewegung 1967 radikalisierte. Ein Kernelement ihres generationsspezifischen intellektuellen Habitus – so jedenfalls die Selbstwahrnehmung der „45er" – bestand in einer nüchtern-pragmatischen und möglichst ideologiefernen Grundeinstellung, die sich mit den ideellen Bezugsgrößen der Jüngeren nicht mehr vertrug. In einem Fernsehinterview mit Rudi Dutschke am 3. Dezember 1967 brachte der mit seinem Gesprächspartner durchaus sympathisierende Journalist Günter Gaus diesen elementaren Dissens zum Ausdruck: „Der Unterschied (. . .) zwischen Ihrer Generation und der Generation der heute Vierzig- bis Fünfzigjährigen scheint mir darin zu bestehen, daß Sie, die Jüngeren, die aus den vergangenen Jahrzehnten gewonnene Einsicht in die Verbrauchtheit der Ideologien nicht besitzen. Sie sind ideologiefähig."[37]

Bei der innerlichen und äußeren Abgrenzung der Generationen spielte die NS-Vergangenheit eine wichtige Rolle. Die spätere RAF-Terroristin Gudrun Ensslin etwa erklärte: „Ihr könnt nicht mit Leuten reden, die Auschwitz gemacht haben."[38] Doch es gab auch andere Äußerungen, die das genaue Gegenteil besagten, zum Beispiel diese aus dem Jahre 1961: „Wir können, obwohl wir mit der Judenverfolgung nichts zu tun hatten, uns nicht davon distanzieren. Wenn wir damals gelebt hätten, wären wir höchstwahrscheinlich wie unsere Eltern auch der Hitlerpropaganda erlegen. Auch die Zeitumstände sprechen mit. Wir haben kein Recht, unsere Elterngeneration ihrer damaligen Einstellung wegen zu verurteilen."[39] Tatsächlich lehnte die junge Generation nahezu ausnahmslos den Nationalsozialismus ab, ohne sich allerdings besonders intensiv mit ihm auseinander zu setzen oder sich ein sicheres Urteil zuzutrauen. Dabei wurde die Gegenwartsrelevanz des Problems – also etwa der Fortbestand antisemitischer Mentalitäten in der Bevölkerung oder personelle Kontinuitäten in den Funktionseliten von Staat und Gesellschaft – am ehesten von Oberschülern

35 Zit. nach Der Spiegel, Nr. 39, 1966, S. 72.
36 Ana & Bela. Kölnisches Volksblatt, Nr. 1 v. November 1969 und Nr. 3 vom Januar 1970.
37 Rudi Dutschke zu Protokoll. Fernsehinterview von Günter Gaus, in: Gretchen Dutschke-Klotz/Helmut Gollwitzer/Jürgen Miermeister (Hrsg.), Rudi Dutschke, Mein langer Marsch. Reden, Schriften und Tagebücher aus zwanzig Jahren, Reinbek 1980, S. 42–57, hier: S. 49.
38 Zit. nach Klaus Briegleb, Vergangenheit in der Gegenwart, in: ders./Sigrid Weigel (Hrsg.), Gegenwartsliteratur seit 1968, München 1992, S. 73–115, hier: S. 91.
39 Zit. nach Walter Jaide, Das Verhältnis der Jugend zur Politik. Empirische Untersuchungen zur politischen Anteilnahme und Meinungsbildung junger Menschen der Geburtsjahrgänge 1940–1946, Darmstadt 1963, S. 100.

und Studierenden gesehen.[40] Besonders weit verbreitet war die Annahme, dass die Älteren wegen ihrer Prägung durch zwölf Jahre Nationalsozialismus keine Leitfunktion in der Gegenwart mehr beanspruchen konnten. Dies richtete sich gegen alle, die vor 1945 geboren waren, auch und besonders gegen die Angehörigen der „45er-Generation“, die im Nationalsozialismus groß geworden waren. Ein 19-jähriger Primaner hatte an der westdeutschen Demokratie vor allem auszusetzen, dass „die Leute, und zwar insbesondere die Generation unserer Eltern, einfach noch nicht reif ist dafür, daß in ihnen noch viel zuviel die autoritäre Erziehung, die sie selbst genossen haben, drinsteckt, daß die überhaupt nicht begreifen, worum's in der Demokratie geht. (...) Sie bekamen, weil sie ja das Dritte Reich in dem Alter mitgemacht hatten, in dem ich jetzt bin, immer diese Begriffe vorgehalten: Ruhe, Ordnung oder Ruhe ist die erste Bürgerpflicht – und deshalb lassen sie sich vieles gefallen, ohne zu kritisieren.“[41]

Erklärungen von studentischer Seite wie etwa Ensslins Statement machten deutlich, dass es hier neben der moralischen Empörung auch darum ging, einen Gegner zu diskreditieren, eigene Interessen durchzusetzen und Erwachsene, wie ein 23-jähriger Angestellter 1963 formulierte, „bei Diskussionen mundtot zu machen oder um einen Vorwurf, vielleicht persönlicher Art, zu entkräften“[42]. Auf den Vorwurf „Ihr mit Euerm Ami-Gejaule“ folgte die Replik „Und Ihr mit Euerm Hitler“, und schon durch eine simple Formel konnten sich Nachgeborene einen uneinholbaren Vorteil verschaffen: „Wir brauchten nur Dachau zu sagen, (...) um sie zu verunsichern.“[43] Erwachsene reagierten auf derartige Vorhaltungen insgesamt weniger unversöhnlich, als man vielleicht erwarten könnte. Eher verstärkte das mehr oder weniger klare Bewusstsein einer NS-Verstrickung die ohnehin verbreitete Neigung, sich an der jungen Generation zu orientieren. Ihre Jugendlichkeit verkörperte auch für einen beträchtlichen Teil der älteren Westdeutschen die Hoffnung auf eine Loslösung von der NS-Vergangenheit, der man durch das demonstrative Bündnis mit den Jungen selbst teilhaftig werden konnte.

Die Gegner von Sexualdarstellungen in den Medien, von langen Haaren, Miniröcken und Popmusik, nach wie vor präsent und immer wieder gern zitiert, gerieten angesichts der Dynamik gesellschaftlicher Entwicklungen zunehmend ins Abseits. Viele von ihnen gaben 1969 und 1970 ihren Kampf auf, nicht zuletzt die mit dem „Jugendschutz“ befassten Polizeibehörden. Wenn sie Razzien in Gaststätten, Kinos oder bei Tanzveranstaltungen vornahmen, dann zeigten Veranstalter, erwachsene Gäste und Eltern, wie es in einem Bericht hieß, „immer weniger Verständnis“, so dass das Landeskriminalamt in Baden-Württemberg zu dem Schluss kam: „Da die noch gültigen Bestimmungen durch den Wandel der Anschauungen zum Teil völlig überholt sind, ist eine sinnvolle Durchführung des Jugendschutzes nicht mehr möglich.“[44]

Auch für die Bundesrepublik bestätigt sich Arthur Marwicks Befund, dass sich im Laufe der sechziger Jahre bei den Älteren ein maßvolles, abgewogenes Urteil („measured judgement“) durchsetzte.[45] Am Ende des Jahrzehnts hatten viele erkannt, was das Meinungsforschungsinstitut Allensbach schon an dessen Beginn empfohlen hatte: „Man sollte es im eigenen Interesse und im Interesse der Jugend mit der kleineren Gruppe der Eltern und Großeltern halten, die den jungen Menschen freundschaftlich zugewandt sind.“[46] Die Verbreitung dieser Erkenntnis hatte ganz besonders damit zu tun, dass Jugendliche zu Schrittmachern im Umgang mit den Möglichkeiten der Konsumgesellschaft wurden. Forderungen aus der jungen Generation an die Älteren, die demokratischen Umgangsformen zu erweitern und tolerantere Verhaltensweisen zu praktizieren, wurden auch deshalb so massiv vorgetragen, weil nur durch gesellschaftliche und politische Liberalisierung die Akzeptanz ihrer diversifizierten kulturellen Präferenzen erreicht werden konnte.

40 Vgl. Axel Schildt, Die Eltern auf der Anklagebank? Zur Thematisierung der NS-Vergangenheit im Generationenkonflikt der bundesrepublikanischen 1960er Jahre, in: Christoph Cornelißen/Lutz Klinkhammer/Wolfgang Schwentker, Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt/M. 2003, S. 317–332, sowie demnächst Detlef Siegfried, Don't Look Back in Anger. Youth, Pop Culture and the Nazi Past in the West German Sixties, in: Philipp Gassert/Alan Steinweis (Hrsg.), Coming to Terms with the Past in West Germany: The 1960s, New York-Oxford (i. E.).

41 Zit. nach Dieter Baacke, Jugend und Subkultur, München 1972, S. 36.

42 Erika Wisselinck, Volk ohne Traum. Das Lebensgefühl der jungen Generation in Selbstzeugnissen, München 1964, S. 49.

43 So eine Zeitzeugin im Rückblick, zit. nach Kaspar Maase, BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, Hamburg 1992, S. 82. *Anm. der Red.:* Vgl. auch den Beitrag von Kaspar Maase in diesem Heft.

44 Berichte des Landeskriminalamts an das Innenministerium Baden-Württemberg für 1969 und 1970, 13. 7. 1970 u. 24. 6. 1971, HStAS, EA 2/302/59.

45 Vgl. Arthur Marwick, The Sixties. Cultural Revolution in Britain, France, Italy, and the United States, c.1958 – c.1974, Oxford 1998.

46 Allensbach-Pressedienst, (1960) 36.

Bernd Lindner

# Zwischen Integration und Distanzierung

## Jugendgenerationen in der DDR in den sechziger und siebziger Jahren

Unabhängig davon, wie viele Generationsgestalten für die 40 Jahre alte Bundesrepublik ausgemacht werden (ihre Zahl schwankt in der einschlägigen Literatur zwischen acht[1] und vier[2]) und wie man diese definiert, eine Generation steht in allen Analysen übereinstimmend als originäre Hervorbringung des Westens fest: die „68er".

Eine vergleichbar markante Generationseinheit[3] hat die DDR nicht hervorgebracht, gleichwohl es die Geschichte ihrer generationellen Prägung noch zu schreiben gilt. Erste Ansätze dazu sind seit dem Ende der DDR aus unterschiedlichen Perspektiven heraus geleistet worden.[4] Ein geschlossenes Modell fehlt jedoch noch. Es soll hier – bezogen auf die Jugendgenerationen der DDR – angeboten und für den Zeitraum der sechziger und siebziger Jahre speziell untersetzt werden.

In der DDR war die Jugend eine zentrale Größe gesellschaftlicher Planung. Die SED hat von Beginn ihrer Machtübernahme an auf die Jugend als Träger des Aufbaus einer neuen Gesellschaft gesetzt. Doch was ihr anfangs noch weitgehend gelang, geriet ab Mitte der siebziger Jahre immer mehr zum Desaster. Die Jugend war die erste Altersgruppe, welche die SED für sich vereinnahmen konnte, und sie war zugleich die erste, die ihr aus dem Ruder lief.

### Das Generationenmodell

In dem Modell fließen zwei Wissenschaftsstränge ineinander, die bei bisherigen Analysen der DDR-Gesellschaft meist weitgehend getrennt agiert haben. Während Soziologen die Entwicklung der DDR bis zu ihrem jähen Ende vor allem aus den Verlaufsreihen empirischer Daten analysieren, sind Historiker wie auch Politikwissenschaftler stärker auf die von ihr hinterlassenen Archivalien fixiert. Die DDR ist jedoch weder durch eine einseitige Fixierung auf die Herrschaftsgeschichte des SED-Staates noch auf die Mentalitätsgeschichte der Ostdeutschen hinlänglich zu erklären. Erst der Blick auf die Verquickung von Herrschaft und Alltag ermöglicht es, ihre Geschichte als Prozess zunehmender Gewinnung von Handlungsspielräumen der Individuen gegenüber einem zentralistisch verfassten Staatswesen zu sehen – ein Staat, der auf die Einsatzbereitschaft und Kreativität seiner Bürger angewiesen war und ihnen dennoch die nötigen Freiräume dafür nicht gewähren wollte. Der Bruch mit der Bevölkerung war im politischen System der DDR von Beginn an angelegt. Er vollzog sich in mehreren Phasen und ist in besonderer Weise an der Generationenfolge festzumachen.

Es ist ein Privileg der Jugend, „die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen". Ob und in welchem Umfang dies den Jugendgenerationen der DDR gelungen ist, kann nur im Kontext der entscheidenden Zäsuren in 45 Jahren SBZ/DDR beantwortet werden, die „genau jene Weichenstellungen

1 Vgl. Wilfried Ferchhoff, Jugend an der Wende des 20. Jahrhunderts. Lebensformen und Lebensstile, Opladen 1993, S. 68 f.

2 Vgl. Heinz Bude, Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938–1948, Frankfurt/M. 1995, S. 47 ff.; ders., Von Machern und Halbstarken. Die Bundesrepublik und ihre Generationen, in: Die Zeit, Nr. 21 vom 20.5.1999, S. 14.

3 Vgl. Karl Mannheim, Das Problem der Generationen (1928), in: ders., Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, eingeleitet und hrsg. von Kurt H. Wolf, Darmstadt 1964, S. 509–565.

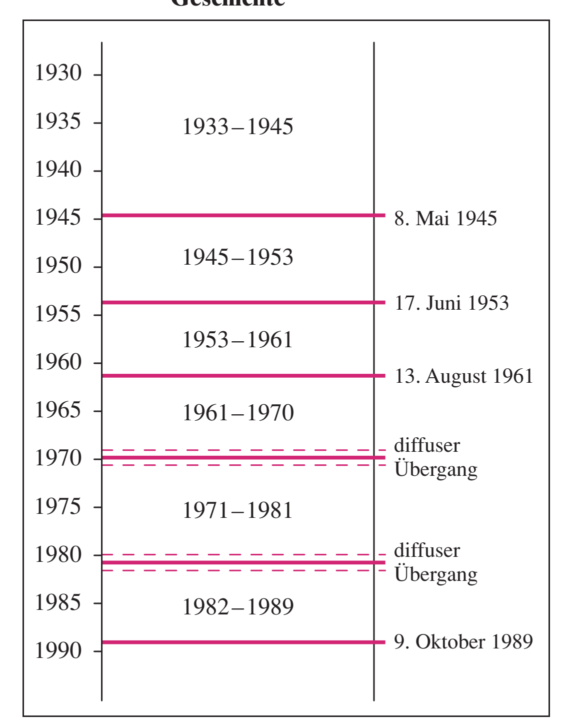
4 U. a. von Dieter Geulen, Typische Sozialisationsverläufe in der DDR. Einige qualitative Befunde über vier Generationen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), B 26–27/1993, S. 37–44; ders., Politische Sozialisation in der DDR, Opladen 1998; Hartmut Zwahr, Umbruch durch Ausbruch und Aufbruch: Die DDR auf dem Höhepunkt der Staatskrise 1989. Mit Exkursen zu Ausreise und Flucht sowie einer ostdeutschen Generationenübersicht, in: Hartmut Kaelble u. a., Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994; Dorothee Wierling, Opposition und Generation in Nachkriegsdeutschland, in: Christoph Kleßmann u. a. (Hrsg.), Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung, Berlin 1999; Albrecht Göschel, Kontrast und Parallele – kulturelle und politische Identitätsbildung ostdeutscher Generationen, Stuttgart–Berlin–Köln 1999; Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999; ders., Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin 2002. Eine vergleichende Wertung dieser Ansätze findet sich bei Bernd Lindner, „Bau auf, Freie Deutsche Jugend" – und was dann? Kriterien für ein Modell der Jugendgenerationen der DDR, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003 (i. E.).

ausmachen, nach denen bestimmte Entwicklungen nicht mehr revidierbar"[5] waren. Die kurze Geschichte der DDR weist erstaunlich viele Brüche auf. Die Zahl der von Historikern veranschlagten Etappen schwankt zwischen drei und zehn; je spezieller das Untersuchungsfeld, desto höher oft die Zahl. Überblicke dagegen kommen meist mit fünf Etappen aus[6]: vom Kriegsende 1945 bis zur Gründung der DDR; die Entwicklung bis zum Mauerbau 1961; die innere Festigung der DDR bis zum Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker 1971; die siebziger Jahre mit ihrem Auf und Ab zwischen Stabilität und zunehmenden Krisen; der Niedergang der DDR bis zur demokratischen Revolution 1989.

Diesem Schema prinzipiell folgend, möchte ich einige Zäsuren partiell anders setzen (vgl. *Abbildung 1*). Augenfällig ist, dass in den frühen Entwicklungsphasen die Übergänge von einer Etappe zur nächsten – auch im Bewusstsein der Bürger – auf den Tag genau festzumachen sind. Nach dem 17. Juni 1953 oder dem 13. August 1961 war in der DDR nichts mehr so wie zuvor. In ihren späten Perioden waren die Übergänge dagegen eher diffus. Natürlich gab es auch dann noch Ereignisse von nachhaltiger Wirkung, etwa den kulturellen „Kahlschlag" von 1965 oder das gewaltsame Ende des Prager Frühlings 1968, doch waren diese nicht für alle (jungen) DDR-Bürger in gleicher Weise relevant. Ihre Folgen wurden erst schrittweise erlebbar. Zugleich verweist das Schema darauf, dass die politische Sozialisation der Jugendgenerationen der DDR in starkem Maße durch Krisenerfahrungen geprägt wurde, Krisen, die partiell auch Generationsbrüche ausgelöst, zumindest aber mit herbeigeführt haben. Schon Karl Mannheim verwies darauf, dass es „von der auslösenden Kraft des gesellschaftlich-geistigen Prozesses" abhängt, „welche Generationslagerung in ihrer Potentialität aktiv wird".[7]

Die prägenden Aktivitätsformen Jugendlicher in 40 Jahren DDR waren: ihre aktive Beteiligung am Aufbau in Nachkriegszeit und Gründungsphase; ihr anhaltendes Mitmachen bei der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft, trotz vieler Warnzeichen und punktueller Zweifel an der Legitimität der SED-Herrschaft; ihre schrittweise Distanzierung vom „real existierenden Sozialismus". Für den Zeitraum von 1945 bis 1989

**Abbildung 1: Periodisierung der DDR-Geschichte**




zeichnen sich demnach drei prägende Generationseinheiten ab: die Aufbaugeneration, die Integrierte und die Distanzierte Generation. Diese Generationsgestalten entwickelten sich – ausgehend von ihrem jeweiligen Geburtszeitraum – nicht parallel, sondern quer zu den zeitgeschichtlichen Etappen (vgl. *Abbildung 2*).

Diese dreigliedrige Generationenfolge erfasst den Mainstream der Jugendentwicklung, dessen jeweiliger politischer, kultureller und sozialer Charakter[8] den zentralen Generationseinheiten seinen Stempel aufgedrückt hat, wie sie auch ihrerseits die historischen Phasen, in denen sie dominant waren, (mehr oder minder) aktiv geprägt haben. Ihnen zur Seite bzw. konträr entgegen standen stets weitere Generationseinheiten, die jedoch keinen prägenden (und damit namengebendenen) Status für „ihre" Generation zu erlangen vermochten. Dennoch sind sie als Widerpart für die Prägnanzbildung des Mainstreams unabdingbar.

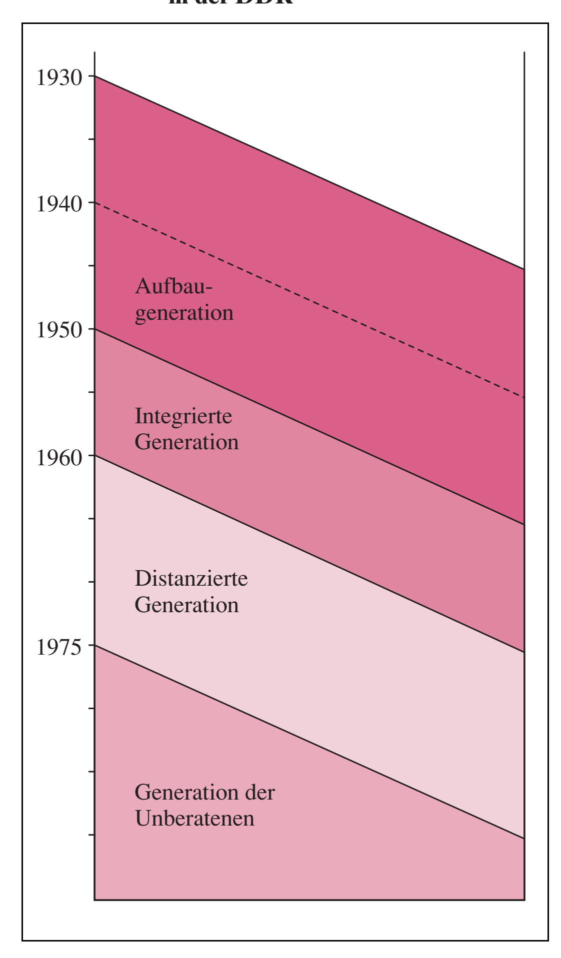
5 Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1986, S. 11.

6 Vgl. Hermann Weber, Die DDR 1945–1990, München 1993; Ulrich Mählert, Kleine Geschichte der DDR, München 1998.

7 K. Mannheim (Anm. 3), S. 553.

8 Martin Kohli und Marc Szydlik betonen zu Recht, „dass sich Geburtskohorten in ihrer Selbst- und Fremdzuschreibung besonders dann als gesellschaftliche Generation manifestieren, wenn sie sich sowohl in politischer als auch in kultureller und ökonomischer Hinsicht signifikant von den vorangehenden und nachfolgenden Kohorten unterscheiden". In: dies. (Hrsg.), Generationen in Familie und Gesellschaft, Opladen 2000, S. 13.

**Abbildung 2: Modell der Jugendgenerationen in der DDR**




Im Folgenden können nicht alle drei prägenden Jugendgenerationen der DDR ausführlich dargestellt werden[9], zumal sich die vorliegenden Analysen in der Charakterisierung der ersten als Aufbaugeneration weitgehend einig sind[10]: Die um 1930 bis ca. 1940 Geborenen und zwischen Kriegsende und Mitte der fünfziger Jahre ins Jugendalter Hineingewachsenen sind maßgeblich von ihrer Kindheit im Nationalsozialismus und ihrer Jugend in der Aufbauphase von SBZ und DDR geprägt worden. In dieser Generation mischten sich übersteigertes Schuldgefühl und Verdrängungssehnsucht zu einer neuen Aufbruchstimmung. Junge, überwiegend proletarische Aufsteiger wurden zur tragenden Säule der neuen Gesellschaft. Den Ton jedoch gab die „Alte Garde" der zwischen 1880 und 1914 geborenen „Gründergeneration" des SED-Staates[11] an, die zur Tragik aller nachwachsenden Generationen die politische Macht bis zum Ende der DDR nicht mehr aus den Händen geben sollte.

## Einpassen statt Aufbegehren: Die Integrierte Generation

Gehen oder bleiben? Diese zentrale Frage für Jugendliche der fünfziger Jahre stellte sich für die um 1945 und bis 1960 Geborenen, die zwischen dem Mauerbau und der Mitte der siebziger Jahre ins Jugendalter hineinwuchsen[12], nicht mehr. Mit dem Bau der Mauer hatte die SED-Führung allen noch Zögernden die Entscheidung aus der Hand genommen. Der DDR konnten sie auf viele Jahre hin nur unter Gefährdung des eigenen Lebens entkommen. Doch das allein erklärt nicht, warum jener Teil der Jugendlichen, der sich zur DDR als persönlichem Lebensentwurf bekannte, weiterhin tonangebend blieb; warum keine andere Generation so in den zweiten deutschen Staat integriert war wie diese, und zwar nicht nur die aufstiegsorientierten und daher angepassteren Abiturienten und Studenten. Auch bei der Mehrheit der 14- bis 18-jährigen Schüler und Lehrlinge herrschten „bereits Anfang der 60er Jahre (. . .) positive Einstellungen zu den propagierten sozialistischen Zielen und Werten vor. Charakteristisch war eine hohe Identifikation mit der DDR"[13]. Diese Entwicklung hielt bis weit in die siebziger Jahre hinein an, wie Studien der sich in diesem Zeitraum etablierenden Jugendforschung immer wieder belegten.

Nach dem Mauerbau erlebte die Integrierte Generation – vor allem kulturell – viele produktive Ansätze: In der Folge von Jugendkommuniqué

9 Ausführlich dazu B. Lindner (Anm. 4). Der Verfasser arbeitet an einer Monographie zum Thema, in der auch die Generationskonflikte in der DDR Gegenstand sind (erscheint voraussichtlich 2004).

10 Vgl. W. Engler, Kunde von einem verlorenen Land (Anm. 4), S. 321 f., sowie ders., Die Ostdeutschen als Avantgarde (Anm. 4), S. 43 f., und A. Göschel (Anm. 4), S. 35 ff. H. Zwahr spricht sogar explizit von „der FDJ-Aufbaugeneration", ebd., S. 449.

11 Vgl. W. Engler, Kunde von einem verlorenen Land, ebd., S. 320, und ders., Die Ostdeutschen als Avantgarde, ebd., S. 43.

12 Die Grenze zwischen Aufbau- und Integrierter Generation lässt sich nicht trennscharf bestimmen, da beide – entwicklungsbedingt – nahezu nahtlos ineinander übergingen.

13 Peter Förster, Die Entwicklung des politischen Bewusstseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989, in: Walter Friedrich u. a. (Hrsg.), Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin 1999, S. 78.

und neuem Jugendgesetz (1963/1964) wurde der „Gitarrenbeat“ von der FDJ gefördert, wurden LPs mit internationaler und nationaler Beatmusik herausgebracht und mit dem Jugendradio „DT 64“ ein Radioprogramm für Jugendliche installiert. Doch schon bald folgten Jahre der Stagnation. Die SED belegte nach dem 11. Plenum 1965 die Künste und die Jugendlichen gleichermaßen mit Verdikten.[14] Erst am Ende des Jahrzehnts wurden produktive Ansätze wieder aufgenommen. Doch trotz all der Widersprüche blieb die Bindung des Gros der Heranwachsenden an die DDR in dieser Zeit weitgehend stabil, weil ihre Jugend in die Phase eines relativen Wohlstands und der zunehmenden internationalen Anerkennung des Staates fiel. Zugleich waren sie „die ersten Kinder der anderen Republik, die nichts als DDR erlebten“[15]. Fast alle waren ohne starke innere Widersprüche Jungpioniere geworden, gingen nahtlos zur FDJ über und feierten die Jugendweihe. Die älteren Kohorten legten in diesem Zeitraum bereits das Abitur oder die Facharbeiterprüfung ab. Als Gründer junger Familien kamen sie nach 1971 in den Genuss großzügiger sozialer Fördermaßnahmen durch Erich Honeckers Programm der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, mit seinem zinslosen Ehekredit, dem Babyjahr und der bevorzugten Versorgung mit Krippenplätzen und Wohnraum.

Alles Gute kam „von oben“: In der DDR war „der Topos der Dankbarkeit politisch stark instrumentalisiert“[16], wie Dorothee Wierling in lebensgeschichtlichen Interviews mit Ostdeutschen des Jahrgangs 1949 ermittelte.[17] Einer von ihnen erinnert sich: „Wir wurden doch als 49er in etwas hineingeboren, das wir selbst nicht mit entwickelt hatten. (. . .) Es war nicht die Zeit, Bedingungen zu stellen.“[18] Viele glaubten trotz durchaus wahrgenommener politischer Krisensymptome lange an eine Reformierbarkeit der DDR, hatten sie diese doch in der Phase ihrer tatsächlichen Prosperität erlebt. Dadurch entfalteten – wie Marc-Dietrich Ohse in einer übergreifenden Darstellung der Jugend nach dem Mauerbau betont – weniger solch „spezifische Ereignisse wie der Kahlschlag Mitte der sechziger Jahre oder der Prager Frühling (. . .) eine generationelle Prägekraft (. . .) als vielmehr die Stabilisierung der DDR unter Ulbricht und Honecker“.[19] Diese Generation hat die politischen und moralischen Ansprüche des Sozialismus besonders stark verinnerlicht, ihre emotionale Beziehung zur „Heimat DDR“ integrierte sie besonders nachhaltig in das System.

Damit stand sie im direkten Widerspruch zur aufbegehrenden Generation der 68er in den westlichen Industriestaaten. Sie steht aber auch im Widerspruch zu einer Theorie, welche die 68er „als erste globale Generation“[20] begreift, weil „die Studentenunruhen (. . .) ebenfalls in Staaten des Ostblocks und der Dritten Welt eine Generationserfahrung“[21] darstellten. Hat es die 68er in der DDR überhaupt gegeben? Die Meinungen gehen weit auseinander. Dietrich Mühlberg kommt in einer systemvergleichenden Analyse zu der Aussage, dass „1968 in der DDR – wenn überhaupt – eine (Zwischen-)Generation früher als im Westen“ stattgefunden hat: Sie sei als „nachstalinistische Aufbaugeneration“ zu fassen, deren jugendliche Orientierungsphase mit einem „enormen Modernisierungsschub“ Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre zusammenfiel. Sie sah „seine sozialistische Bewältigung“ als ihre Aufgabe. „Freilich: eine Revolte haben sie nicht veranstaltet“[22], ihr Ideal war eher die wissenschaftlich-technische Revolutionierung der Gesellschaft. Die zunehmende Diskrepanz zwischen „objektiver“ und „subjektiver“ Modernisierung wurde aber – anders als im Westen – nicht als Konflikt der Generationen ausgetragen. Dadurch versäumte die „40er-Jahre-Generation der DDR“[23] für Albrecht Göschel „die emanzipatorische Dimension des Statuskonfliktes der 60er Jahre“ und „blieb sowohl den alten Eliten und Parteikadern

14 Vgl. Bernd Lindner, Denkt bloß nicht, wir heulen. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, die DEFA und die Jugend, in: Deutschland Archiv, (2000) 6, S. 891–901.
15 Andreas Molitor, Die Gruppe 49, in: Die Zeit, Nr. 21 vom 20. 5. 1999, S. 16.
16 D. Wierling (Anm. 4), S. 247. Auch D. Geulen, Politische Sozialisation (Anm. 4), beobachtete in Gruppengesprächen mit um 1940 geborenen Ostdeutschen, dass bei den Aufsteigern aus dieser Kohorte „radikale Kritik“ am politischen System der DDR „durch das Motiv der Dankbarkeit (. . .) gebremst“ wurde (S. 45).
17 Übergreifend dargestellt in: Dorothee Wierling, Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie, Berlin 2002.
18 A. Molitor (Anm. 15).
19 Marc-Dietrich Ohse, Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974), Berlin 2003, S. 378.
20 Beate Fietze, 1968 als Symbol der ersten globalen Generation, in: Berliner Journal für Soziologie, 7 (1997) 3, S. 367.
21 Ebd., S. 366.
22 Dietrich Mühlberg, Wann war 68 im Osten? Oder: Wer waren die 68er im Osten?, in: Berliner Blätter, 18 (1999), zitiert nach Internetpräsentation: http://user.berlin.sireco.net/dpo.muehlberg/680st.htm.
23 Diese bildete in der Sicht vieler westdeutscher Sozialwissenschaftler den Kern der 68er-Generation der Bundesrepublik; vgl. Claus Leggewie, Die 89er. Porträt einer Generation, Hamburg 1995. Leggewie zählt die Jahrgänge 1940–1950 dazu (S. 90), während H. Bude, Das Altern (Anm. 2), sie auf die Jahrgänge 1938–1948 vorverlegt.

untergeordnet als auch tradierten Pflicht- und Akzeptanzwerten verhaftet“.[24] Eine den West-68ern vergleichbare Generationseinheit konnte die altersgleiche Kohorte im Osten unter dem repressiven Druck der in Prag aufziehenden Panzer nicht ausprägen. Das sieht Dorothee Wierling ähnlich: In der DDR gab es „nicht jene fröhliche Selbststiftung als Generation wie im Westen“, weil die Protestierer im Osten isoliert und ohne eine verbindende geistige Orientierung blieben. „1968 wurde in der DDR zur Chiffre für eine Niederlage.“[25]

Demzufolge spricht Dorothee Wierling für den Osten nicht von einer Generation der 68er[26], was Heinz Bude durchaus tut, auch wenn er dieses Datum für die DDR ebenfalls als „eine Geschichte der verlorenen Würde“ sieht. Die Ost-68er hatten „das große Problem, dass sie ihren Takt in der Gesellschaft nicht durchsetzen konnten“.[27] Wolfgang Engler sieht sie sogar gleich zweimal in der Geschichte scheitern: 1968 und dann noch einmal im Herbst 1989, weil sie sich durch ihre spätere Spaltung in sozialistische „Reformisten“ und „idealistische Außenseiter“ (die Keime der Bürgerbewegung) einander entfremdeten und der Möglichkeit eines gemeinsamen Handelns in der Systemwende beraubten.[28] Anders Annette Simon: Zwar meint sie, dass die 68er in der DDR „keine kulturrevolutionären Veränderungen wie ihre westlichen GenerationsgenossInnen“ auslösten. Sie „wollten Reformen und setzten letztendlich eine Revolution in Gang, in der es [1989, B.L.] zu einem Wechsel der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse gekommen ist“. Aber: „Eigentlich sollte eine Generation auch daran gemessen werden, inwieweit sie der nächsten Generation Zukunft eröffnet oder verschließt.“[29]

Abgesehen davon, dass man einer möglichen Ost-68er-Generation nicht gerecht wird, wenn man sie wie Engler allein als eine „Bewegung“ von Intellektuellen aus Kultur und Politik oder wie Simon unter dem Aspekt des Generationenkonflikts zwischen leitenden Funktionären des SED-Staates und ihren Kindern schildert. Dagegen sprechen allein schon die Fakten: Von den 506 durch DDR-Justiz und Staatssicherheit 1968 eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche „wegen Verbreitung selbst gefertigter Hetzschriften“ betrafen lediglich 7,6 Prozent Studenten, aber 71,1 Prozent junge Arbeiter und Lehrlinge.[30] Es ist daher nicht sinnvoll, aus einer 21 Jahre später nachgeholten Revolution den prägenden Charakter einer Generation für ihre Altersgenossen in der DDR im Jahre 1968 ableiten zu wollen. Die Wahrheit ist, dass die Ost-68er, deren geografischer Fixpunkt mehr Prag als Paris, Berkeley oder West-Berlin war, in ihrer Generation marginal blieben und bestenfalls als „ausgebremste Generation“ (Bude) gelten können, während die Mehrheit der Jugendlichen sich in das System integrierte. „Ein miefiges Gefühl des Wohlseins und der Übereinstimmung mit dem System prägten die siebziger und frühen achtziger Jahre.“[31]

Das Widerspruchspotenzial dieser Generation war nicht politisch, sondern vor allem kulturell geprägt (vgl. *Abbildung 3*). Der „Beat-Club“ im Westfernsehen war ihr wichtiger als SDS, „Kommune 1“ oder ein Sit-in. Und wenn sie es dennoch probierten, geriet es eher zur Farce als zum realen Protest, wie Michael Meinicke in seiner „wahren Geschichte“ der „Beat-Generation der DDR-68er“ schildert: Nachts um zwei setzen sie sich zu zehnt im Schneidersitz mitten auf die Kreuzung vor dem Ost-Berliner U-Bahnhof Vinetastraße. „Weit und breit kein Mensch. Die Lichter in den Fenstern der umliegenden Wohnhäuser längst erloschen. (. . .) Nach einer Weile flüsterte Pewi: Dubcek! Svoboda! Die Namen der Führer des Prager Frühlings. Undeutlich murmelnd skandierten wir hinterher. Jetzt hörten wir den Motor eines Lastwagens. Sollten schon die Bullen kommen? (. . .) Scheinwerfer beleuchteten unser Grüppchen. Verzweifelt blieben wir hocken. Der Wagen hielt. Hinten klapperten Flaschen. Ein Mann stieg aus: Wat is denn det hier? Bettina rief: Ein SIT IN! Na ja, is ja jut. Wat et nich allet jibt. Nu seit so jut und jeht nach Hause. Wir müssen die Milchflaschen in die Läden bringn. Wir erhoben uns und gingen.“[32]

24 A. Göschel (Anm. 4), S. 158.

25 D. Wierling (Anm. 4), S. 242 f..

26 An anderer Stelle räumt sie jedoch ein, dass „einiges für die Existenz von Kultur-Achtundsechzigern in der DDR und zugleich für die gesamtdeutsche Gemeinsamkeit generationeller Orientierungen im Bereich kultureller Praxis, bei Lebensstilen und alternativen intellektuellen Strömungen“ spricht; D. Wierling (Anm. 17), S. 332. Auch Wolfgang Engler unterscheidet in „Kultur-68er“ und „Polit-68er“ (Kunde von einem verlorenen Land, Anm. 4), S. 308 f.

27 Vgl. H. Bude, Von Machern (Anm. 2), S. 14.

28 Vgl. W. Engler, Kunde von einem verlorenen Land (Anm. 4), S. 328–338.

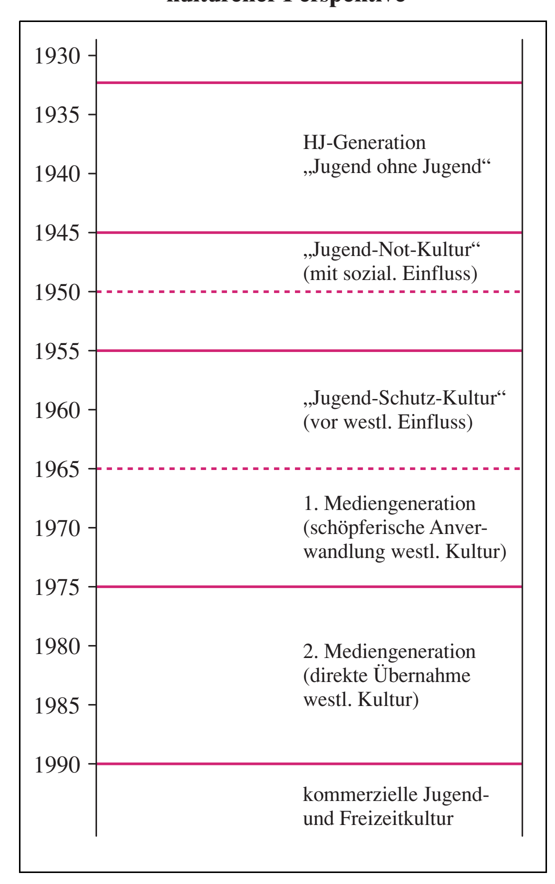
29 Annette Simon, Vor den Vätern sterben die Söhne? Die Achtundsechziger der DDR, in: dies./Jan Faktor, Fremd im eigenen Land?, Gießen 2000, S. 22 f.

30 Vgl. Bernd Lindner, Enttäuschte Hoffnungen, in: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig (Hrsg.), Einsichten. Diktatur und Widerstand in der DDR, Leipzig 2001, S. 118–124, und D. Wierling (Anm. 17), S. 307 ff.

31 Stefan Wolle, Die „nachvollziehende Rebellion“ der DDR-Achtundsechziger, in: Leviathan, (1998) 4, S. 530.

32 Michael Meinicke, Ostkreuz, Freiberg 2000, S. 43 f. Der Verlag wirbt für den „Roman“ mit dem Slogan von der „wahre(n) Geschichte der Beat-Generation der DDR-68er“.

**Abbildung 3: Jugendgenerationen der DDR in kultureller Perspektive**




## Rückzug statt Offensive: Die Distanzierte Generation

Die Ausformung prägender Generationseinheiten war in der DDR lange Zeit also auch eine Verdrängungsleistung. Dadurch ließen sich – so erstaunlich dies im Nachhinein anmutet – tiefe gesellschaftliche Einschnitte mehrheitlich mental „aussitzen“. Erst eine neue Jugendgeneration – zwischen 1961 und 1975 geboren, von Mitte der siebziger Jahre bis zum Ende der DDR ins Jugendalter hineingewachsen – konnte sich innerlich daraus befreien: Nachgeborene, für die der schmale Wohlstand der DDR keine historische Errungenschaft mehr, sondern etwas Vorgefundenes und selbstverständlich in Anspruch Genommenes war. Sie vermochten dessen Brüchigkeit eher zu erkennen und den dafür zu entrichtenden Preis an politischer Anpassung in Frage zu stellen als ihre Eltern und ihre Vorgängergeneration. Bei ihnen handelt es sich um eine „Generation der Nicht-Mehr-Eingestiegenen“. Ihre Grundhaltung zur DDR war die des Protestes durch Verweigerung. Diese Generation trat den „Rückzug statt (der) Offensive“ an, wie es der Dichter Kurt Drawert treffend auf den Punkt brachte, „im Osten und doch nicht im Osten, wir wohnten, aber wir lebten nicht dort“[33]. Diese Aussage wird nachhaltig von Ergebnissen der Jugendforschung gestützt.

Ende der siebziger Jahre stagnierte die Haltung vieler Jugendlicher zu den „hehren Werten“ der sozialistischen Gesellschaft nachdrücklich: die Identifikation mit dem Staat und seiner Ideologie, die Einstellung zur SED und zur Sowjetunion sowie zur historischen Perspektive des Sozialismus.[34] Potenziert wurde dies durch einen tief greifenden Wandel der Lebensorientierungen, der mit Walter Friedrich als „Mentalitätsumbruch oder Werteaufbruch in der DDR charakterisiert werden kann“[35]. Der Wunsch Jugendlicher nach Selbstgestaltung und sozialer Anerkennung nahm stark zu. Auf ihrer Agenda stand – statt politischer Einmischung – das Streben nach individuellem Wohlstand, kultureller Vielfalt und geistigem Freiraum, wo auch immer der schwächelnde Staat ihn nicht mehr verhindern konnte.

Mit dieser Distanzierten Generation vollzog sich nach 1975 erstmals ein (folgenschwerer) Paradigmawechsel in der Generationenfolge der DDR. Nicht mehr die systemfreundlichen Strömungen stellten die prägende Generationseinheit, sondern jene Jugendlichen, die der DDR kritisch-distanziert bis ablehnend gegenüberstanden. So machte (auch und gerade) die Jugend der DDR den Weg für die demokratische Revolution vom Herbst 1989 frei. Weniger als Demonstranten – der Kern der Leipziger Montagsdemonstranten war mit 25 bis 55 Jahren jenseits des Jugendalters[36] –, sondern als Fluchtwillige. Das Durchschnittsalter der 225 233 Flüchtlinge und Übersiedler, die 1989 bis zum Fall der Mauer aus der DDR in den Westen gingen, lag bei 23,5 Jahren.[37] Als sich diese „Kin-

33 Kurt Drawert, Rückzug statt Offensive, in: Freitag vom 18. 12. 1998.
34 Vgl. Walter Friedrich, Mentalitätswandlung der Jugend in der DDR, in: APuZ, B 16–17/1990, S. 25–37.
35 Ebd., S. 34 f.
36 Vgl. Bernd Lindner, Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn 1998, S. 114.
37 Vgl. ebd., S. 46. 90 Prozent der Flüchtlinge des Sommers 1989 waren unter 40 Jahre alt, was dafür spricht, dass sich in der Endzeit der DDR auch nennenswerte Teile der Integrierten Generation aus ihrer Bindung an diesen Staat zu lösen begannen und/oder vom Sog der Massenflucht erfasst wurden.

der der geschlossenen Gesellschaft“[38] entschlossen, der DDR den Rücken zu kehren, war es kaum mehr ein Abschied von „ihrem Land“, sondern von einem konkreten sozialen Umfeld, ihrer Familie und dem Freundeskreis.

## Schwankender Einfluss

Das Projekt der Vereinnahmung der Jugend für den Sozialismus war in der DDR lange vor deren Ende gescheitert. Welchen Anteil hatten die hier dargestellten Jugendgenerationen daran? Zwar konnten sie prägende Gestalt für ihre jeweilige Generation erreichen, politisch innovativ – im Sinne des Systems – wurde jedoch lediglich die Aufbaugeneration, soweit dies die „Generation der Alten“ zuließ. Die Integrierte Generation dagegen konnte Innovationen im Sinne gesellschaftlicher Veränderungen weder für noch gegen das System dauerhaft ausprägen. Durch ihr Streben nach Übereinstimmung paralysierte sie sich weitgehend selbst. Aber auch die Distanzierte Generation vermochte lange keine eigenständigen politischen Zeichen zu setzen. Erst als sie – zu nicht unerheblichen Teilen – ihre Existenz in diesem System auch physisch in Frage stellte, nahm sie unübersehbar Einfluss auf das Ende der DDR.

Zu lange war das politische Feld uneingeschränkt von jener Generation besetzt, die den Staat gegründet hatte. Das bedeutet nicht, dass die Jungen wirkungslos blieben. Generationen werden dann wirksame Verbände, „wenn die kulturellen Konkurrenzen zwischen sozialen Bewegungen und Strömungen bedeutungsvoller, die Klassenkonkurrenzen dagegen schwächer werden“[39]. Das hier vorgestellte Modell der politischen und sozialen Jugendgenerationen der DDR bedarf also unbedingt der Ergänzung um eine kulturelle Perspektive (vgl. *Abbildung 3*). Dies ist bereits ansatzweise geschehen.[40] Hier kann lediglich darauf verwiesen werden, dass die kulturellen Parallelen zur Entwicklung der Altersgleichen in der Bundesrepublik stets größer waren als die politischen. Die kulturelle Identität Jugendlicher in der DDR war immer eine Mischidentität, von Elementen des Ostens wie des Westens geprägt.

Bleibt zu fragen, wie jene Generation der „Zonenkinder“[41] zu charakterisieren ist, die erst am Ende der DDR in das Jugendalter eintrat. Die nach 1975 Geborenen erlebten die „Wende“-Zeit als deutlichen Einschnitt in ihrer Sozialisation. Auf der einen Seite von der Vergangenheit unbelastet, befanden sie sich zugleich in einer Lebensphase, in der sie verstärkt auf die Hilfestellung von Erziehungsautoritäten angewiesen waren. Doch fielen diese dafür weitgehend aus: Eltern und Verwandte, weil ihnen die Lebensumstände der Bundesrepublik ebenso fremd waren wie den Jungen; Lehrer, Jugendorganisationen wie die heimischen Medien, weil sie sich als Diener des alten Systems in den Augen der Jugendlichen diskreditiert hatten. Die Heranwachsenden im Osten waren nach 1990 weitgehend auf sich selbst verwiesen. Wir haben es bei ihnen mit einer in hohem Maße „Unberatenen Generation“ zu tun.[42] Erschwerend kommt hinzu, dass es sich bei ihnen überwiegend um die Kinder der Integrierten Generation handelt; jener Generation also, die es nach der „Wende“ mit Abstand am schwersten hatte, in der Bundesrepublik „anzukommen“. Mit den „guten Zeiten“ der DDR-Entwicklung besonders eng verbunden, kompensiert diese Generation ihre sozialen und mentalen Probleme mit der Gegenwart verstärkt durch (n)ostalgische Rückzüge, die umso stärker auch auf ihre Kinder und Enkel (ein)wirken, wie diese selbst Probleme mit ihrer Verortung in der Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts haben. Die Geschichte der Jugendgenerationen der DDR setzt sich also bis in die unmittelbare Gegenwart fort.

---

38 H. Zwahr (Anm. 4), S. 443.
39 Vgl. D. Mühlberg (Anm. 22).
40 Vgl. Bernd Lindner, Sozialisation und politische Kultur junger Ostdeutscher vor und nach der Wende – ein generationsspezifisches Analysemodell, in: Uta Schlegel/Peter Förster (Hrsg.), Ostdeutsche Jugendliche: Vom DDR- zum Bundesbürger, Opladen 1996, S. 31 ff. Einen Überblick über zentrale Entwicklungslinien der DDR-Jugend in ausgewählten kulturellen Bereichen findet sich bei: Bernd Lindner/Dieter Wiedemann, Kultur und Medienforschung, in: W. Friedrich u. a. (Anm. 13 ).
41 Jana Hensel, Zonenkinder, Reinbek 2002.
42 Vgl. Bernd Lindner, Die Generation der Unberatenen. Zum Profil der letzten DDR-Jugendgeneration, in: Berliner Debatte Initial, 14 (2003) 2, S. 28–34.

Detlef Nakath

# Von der Konfrontation zum Dialog

## Zum Wandel des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten in den sechziger und siebziger Jahren

Die Forderung nach Anerkennung des Status quo in Europa war in den sechziger Jahren eine zentrale außenpolitische Forderung der Staaten des Warschauer Vertrages. Dies galt in besonderem Maße für die DDR, die als zweiter deutscher Staat ausschließlich zu den Ländern des eigenen Bündnisses, zu den kommunistischen Staaten in Asien und darüber hinaus zu Jugoslawien und Kuba diplomatische Beziehungen unterhielt. Der Forderung nach voller diplomatischer Anerkennung und „souveräner Gleichheit“ ordneten Sowjetunion und DDR andere Ziele ihrer Außenpolitik unter.

Peter Bender, der schon in den sechziger Jahren „Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR“ benannt hatte[1], formulierte die Forderung nach Gleichbehandlung jüngst in einem brillanten politisch-historischen Essay über die Rolle der Weltmacht Amerika so: „Anerkennung ist ein Schlüsselwort. Die sowjetische Amerika-Politik spiegelte die amerikanische Sowjet-Politik, die Verweigerung voller Gleichheit rief ein beständiges Streben nach Gleichheit hervor. Die Sowjetunion hatte 1955 Amerikas deutsches Kind, die Bundesrepublik, anerkannt, Amerika und der gesamte Westen aber erkannten die DDR nicht an und stellten damit die gesamte sowjetische Nachkriegsordnung im Ostteil Europas in Frage.“[2] Dieses gestörte Verhältnis der Supermächte in einer zentralen Frage ihrer Europapolitik hatte nachhaltige Auswirkungen auf die Entwicklung von Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.

Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR hat in den vier Jahrzehnten deutscher Zweistaatlichkeit die inneren wie äußeren Existenzbedingungen und die politischen Aktivitäten beider Staaten wesentlich beeinflusst. Die Tatsache, dass im Gefolge des Zweiten Weltkrieges, bedingt durch den Willen der vier Mächte, auf deutschem Boden zwei Staaten mit unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung sowie diametral gegenüberstehender Blockeinbindung entstanden waren, war ein Spiegelbild der Ost-West-Konfrontation in einem bipolaren Europa. Konfrontative Politik und Kalter Krieg beiderseits von Elbe und Werra zwangen vor allem die DDR in eine nahezu totale politische Abhängigkeit von der Führungsmacht Sowjetunion. Dies galt in besonderem Maße für ihre Deutschlandpolitik, in der eigenständige Schritte fast unmöglich waren. Aber auch die Bundesrepublik konnte ihre Außen- und Deutschlandpolitik lange Zeit nicht ohne Zustimmung der Westmächte, später in Abstimmung mit ihnen, frei entwickeln.

Dennoch gab es auch in den fünfziger Jahren Kontakte und Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik im nichtstaatlichen Bereich, so in Kultur und Wissenschaft, im Sport durch die zwischen 1956 und 1964 vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) erzwungenen gemeinsamen deutschen Olympiamannschaften, zwischen den Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie vor allem auf dem Gebiet des innerdeutschen Handels. Überdies und vor allem pflegten die Menschen in beiden deutschen Staaten in der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit intensive familiäre und freundschaftliche Kontakte, die auch durch den Mauerbau 1961 nicht abgebrochen werden konnten.

Vor dem Hintergrund eines veränderten politischen Klimas zwischen den Supermächten entwickelten sich Ende der sechziger Jahre, eingebettet in die Maximalforderungen signalisierende Hallstein- bzw. Ulbricht-Doktrin, Gesprächskontakte zwischen Politikern aus beiden deutschen Staaten, die durchaus auch von deutsch-deutschen Interessen geleitet waren.[3]

1 Vgl. Peter Bender, Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR, Berlin 1968.

2 Ders., Weltmacht Amerika. Das Neue Rom, Stuttgart 2003, S. 177.

3 Zu dieser Thematik sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Forschungsergebnisse vorgelegt worden. Vgl etwa die Forschungsberichte von Manuela Glaab, Helmut Müller-Enbergs und Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn – München – Wien – Zürich 2003, S. 338 ff.

## Politische und verfassungsrechtliche Grundpositionen

Seit dem 23. Mai 1949 hieß es in der Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“[4] Während die per Volksentscheid angenommene DDR-Verfassung vom 6. April 1968 noch den Anspruch artikulierte, „der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen“, und die DDR in Artikel 1 als „ein sozialistischer Staat deutscher Nation“ definierte, hieß es in der lediglich durch Volkskammervotum geänderten Verfassung vom 7. Oktober 1974: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“[5] Jeder Bezug auf die Fortexistenz einer gemeinsamen deutschen Nation war getilgt worden.

Zwischenzeitlich hatten sich die Regierungen beider Staaten vertraglich arrangiert. Dies entsprach dem in den siebziger Jahren herrschenden politischen Zeitgeist, der durch die Entspannungspolitik und das Streben nach dem Zustandekommen einer Europäischen Sicherheitskonferenz geprägt war. Nach dem Transitabkommen und dem Verkehrsvertrag vereinbarten DDR und Bundesrepublik am 21. Dezember 1972 den „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen“. In dessen Präambel legten sie dar, dass sie diese Vereinbarung „unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage“ schließen.[6] Am Tag der Unterzeichnung übergab ein Mitglied der westdeutschen Verhandlungsdelegation in der Poststelle des DDR-Ministerrates den „Brief zur deutschen Einheit“, der für die Bundesregierung die verfassungsmäßige Absicherung ihrer Berechtigung zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrages mit der DDR darstellte. Die DDR betrachtete ihn als einseitige Angelegenheit und notwendiges Legitimationsbedürfnis der Bundesregierung und setzte ihre Anfang der siebziger Jahre begonnene Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik unbeeindruckt fort.

Auf dem 9. Parteitag im Mai 1976 verabschiedete die SED ein neues Programm, in dem sie von der Entwicklung einer „sozialistischen deutschen Nation“ ausging. Diese sei „ein untrennbarer Bestandteil der Gemeinschaft sozialistischer Nationen“.[7] Unter der Überschrift „Kampf um friedliche Koexistenz“ widmete das Parteiprogramm dem Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik einen kurzen Abschnitt, in dem es hieß: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands tritt dafür ein, dass die Beziehungen zwischen der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und der kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland als Beziehungen zwischen souveränen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Normen des Völkerrechts entwickelt werden.“[8] Zwischenzeitlich hatte sich der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes mit den deutsch-deutschen Beziehungen beschäftigt. In seinem Urteil vom 31. Juli 1973 wies er eine Klage des Freistaates Bayern gegen den Grundlagenvertrag zurück und stellte dessen Konformität mit dem Grundgesetz fest.

Diese gegensätzlichen rechtlichen bzw. programmatischen Sichten auf das Verhältnis beider deutscher Staaten blieben bis zum Honecker-Besuch in der Bundesrepublik im September 1987 und darüber hinaus bis zu dessen erzwungenem Rücktritt im Herbst 1989 die konstitutiven Grundlagen der Deutschlandpolitik beiderseits von Elbe und Werra. Im Spannungsfeld jener konträren Positionen hatten die Akteure auf dem schwierigen Feld der deutsch-deutschen Beziehungen seit den siebziger Jahren zu agieren.

Die auf dem Felde der deutsch-deutschen Beziehungen tätigen Politiker bewegten sich systembedingt mit einem sehr unterschiedlichen Grad an Souveränität. Die Abhängigkeit der DDR von ihrer politischen und militärischen Führungsmacht Sowjetunion war in der gesamten Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit, besonders aber seit 1955, ungleich größer als die der Bundesrepublik von ihren Verbündeten in der NATO. Zweifellos hat auch die wachsende ökonomische Stärke hin zur stärksten Wirtschaftsmacht der Europäischen

4 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Textausgabe, Bonn 1989, S. 11.

5 Siegfried Mampel, Die Sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Kommentar, Frankfurt/M. 1982, S. 31 und 81.

6 Ingo von Münch (Hrsg.), Dokumente des geteilten Deutschland, Bd. II: Seit 1968, Stuttgart 1974, S. 301.

7 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED, Bd. 2, Berlin (Ost) 1976, S. 251.

8 Ebd., S. 254 f.

Union den politischen Bewegungsspielraum der Bundesrepublik im Laufe der Jahre deutlich erhöht. Diese Faktoren hatten natürlich auch erheblichen Einfluss auf die Gestaltungsmöglichkeiten der DDR im Verhältnis zur Bundesrepublik. Die sowjetischen Interessen mussten immer zuerst in Rechnung gestellt und zumeist vollständig beachtet werden. Zu jeder wichtigen Frage wurde die Moskauer Führung konsultiert, und sie wurde de facto von der Sowjetunion entschieden. So entwickelten sich die deutsch-deutschen Beziehungen praktisch in einem politischen Dreiecksverhältnis mit den Koordinaten Bonn – Berlin – Moskau.

## Die aktive Verhandlungsphase in der ersten Hälfte der siebziger Jahre

Bereits in den späten sechziger Jahren – in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition – war eine schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten angelegt. Dafür sprachen die Versuche des bundesdeutschen Botschafters in Moskau, Helmut Allardt, mit Außenminister Andrej Gromyko über einen offiziellen deutsch-sowjetischen Gewaltverzicht ins Gespräch zu kommen ebenso wie die am 6. Dezember 1968 von Vertretern der Treuhandstelle für den Interzonenhandel und dem DDR-Außenhandelsministerium getroffenen Vereinbarungen zur Erleichterung des innerdeutschen Handels. Jedoch erst mit dem Amtsantritt von Bundeskanzler Willy Brandt begann die operative Phase einer bereits Jahre zuvor unter dem Begriff „Wandel durch Annäherung" konzipierten Neuen Ostpolitik. Zwischen 1969 und 1975 wandelten sich die lange Zeit in Strukturen des Kalten Krieges zementierten Grundpositionen der Nichtanerkennung und des Nichtdialogs nachhaltig. In Ost und West sprach man von einer Wende zur Entspannung, die ganz wesentlich die Lebensleistung Brandts ist, zu der aber auch sein Nachfolger im Kanzleramt Helmut Schmidt beigetragen hat.

Der Ausgangspunkt für die sozialliberale Bundesregierung 1969/70 war klar. Willy Brandt hat ihn 1989 in seinen „Erinnerungen" auf folgenden Nenner gebracht: „Unsere ostpolitischen Bemühungen mussten mit den westlichen Partnern gut abgestimmt werden und im politischen Gefüge der Atlantischen Allianz verankert sein. Noch einfacher: Unsere Ostpolitik hatte im Westen zu beginnen."[9] Für den konzeptionellen Architekten der neuen Ostpolitik und Staatssekretär im Kanzleramt, Egon Bahr, war überdies klar, dass an der östlichen Führungsmacht Sowjetunion kein Weg vorbei führe, wollte man mit der DDR ergebnisorientiert verhandeln. Daraus zog er die Schlussfolgerung, dass am Anfang einer auf mehrere Jahre angelegten Entspannungspolitik gegenüber den Staaten Osteuropas unter Einbeziehung der DDR Verhandlungen mit der Sowjetunion über Gewaltverzicht und Anerkennung des „Status quo" in Europa stehen müssten.[10]

Das klassische politische Dreiecksverhältnis, in dem sich die DDR seit ihrer Gründung befand, machte sich die Bundesregierung bei der Gestaltung der neuen Ostpolitik zunutze. Eine Auswertung der zugänglichen Quellen beider Seiten, also der SED- bzw. DDR-Archive sowie der Akten in den Bestände des „Archivs der sozialen Demokratie" und des „Willy-Brandt-Archivs" der Friedrich-Ebert-Stiftung, verdeutlicht, wie intensiv die Rückwirkungen bereits der parallelen Gespräche zur Vorbereitung von Erfurt und Kassel zwischen Vertretern der DDR und der Bundesrepublik sowie des Moskauer Meinungsaustausches tatsächlich waren. Dies setzte sich später fort, und Egon Bahr nutzte seinen „Back Channel" zur sowjetischen Führung sehr intensiv.

Am Beginn der ostpolitischen Aktivitäten der neuen Bundesregierung stand die von Brandt am 28. Oktober 1969 vorgetragene Regierungserklärung. Bahr erinnerte sich an das Zustandekommen: „Bei der Schlussredaktion der Regierungserklärung äußerte ich Bedenken, der DDR ausdrücklich die Staatseigenschaft zuzuerkennen; das sollte ein Ergebnis der angestrebten Verhandlungen sein, aber kein Gratisgeschenk vorher. Brandt meinte, es sei gut, am Anfang über die Hürde zu gehen. Scheel entschied, wir sollten es so machen, wie der Bundeskanzler es will."[11] Brandt stellte in seiner Regierungserklärung ein Programm innerer Reformen vor und wollte „mehr Demokratie wagen". In der Deutschlandpolitik ging er von der Existenz zweier deutscher Staaten aus, die jedoch „füreinander nicht Ausland" seien, und erklärte: „Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, dass das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird."[12]

9 Willy Brandt, Erinnerungen, Berlin–Frankfurt/M. 1989, S. 185.

10 Vgl. Egon Bahr, Zu meiner Zeit, München 1996, S. 284 f.

11 Ebd., S. 277.

12 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1969, Nr. 132, S. 1122.

Vor diesem Hintergrund liefen die einzelnen Schritte der vertragsorientierten Entspannungspolitik wie eine logische Abfolge aus einem politisch-diplomatischen Lehrbuch ab.[13] Die Gespräche der beiden deutschen Regierungschefs in Erfurt und Kassel im Frühjahr 1970 verliefen noch ohne greifbares Ergebnis. Die Gewaltverzichtsverhandlungen in Moskau hatten Priorität. Henry Kissinger, ab 1973 Außenminister der USA, zog folgendes Resümee aus Erfurt und Kassel: „Bei diesem Treffen wurden keine wichtigen Vereinbarungen getroffen. Seine Bedeutung lag darin, dass sich die politischen Führer der beiden deutschen Staaten zum erstenmal offiziell getroffen und miteinander gesprochen hatten. Die bisherige klassische Auffassung des Westens – dass jede endgültige Regelung der europäischen Frage die Wiedervereinigung voraussetze – war damit Geschichte geworden und zu den Akten gelegt.“ Zu dem drei Monate später am 12. August 1970 in Moskau unterzeichneten deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsabkommen bemerkte Kissinger: „Die Bundesrepublik hatte ihren Rubikon überschritten; sie hatte die Teilung Deutschlands anerkannt und den Status quo in Mitteleuropa besiegelt.“[14]

Ohne den Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 konnte es keine deutsch-deutschen Verhandlungen geben. Auch der Vertrag mit Polen vom 7. Dezember 1970, der die Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesregierung vorsah, schuf wesentliche Voraussetzungen für die Aufnahme deutsch-deutscher Vertragsverhandlungen. Schließlich konnte mit dem Viermächteabkommen vom 3. September 1971 das bilaterale Verhandlungen erschwerende Berlin-Problem gelöst werden.[15] Damit war der Weg frei für vertragliche Vereinbarungen erscherende der Bundesrepublik und der DDR. Beide Staaten schlossen zunächst ein Transitabkommen (17. Dezember 1971) und einen Verkehrsvertrag (26. Mai 1972). Dem folgte schließlich am 21. Dezember 1972 der in Ost-Berlin unterzeichnete „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik“.

Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag bestand aus dem Vertragstext, dem Zusatzprotokoll, dem Protokoll zu Vermögensfragen, den Erklärungen zu Protokoll zu Staatsangehörigkeitsfragen, dem Briefwechsel zur Familienzusammenführung, zu Reiseerleichterungen und Verbesserungen des nichtkommerziellen Warenverkehrs, dem Briefwechsel zum Antrag auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, mit Erklärungen zu Protokoll, dem Briefwechsel über Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte, der Erklärung beider Seiten bei Unterzeichnung über die Ausdehnung von Abkommen und Regelungen auf Berlin (West), der Erklärung zu politischen Konsultationen, dem Briefwechsel über Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten, der Erklärung zu Protokoll über die Aufgaben der Grenzkommission durch die beiden Delegationsleiter und der Erklärung zu Protokoll über den Verwaltungsverkehr durch den Delegationsleiter der DDR. Hinzu kam der Briefwechsel zur Öffnung weiterer Grenzübergangsstellen und der Briefwechsel zum Post- und Fernmeldewesen. Die Bundesregierung fügte dem Grundlagenvertrag den am 21. Dezember 1972 übergebenen „Brief zur deutschen Einheit“ bei. Er hat folgenden Wortlaut: „Im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik beehrt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, dass dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“[16] Das politische Ziel leitete die Bundesregierung aus der Präambel des Grundgesetzes ab.

Der Grundlagenvertrag ging einen großen Schritt weiter als alle bisherigen deutsch-deutschen Vereinbarungen: Beide Staaten erkannten praktisch ihre jeweilige Staatlichkeit an und erklärten „unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen zu grundsätzlichen Fragen“, dass sie sich „von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestim-

13 Vgl. Detlef Nakath, Deutsch-deutsche Grundlagen. Zur Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik in den Jahren von 1969 bis 1982, Schkeuditz 2002, S. 129 ff.

14 Henry A. Kissinger, Memoiren. 1968–1973, München 1979, S. 568 f.

15 Vgl. Detlef Nakath, Berlin und Oreanda. Zur Bedeutung des Viermächteabkommens für die Ostpolitik Willy Brandts und die deutsch-deutschen Beziehungen, in: Deutschland Archiv, (2001) 5, S. 785 ff. Außerdem dazu die Sicht der beiden Verhandlungsführer der Gespräche des Berliner Senats und des DDR-Außenministeriums: Gerhard Kunze, Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989, Berlin 1999; Joachim Mitdank, Die Berlin-Politik zwischen 17. Juni 1953, dem Viermächteabkommen und der Grenzöffnung 1989. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 2003.

16 I. v. Münch (Anm. 6), S. 316.

mungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung". In einem gleichlautenden Briefwechsel hatten beide Seiten überdies vereinbart, gleichzeitig den Antrag auf UNO-Mitgliedschaft zu stellen. Sie wurden von der UNO-Vollversammlung am 18. September 1973 als Mitglieder in die Weltorganisation aufgenommen.

Den Wert des Grundlagenvertrages und die spezifische Situation 1972 beschrieb wiederum Peter Bender zutreffend so: „Fast ein Vierteljahrhundert hatten die deutschen Staaten in Feindschaft gelebt. Nicht nur der ideologische Ausschließlichkeitsanspruch beider Seiten trennte sie, die Feindschaft wuchs auch durch die Länge und Erbitterung des Kampfes und durch Enttäuschungen, wenn der eine oder andere zwischendurch einen Ausgleich versucht hatte. Zehn oder zwanzig Jahre vorher wäre der prinzipielle Gegensatz größer, aber auch die Gesprächsfähigkeit höher gewesen. So war es kein Zufall, dass Brandt den Grundlagenvertrag nicht, wie alle anderen Ostverträge, selbst unterzeichnete und die große Geste, wie beim Moskauer Vertrag und vor allem beim Warschauer Vertrag, ausblieb. Die Deutschen waren fähig zum Interessenausgleich, aber noch nicht zu dessen Demonstration."[17]

Karl Seidel, damals Mitglied der DDR-Delegation und zweiter Mann hinter Verhandlungsführer Michael Kohl, nimmt eine etwas andere Bewertung vor. Aus der Sicht des Beteiligten an den Verhandlungen schrieb er: „Der Grundlagenvertrag war – trotz aller Vorbehalte der BRD – die vertragliche Anerkennung der DDR als anderer souveräner deutscher Staat. Die deutsche Zweistaatlichkeit wurde besiegelt. Das wurde in aller Welt so gesehen. Die BRD musste sich mit der Existenz der DDR auf Dauer abfinden – wenn auch in der Hoffnung, auf lange Sicht damit bessere Voraussetzungen für ihre Beseitigung zu schaffen. Was sich als richtige Rechnung erwies."[18] Und an anderer Stelle fügt Seidel hinzu: „Auch heute noch wird von Gegnern der Ost- und Vertragspolitik den damaligen Bonner Akteuren der Vorwurf gemacht, der Grundlagenvertrag habe die DDR stabilisiert. (. . .) Natürlich hat die Vertragspolitik die DDR gefestigt. Aber ohne Anerkennung der DDR hätte man sie nicht für menschliche Erleichterungen öffnen können. In Bonn war man sich klar, dass nur ein behutsames Vorgehen möglich war, eine offen betriebene Destabilisierung der DDR hätte damals nur zu ihrer größeren Abschottung und zum Eingreifen der Sowjetunion führen können."[19]

Vor dem Grundlagenvertrag, der Ausgangspunkt für ein breit gefächertes Geflecht von Verträgen und Vereinbarungen zwischen beiden Staaten war, lag eine lange Periode politischer Sprachlosigkeit und offen zur Schau getragener Feindseligkeit. Lediglich auf dem Gebiet des innerdeutschen Handels hatten beide Seiten ihre Beziehungen zunächst im Frankfurter Abkommen vom 8. Oktober 1949 und dann im Berliner Abkommen vom 20. September 1951 halbwegs geregelt. Letzteres hatte an die Stelle der offiziellen Staatsbezeichnungen die so genannte Währungsgebietsklausel (Währungsgebiete der DM-West bzw. der DM der Deutschen Notenbank) gesetzt und für die kommerzielle Parität der beiden deutschen Währungen ein Verhältnis von eins zu eins in Form der Verrechnungseinheit (VE) festgelegt. Diese Regelung, die sich für beide Seiten als vorteilhaft erwiesen hatte, überdauerte auch den Grundlagenvertrag und galt bis zum 2. Oktober 1990.

In den frühen fünfziger Jahren hatten beide Staaten die staatliche Einheit zu ihrem Ziel erklärt. Im Juli 1950 definierte der 3. SED-Parteitag den Kampf um die Sicherung des Friedens als „erstrangige Hauptaufgabe" und stellte zugleich fest: „Der Friede in Europa kann aber nur als gesichert betrachtet werden, wenn ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland besteht, die Zerreißung Deutschlands überwunden ist, wenn durch einen gerechten Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen die nationale Unabhängigkeit unseres Volkes wiederhergestellt ist." Bald schon wurde jedoch deutlich, dass die deutsche Zweistaatlichkeit über Jahrzehnte die politischen Verhältnisse im Zentrum Europas prägen würde. Für Bundeskanzler Konrad Adenauer ging „Westintegration vor Einheit". Das führte auch zur Ablehnung der sowjetischen Vorschläge in der „Stalin-Note" durch die Westmächte und zur militärischen wie politischen Blockeinbindung von beiden deutschen Staaten im Frühjahr 1955. Deutschlandpolitische Aktivitäten und Pläne beider Seiten in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre hatten vor dem Hintergrund dieser Bipolarität keine Realisierungschance. Mit dem Mauerbau wurde die europäische Bipolarität und damit auch die deutsche Zweistaatlichkeit buchstäblich zementiert. Es bedurfte weiterer zehn Jahre, bis

17 Peter Bender, Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau zum Moskauer Vertrag, München 1986, S. 195.

18 Karl Seidel, Berlin-Bonner Balance. 20 Jahre deutsch-deutsche Beziehungen. Erinnerungen und Erkenntnisse eines Beteiligten, Berlin 2002, S. 168.

19 Ebd., S. 170.

man ernsthaft an die vertragliche Ausgestaltung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ging.

Als einen „Hauch von Normalisierung“ hat der Historiker Heinrich Potthoff die nach Abschluss des Grundlagenvertrages beginnende neue Etappe in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten bezeichnet.[20] Eine „zweite Etappe der Deutschlandpolitik“ der sozialliberalen Koalition verortet er im Wesentlichen in der Regierungszeit von Helmut Schmidt.[21] Dem ist vor dem Hintergrund des Zusteuerns auf eine Europäische Sicherheitskonferenz zuzustimmen. Nach dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrages, der Eröffnung Ständiger Vertretungen und der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki durch Helmut Schmidt und Erich Honecker waren wesentliche bilaterale Fragen vertraglich fixiert. Erst mehr als zehn Jahre später folgten das Kulturabkommen (6. Mai 1986) sowie während des Honecker-Besuchs in Bonn die Verträge über Umweltschutz, Wissenschaft und Technik sowie Strahlenschutz und Reaktorsicherheit (8. September 1987).

## Ergebnisse des deutsch-deutschen Dialogs

Zweifellos hatte sich von Ende der sechziger Jahre an im Verhältnis beider deutscher Staaten viel bewegt. Ohne das gesamteuropäische Entspannungsklima der frühen siebziger Jahre und eine partielle Abkehr der Supermächte von der scharfen Konfrontationspolitik im Kalten Krieg der fünfziger und sechziger Jahre hätte die deutsch-deutsche Annäherung jedoch kaum eine Chance gehabt. Die sowjetische Zielsetzung, zu einer europäischen Sicherheitskonferenz zu gelangen, erwies sich für die DDR-Interessen nach diplomatischer Anerkennung und UNO-Mitgliedschaft sowie normalen Beziehungen zur Bundesrepublik als vorteilhaft.

Mitte der siebziger Jahre entstanden auf der Grundlage des Zusatzprotokolls zu Artikel 7 des Grundlagenvertrages verschiedene deutsch-deutsche Verhandlungsebenen. So tagte regelmäßig die gemeinsame Grenzkommission und die Transitkommission, während Delegationen beider Seiten über Fragen der Rechtshilfe, der kulturellen Beziehungen, der Kontakte in Wissenschaft und Technik sowie des Umweltschutzes berieten. Erst wesentlich später – im Oktober 1986 – unterzeichneten die Oberbürgermeister von Eisenhüttenstadt und Saarlouis die erste Vereinbarung über eine Städtepartnerschaft. Diesem Beispiel folgten bis Ende Oktober 1989 noch 69 weitere derartige Partnerschaften.

Auch Parteibeziehungen hatten sich entwickelt. In den achtziger Jahren verhandelten Vertreter von SED und SPD über sicherheitspolitische Fragen und vereinbarten im August 1987 das Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Dass auch andere Parteien in der Bundesrepublik an ähnlichen Gesprächen interessiert waren, belegt eine Aussage von Hans-Dietrich Genscher in einem Gespräch mit Otto Reinhold am 31. August 1987. Genscher erklärte zum SED/SPD-Dokument laut Vermerk aus dem SED-Parteiarchiv: „Die SPD würde aber sehr große Mühe haben, diese Positionen in der Bundesrepublik zu verteidigen. Es wäre sehr gut, wenn eine Möglichkeit gefunden würde, auch mit Vertretern der FDP kontinuierliche Gespräche zu führen.“[22] Mit Politikern von CDU und CSU fanden Gespräche regelmäßig statt. Bis 1985 führte sie entweder Herbert Häber bzw. sein Nachfolger Gunter Rettner oder – im Auftrage Honeckers bzw. Mittags – Alexander Schalck-Golodkowski. Hinzu kamen die geheimen Kanäle Schalcks zu Franz Josef Strauß, Wolfgang Schäuble und Lothar Späth bzw. die seit den sechziger Jahren laufenden Sondermissionen in humanitären Angelegenheiten von Rechtsanwalt Wolfgang Vogel. Dieser war wohl der einzige DDR-Beauftragte, der auch mit Spitzenvertretern des ansonsten von der DDR kategorisch ignorierten Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen konferierte.

In den Jahren der sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik entwickelten sich die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten enorm. Dies lässt sich in folgenden Überlegungen zusammenfassen.

1. *Mit Beginn der Neuen Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr wurden die deutsch-deutschen Beziehungen auf eine neue, eine vertragliche Ebene gehoben.* Dies vollzog sich vor dem Hinter-

20 Heinrich Potthoff, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin 1999, S. 121.

21 Vgl. ders., Eine zweite Etappe der Deutschlandpolitik, in: Deutschland Archiv, (1997) 1, S. 116 ff.

22 Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan, Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, Berlin 1995, S. 332. Vgl. dazu Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/JIV/J 126.

grund eines Klimas der Entspannung zwischen den Blöcken und auch den Supermächten. Die Deutschen holten nach, was andere europäische Staaten bereits in den sechziger Jahren begonnen hatten, und öffneten sich in Richtung Osten. Die neue Ost- und Deutschlandpolitik war zeitgemäß und überdies im Interesse der Menschen in beiden deutschen Staaten.

2. *Die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition war zu jeder Zeit in die Außen- und Sicherheitspolitik des westeuropäischen Bündnisses eingebunden.* Willy Brandt und Egon Bahr sowie Helmut Schmidt gingen davon aus, dass ihre ost- und deutschlandpolitischen Schritte mit den Vertretern der Westmächte abzustimmen waren, wenngleich Abstimmung Konsultation und nicht Antrag auf Genehmigung bedeutete. Die Bundesregierung entwickelte in dieser Phase eigene nationale Interessen einer Deutschlandpolitik, die von der Fortexistenz der deutschen Nation und dem Ziel der Herstellung der deutschen Einheit ausging.

3. *Ein wesentlicher Bestandteil der deutsch-deutschen Beziehungen war die Vertragspolitik, die mit dem Abschluss des Grundlagenvertrages im Dezember 1972 ihren Höhepunkt erreichte.* Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag war der wichtigste Staatsvertrag bis zum Einigungsvertrag von 1990. Er bildete die Basis für ein umfangreiches bilaterales Vertragswerk, das in den siebziger und achtziger Jahren immer stärker ausgebaut wurde. Ohne dieses deutsch-deutsche Vertragswerk wäre die vom Westen gewollte Politik des „Wandels durch Annäherung“ nicht möglich gewesen. Insofern schuf die Vertragspolitik der siebziger und achtziger Jahren auch Voraussetzungen für den 1989/90 vollzogenen Weg in die deutsche Einheit.

4. *Zu den unverzichtbaren Bestandteilen der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik gehörte zu jeder Zeit die Einbeziehung von West-Berlin.* Dafür schufen die Vier Mächte im Viermächteabkommen vom 3. September 1971 die entscheidende Voraussetzung. Danach war die Dreistaatentheorie der DDR hinfällig geworden. Die Lebensbedingungen der Bürger und ihre Beziehungen zum Umfeld haben sich nach dem Viermächteabkommen und den davon abgeleiteten Verträgen mit der DDR (Transitabkommen, Verkehrsvertrag) maßgeblich verbessert.

5. *Die deutsch-deutschen Beziehungen vollzogen sich zu jeder Zeit in starker Abhängigkeit von der Deutschlandpolitik der Sowjetunion.* Praktisch kann man von einem Dreiecksverhältnis zwischen Bonn, Moskau und Ost-Berlin sprechen. Die Bundesregierung hat sowohl in den siebziger als auch den achtziger Jahren ihre offiziellen und inoffiziellen Kanäle zur sowjetischen Führung genutzt, um unter Beachtung der sowjetischen Interessen in den Beziehungen zur DDR Fortschritte zu erreichen, die im Sinne der Menschen in beiden deutschen Staaten waren.

6. *Das Dreiecksverhältnis zwischen Bonn, Moskau und Ost-Berlin basierte auf der schon bei Konrad Adenauer anzutreffenden Erkenntnis, dass der „Schlüssel zur Wiedervereinigung“ in Moskau liege.* Die DDR war weder in ihrer Außenpolitik noch in der Deutschlandpolitik wirklich souverän. Dennoch hatte sie eigene Interessen. Diese lagen vor allem in der Durchsetzung ihrer weltweiten diplomatischen Anerkennung und in der UNO-Mitgliedschaft beider deutscher Staaten. An die sowjetischen Zielen musste ebenso angeknüpft werden wie an die Interessen der DDR, um eigene Ziele durchzusetzen.

7. *In den siebziger und achtziger Jahren hat es trotz wechselnder Regierungen in der Bundesrepublik eine bemerkenswerte deutschlandpolitische Kontinuität gegeben.* Nach dem Oktober 1982 knüpfte die neue Bundesregierung unter Helmut Kohl an die Deutschlandpolitik ihrer Vorgänger an und entwickelte diese vor allem auf dem Gebiet der Handelsbeziehungen weiter. Die bestehenden Verträge wurden selbstverständlich respektiert und das Vertragswerk 1986/87 erheblich ausgebaut. Für die DDR war der offizielle Besuch von SED-Generalsekretär Erich Honecker im September 1987 in der Bundesrepublik der Höhepunkt ihrer Deutschlandpolitik.

8. *Bis zum Herbst 1989 war ein dichtes Netz deutsch-deutscher Kontakte entstanden.* Dazu zählten auch die nie unterbrochenen Verbindungen der Kirchen. Hinzu kamen die familiären Kontakte, die im Laufe der 40-jährigen Zweistaatlichkeit weiter Bestand hatten.

9. *Noch Ende der achtziger Jahre gingen nahezu alle wichtigen deutschen Politiker von der Weiterexistenz der deutschen Zweistaatlichkeit aus.* Kaum jemand konnte sich den politischen Zusammenbruch der Sowjetunion und des gesamten Ostblocks vorstellen. Das genau war aber die entscheidende Voraussetzung dafür, dass Ende 1989 ein Prozess einsetzte, der kurzfristig die deutsche Zweistaatlichkeit überwand. Das deutsch-deutsche Verhältnis bewegte sich zu jeder Zeit in einem politischen Dreiecksverhältnis mit den Eckpunkten Ost-Berlin, Moskau und Bonn. Ende der achtziger Jahre hatten zwei dieser Eckpunkte dramatisch an politischem Eigengewicht verloren, was zur Dominanz Bonns im Vereinigungsprozess führte.

## Christian Semler

Geb. 1938; studierte Jura und Geschichte; in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre Aktivist des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in West-Berlin, danach Mitgründer der maoistischen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD); in den achtziger Jahren Publizist und Unterstützer der ostmitteleuropäischen demokratischen Bewegungen; seit 1989 Mitarbeiter der „tageszeitung" (taz), Berlin.

*Anschrift:* die tageszeitung, Postfach 610229, 10923 Berlin.
E-Mail: semler@taz.de

*Veröffentlichungen:* zahlreiche Kommentare und Reportagen in Tageszeitungen und Zeitschriften.

## Lutz Kirchenwitz

Dr. phil., geb. 1945, Kulturwissenschaftler, Vorsitzender des Vereins „Lied und soziale Bewegungen" in Berlin.

*Anschrift:* Prenzlauer Berg 17/9.3, 10405 Berlin.
E-Mail: lkj.kiwi@t-online.de

*Veröffentlichungen u. a.:* (Hrsg.) Lieder und Leute. Die Singebewegung der FDJ, Berlin (Ost) 1982; Folk, Chanson und Liedermacher in der DDR. Chronisten, Kritiker, Kaisergeburtstagssänger, Berlin 1993.

## Kaspar Maase

Dr. phil., geb. 1946; Privatdozent an der Universität Tübingen, Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft.

*Anschrift:* Universität Tübingen, Ludwig-Uhland-Institut, Schloss, 72070 Tübingen.
E-Mail: kaspar.maase@uni-tuebingen.de

*Veröffentlichungen u. a.:* BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, Hamburg 1992; Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850 bis 1970, Frankfurt/M. 2001[3]; (Hrsg. mit Bernd Jürgen Warneken) Unterwelten der Kultur. Themen und Theorien der volkskundlichen Kulturwissenschaft, Köln 2003.

## Uta G. Poiger

Ph. D., geb. 1965; Associate Professor of History an der University of Washington, Seattle.

*Anschrift:* Dept. of History, 315 Smith, University of Washington, Seattle, WA 98195, USA.
E-Mail: poiger@u.washington.edu

*Veröffentlichungen u. a.:* Jazz, Rock and Rebels. American Culture in a Divided Germany, Berkeley–Los Angeles 2000; (Hrsg. mit Heide Fehrenbach) Transactions, Transgressions, Transformations: American Culture in Western Europe and Japan, New York 2000.

## Detlef Siegfried

Dr. phil., geb. 1958; Associate Professor für Neuere Deutsche Geschichte und Kulturgeschichte an der Universität Kopenhagen und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg.

*Anschrift:* Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Schulterblatt 36, 20357 Hamburg.
E-Mail: siegfried@fzh.uni-hamburg.de

*Veröffentlichungen u. a.:* (Hrsg. zus. mit Axel Schildt und Karl Christian Lammers) Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2003[2]; Der Fliegerblick. Intellektuelle, Radikalismus und Flugzeugproduktion bei Junkers 1914 bis 1934, Bonn 2001.

## Bernd Lindner

Dr. phil. habil, geb. 1952; Kultursoziologe und -historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig bei der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und apl. Professor an der Universität Karlsruhe.

*Anschrift:* Brockhausstraße 42, 04229 Leipzig.
E-Mail: lindner@hdg.de

*Veröffentlichungen u. a.:* (Hrsg. zus. mit Rainer Eckert) Mauersprünge. Kunst und Kultur der 80er Jahre in Deutschland, Leipzig 2002; Die Generation der Unberatenen. Zum Profil der letzten DDR-Jugendgeneration, in: Berliner Debatte Initial, 14 (2003) 2.

## Detlef Nakath

Dr. sc. phil., geb. 1949; wissenschaftlicher Mitarbeiter bei „Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V.", Berlin.

*Anschrift:* Fliederweg 17, 14469 Potsdam.
E-Mail: m.u.d.nakath@freenet.de

*Veröffentlichungen u. a.:* (mit Gerd-Rüdiger Stephan) Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, Berlin 1995; Deutsch-deutsche Grundlagen. Zur Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik in den Jahren von 1969 bis 1982, Schkeuditz 2002.

## Nächste Ausgabe

**Christian Semler** *Essay*

**1968 im Westen – was ging uns die DDR an?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/2003, S. 3–5

■ Für die linksorientierten westdeutschen Studentinnen und Studenten, die heute gemeinhin als „68er" oder als „Neue Linke" gelten, war die DDR „Terra incognita". Aufgrund ihres „Antifaschismus" galt die DDR trotzdem oft als „das bessere Deutschland". Forderungen nach Aufhebung des KPD-Verbots sowie nach Anerkennung der DDR waren aber nicht etwa Ausdruck von Sympathie, sondern Produkte eines demokratischen Kalküls.

**Lutz Kirchenwitz** *Essay*

**1968 im Osten – was ging uns die Bundesrepublik an?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/2003, S. 6–8

■ 1968 ist eine Chiffre für Modernisierungs- und Demokratisierungsprozesse in Ost und West und für eine neue Solidarität mit globalen antiimperialistischen Unabhängigkeitsbewegungen. Der politische Aufbruch brachte auch eine neue musikalische Protestkultur hervor. In der Szene des politischen Liedes, der Liedermacher und der Singebewegung gab es zwischen der DDR und der Bundesrepublik große Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten.

**Kaspar Maase**

**Körper, Konsum, Genuss – Jugendkultur und mentaler Wandel in den beiden deutschen Gesellschaften**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/2003, S. 9–16

■ In beiden deutschen Gesellschaften sahen die sechziger und siebziger Jahre Aufstieg und Normalisierung von Jugendstilen, in deren Zentrum internationale Popmusik stand. Aggressive Widerstände konnten die Durchsetzung der Jugendkultur nicht aufhalten. Für die DDR blieb sie ein Stachel im Fleisch, misstrauisch kontrolliert und zensiert. Bei allen Unterschieden gleichgerichtet war der mentale Wandel, den die Jugendkultur in Gang setzte. Hochkultur verlor dramatisch an Anerkennung, und unter den Jüngeren entstand eine klassenübergreifende Gemeinkultur.

**Uta G. Poiger**

**Amerikanisierung oder Internationalisierung?**

*Populärkultur in beiden deutschen Staaten*

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/2003, S. 17–24

■ Der Vergleich der Populärkultur in beiden deutschen Staaten in den sechziger und siebziger Jahren zeigt erstaunliche Überschneidungen, insbesondere in Formen der Ablehnung amerikanischer Kultur (einschließlich der Berufung auf Geschlechternormen), aber auch in der Annahme besonders durch Jugendkulturen. Doch deutet der Vergleich auch auf wichtige Unterschiede hin. Antiamerikanismus wurde zu einem Markenzeichen der westdeutschen Gegenkultur; westdeutsche Politiker dagegen identifizierten sich meist mit den USA. Amerikanische Stileinflüsse blieben in der DDR subversiver.

**Detlef Siegfried**

**„Trau keinem über 30"?**

*Konsens und Konflikt der Generationen in der Bundesrepublik der langen sechziger Jahre*

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/2003, S. 25–32

■ Die Veränderungsdynamik der langen sechziger Jahre ist in der Bundesrepublik maßgeblich von den jugendlichen Altersgruppen vorangetrieben worden. Die Vorstellung, dass dies zumeist im Konflikt mit der älteren Generation vonstatten ging, greift zu kurz. Tatsächlich reagierten die älteren Jahrgänge neuartigen jugendlichen Stilen gegenüber abgewogen und passten sich verhältnismäßig schnell an. Insbesondere in den Familien kann von einem grundlegend konflikthaften Verhältnis der Generationen nicht die Rede sein. Auf der gesellschaftlichen Ebene kam es zu erheblichen Konflikten vor allem deshalb, weil den aufstrebenden jugendlichen Altersjahrgängen zwar kulturelle, aber kaum politische Spielräume offen standen.

**Bernd Lindner**

**Zwischen Integration und Distanzierung**

*Jugendgenerationen der DDR in den sechziger und siebziger Jahren*

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/2003, S. 33–39

■ Die DDR hat drei prägende Jugendgenerationen hervorgebracht: die Aufbaugeneration, die Integrierte Generation und die Distanzierte Generation. Lediglich die Aufbaugeneration konnte politisch innovativ wirken, soweit dies die Gründerväter des Staates zuließen. Die Integrierte Generation dagegen konnte weder für noch gegen das System Innovationen im Sinne gesellschaftlicher Veränderungen dauerhaft ausprägen. Mit ihrem Streben nach Übereinstimmung paralysierte sie sich weitgehend selbst. Aber auch die Distanzierte Generation vermochte lange keine eigenständigen politischen Zeichen zu setzen. Erst als viele von ihnen im Jahr 1989 das Land verließen, nahm diese Generation unübersehbar Einfluss auf das Ende der DDR.

**Detlef Nakath**

**Von der Konfrontation zum Dialog**

*Zum Wandel des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten in den sechziger und siebziger Jahren*

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/2003, S. 40–46

■ Von Ende der sechziger Jahre an kam Bewegung in die verhärteten (Nicht-)Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Ohne das gesamteuropäische Entspannungsklima der frühen siebziger Jahre und eine partielle Abkehr der Supermächte von der scharfen Konfrontationspolitik im Kalten Krieg hätte ihre Annäherung jedoch kaum eine Chance gehabt. Der Grundlagenvertrag regelte das deutsch-deutsche Verhältnis. Mitte der siebziger Jahre entstanden verschiedene Verhandlungsebenen, und die Beziehungen wurden bis 1989 erheblich ausgebaut. Sie bewegten sich zu jeder Zeit in einem politischen Dreiecksverhältnis mit den Eckpunkten Ost-Berlin, Moskau und Bonn.

■